



offensiv
links

Sondernummer

**Südostasien
Dokumentation**

november 1979
ÖS 15,-/DM 2,-/SF 2,-

Editorial

“1968 war ich elf und das Jahr voller Ereignisse. Wir hatten daheim noch keinen Fernseher, gingen aber öfters zu den Nachbarn ‘Zeit im Bild’ und ‘Sport’ schauen. Die Kugel in Dutscheks Schädel, die Flammen an Jan Palachs Körper ließen mich weinen und erschauern. Noch wußte ich nichts von den großen Zusammenhängen, vom Wesen der Revolte, von den Ursachen, wußte auch nichts von Vietnam. Als ein Jahr später Ho-chi-Minh starb, gefiel mir sein Bart und sein revolutionäres Pathos, an dem ich auch sonst immer die Bedeutung der Personen maß. Nun konnte ich mit Vietnam etwas verbinden und die Existenz des Ho-chi-Minh-Pfades, den man öfters via Funk-Satellit im Fernsehen sah, war die Versicherung, daß dieser Mann zwar tot sei aber noch lange leben werde . . .”

So oder ähnlich empfanden damals viele von uns, den heute 20-25 jährigen. In unserem linken Bewußtsein haben die Ereignisse in Vietnam eigentlich immer eine eher untergeordnete Rolle gespielt. So waren wir durch den Einzug der Vietnamesen in Kampuchea nicht erschüttert, sondern interessierten uns dafür, so wie man sich als aufrechte(r) Linke(r) gemeinhin für politische Ereignisse größeren Ausmaßes interessiert. Mit anderen Worten, wir suchten ganz emotionslos nach Erklärungen und blickten erwartungsvoll auf die Neue Linke, unsere ehrwürdige Vorgängerin. Das peinlich-verbissene Schweigen der Neuen (Alten?) Linken wurde für uns zum Problem, als sich herausstellte, daß die plötzlich aktuell werdende Flüchtlingsfrage ausschließlich von der bürgerlichen Presse kommentiert wurde. Sogar diverse KP's brachten in relativ kurzer Zeit – was in dieser Situation sicherlich keine Kleinigkeit war! – eine passende Erklärung zustande.

Obwohl wir von der zerlaufenen (etablierten) 68er Generation nicht mehr viel erwarten, da uns ihr optimistisches Vietnamengagement naiv erschienen war, wurden wir in unserem Selbstverständnis als Neuneue Linke erschüttert, als wir bemerkten, daß keine wie immer geartete Stellungnahme von ihnen zu erhalten war. Auch wenn wir vereinzelt bereits Informationen aufgearbeitet hatten, kam uns die Initiative in Hinblick auf eine stichhaltige Information der breiten Öffentlichkeit eine Indochina-Dokumentation zu verfassen, gelegen. (Tamara und Christof).

Es war nicht nur die junge linke Generation, die uns “Veteranen” der Vietnam-Solidaritätsbewegung seit der vietnamesischen Intervention in Kambodscha (Kampuchea) 1978/79, seit dem Auftauchen der neuen Spezies “Boat people” und der chinesischen “Lektion” in Vietnam verständnislos und fragend anblickte. Auch viele von uns “Damaligen” verspürten Ratlosigkeit und Zweifel, schwankten zwischen Bestürzung und Scham, zwischen Selbstanklage und Zorn. Am Ende des rapiden Zerfallsprozesses der Neuen Linken, inmitten zunehmender politischer Konfusion, schien es der letzte verheerende Stoß, mit dem die noch verbliebenen Reste von Illusionen über den Haufen geworfen wurden.

Wir wissen, daß wir hier bei weitem nicht für alle sprechen können, die für das kämpfende Vietnam in den Jahren 1965 bis 1975 überall und jederzeit bereit waren zu protestieren, zu demonstrieren, Hörsäle und Straßenkreuzungen zu besetzen oder Veranstaltungen zu sprengen.

Nein, wir gehören auch nicht zu den geistigen Schicksalsgenossen jener “Neuen Philosophen, die über den linksradikalen Dogmatismus des Maoismus zu der letzten Erkenntnis gelangt sind, daß die Haupttendenz in allen modernen Revolutionen der Totalitarismus und der “Archipel Gulag,” daß sie bei Marx und in dessen Denksystem selbst angelegt sei.

Auch halten wir die “sozial-darwinistischen” Erkenntnismuster einiger Trotzkiten für unzulänglich und grob vereinfachend, nach denen der Stalinische Sündenfall der Arbeiterparteien den Keim der Deformation jeder von ihnen geführten Revolution in sich trage, wobei der Stärkere den Schwächeren fresse ad infinitum. (Siehe E. Mandel auf dem Teach-in im NIG der Universität Wien vom 9.3. 1979).

Und vor allem haben wir nichts zu tun mit jenen, die glauben, die legitimen Alleinerben der Vietnam Solidarität zu sein, jene, die unsere Erschütterung über den 21. August 1968 zu Prag damals nicht verstanden haben und unsere heutige Unsicherheit angesichts der Vorgänge in Südostasien wieder als Schwäche oder als Verrat auslegen. Sie verhalten sich erstaunlich logisch und konsequent. Für sie bewegt sich der Gang der Dinge in Südostasien auf dem schwierigen, aber unaufhaltsamen Weg des historischen Fortschrittes. Trotz aller Schwierigkeiten und Widersprüche – sagen sie – bewegen sich die Völker Indochinas auf den sozialistischen Aufbau zu: kriegerische Auseinandersetzungen, hunderttausende Tote, Flüchtlinge, Vertriebenen seien bloß Geburtswehen der neuen Gesellschaft.

Die einseitige Parteinarbeit für Vietnam folgt bei ihnen derselben Einsicht, die jede fundamentale Kritik am “real existierenden Sozialismus”, insbesondere an der Sowjetunion, konsequent ablehnt. Diese Haltung läßt sich in der Formel zusammenfassen, daß der Sozialismus als historischer Prozeß und reale Bewegung nur dort eine echte Chance habe, wo die materiellen Kräfte und Ressourcen zu seiner Verteidigung in größtmöglicher Potenz vorhanden sind. Daher habe die SU objektiv den historischen Vorrang vor allen anderen mit ihr ideologisch verwandten Gesellschaften Staaten und Parteien.

Mit der SR Vietnam verhält es sich aus der Sicht dieser “logischen” Revolutionäre genauso. Was als Hegemoniestreben in der südostasiatischen Region erscheint, ist für sie die revolutionäre Durchsetzung eines objektiven, durch die Kräfteverhältnisse und die historische Entwicklung gegebenen Führungsanspruches. Um diesen durchzusetzen, sei es folgerichtig, daß sich die SR Vietnam von einem bestimmten Zeitpunkt an für ein einseitiges Bündnis mit der SU entschlossen hat, wollte sie sich von der größeren Regionalmacht VR China nicht die Handlungsfreiheit nehmen lassen. (Wem dies im großen Lager der sozialistischen Kräfte nicht einleuchtet, der sei ohnedies längst aus der Phalanx ausgeschert – wie Jugoslawien mit seinem Anspruch auf Blockfreiheit oder Rumänien mit ähnlichen Tendenzen oder die Eurokommunisten, gar nicht erst zu reden von China.)

Die Weigerung der UNO, Pol Pot diplomatisch fallen zu lassen und das mit vietnamesischer Hilfe eingesetzte Heng Samrin-Regime anzuerkennen, sei eine Bestätigung dafür, daß die Gegner des sozialistischen Blocks vor der Verwirklichung einer Föderation der indochinesischen Völker mit der SR Vietnam an der Spitze ein größeres Unbehagen hätten als vor dem Schreckensregime Pol Pots.

Hier lohnt es sich, die Erinnerung aller jener aufzufrischen, die in der Intervention vietnamesischer Truppen in Kampuchea eine ähnliche “humanpolitische” Aktion erblicken wollen, wie sie in Uganda zur Vertreibung Idi Amins geführt hat. Solange nämlich die Hoffnung bestand, die Pol Pot-Führung zu einem anderen außenpolitischen Kurs zu bekehren, wurden alle Schrecken der innenpolitischen Entwicklung Kampuchreas von der SU, von Vietnam und seinen Freunden (man lese in der “Volksstimme” der KPÖ bis Mitte 1978 nach!) vertuscht und als imperialistische Lügenpropaganda zurückgewiesen. Als sich der vietnamesischen Führung kein anderer Weg mehr bot, mit den Roten Khmer “ins Reine zu kommen,” dienten die plötzlich entdeckten Massengräber der Pol Pot Herrschaft als Vorwand zur bewaffneten Intervention.

(Welche in der "Volksstimme" noch standhaft geleugnet wurde, als offizielle vietnamesischen Stellen sie bereits zugegeben haben ...) Im Gegensatz zu diesen weit in die Reihen der alten "Vietnam-Avantgarde" vertretenen "Erklärungen" zu den Vorgängen in Südostasien, sahen wir unsere Aufgabe darin, solchen offensichtlich "ideologischen", die Dinge mehr rechtfertigenden (apologetischen) denn erhellenden Darstellungen unsererseits einige Fakten, Tatsachen, Untersuchungen (Analyse) entgegenzusetzen. Denn weder moralisches Entsetzen, noch "immanentes Verständnis" für die unausweichlichen grausamen Aspekte der südostasiatischen Wirklichkeit können zum Verständnis, zum Begreifen der Probleme im heutigen Südostasien beitragen. (Olaf Palme hat dieses "immanente Verständnis" in Wien mit einer gewissen Kaltschnäuzigkeit vorexerziert, als er die Vietnam-Flüchtlinge als "Prostituierte, Zuhälter, Bordellbesitzer, Drogenhändler und -opfer" apostrophierte. Siehe AZ, 8.7.1979)

Vollends ist moralische Empörung, wie sie von unseren Massenmedien praktiziert wird, die dem Völkermord der USA in Indochina höchstens militärstrategische Aspekte der Eindämmung der Roten Gefahr abgewinnen konnten – ja, schlicht und einfach ein Brechmittel. Jene unter uns, die die Apokalypse damals erkannt haben, wurden dafür als Spinner verhöhnt. Heute zeigen dicke Balkenlettern anklagend auf uns, weil aus der imperialistischen Apokalypse nicht das sozialistische Paradies entstanden ist. Wir waren damals im Recht. Um es heute nicht nachträglich zu verspielen, müssen sie, müssen wir den Dingen ins Auge sehen. Wir müssen die Tragödie als solche anerkennen, auch wenn sie unsere eigene ist. Aber darüber hinaus müssen wir auf die vielen Fragen, die sich uns und anderen dabei aufdrängen, Antwort geben. Das haben wir mit dieser Dokumentation versucht.

Wir sammelten, sichteteten, werteten Materialien aus. Es ist uns bewußt: auch die Auswahl und Zusammenstellung von dokumentarischem Material, von Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen ist eine Form, eigene Meinungen zu artikulieren, eigene Positionen zum Ausdruck zu bringen. Es ist eine Dokumentation, die von Betroffenen, nicht von "unparteiischen" Historikern gemacht wurde. Trotzdem glauben wir, daß sie dem Leser die Möglichkeit der eigenen Urteilsbildung und politischen Orientierung bietet.

Die Auswahl der Artikel und Zeitdokumente erfolgte nach dem übereinstimmenden Verlangen aller an der Arbeit Beteiligten, die Komplexität der nationalen, historischen, der geographischen und kulturellen Zusammenhänge und

Hintergründe der jetzt stattfindenden Konflikte in Südostasien möglichst umfassend und nach jeder Seite hin zu berücksichtigen. Als erstes galt es, hinter die vergangene Zeit der antikolonialistischen und antiimperialistischen Befreiungskämpfe zurückzugehen, diese als das weitgehend bekannte Kapitel vorzusetzen und dort fortzufahren, wo der revolutionäre Vorhang fiel, der Befreiungskrieg in Laos, Kambodscha, Vietnam siegreich beendet wurde. Die Probleme zwischen den einzelnen Ländern Indochinas sind während des dreißigjährigen Befreiungskampfes in den Hintergrund getreten, wurden von den kämpfenden nationalen Parteien bewußt zurückgestellt. Sie mußten nach der Beendigung der Kämpfe und der erlangten Unabhängigkeit unter den einzelnen Ländern und ihren Führungen wieder aufbrechen. Sie waren aufgeschoben, nicht aufgehoben. Zwischen Vorvergangenheit und Mitvergangenheit bzw. Gegenwart galt es für uns eine dokumentarische Brücke zu schlagen.

Es ist uns klar, daß wir vielleicht die möglichen Ursachen der Konflikte, nicht aber annähernd ihre Lösung zeigen können. Trotzdem glauben wir, einige Schlußfolgerungen ziehen zu können. Das jüngste Kapitel der dramatischen Entwicklung in Südostasien ist noch längst nicht abgeschlossen. Solange die Pol Pot-Truppen nicht restlos geschlagen sind, dauert die bewaffnete vietnamesische Intervention in Kampuchea an. Die chinesische Führung bekräftigt angesichts dieser Entwicklung ihre Entschlossenheit, Vietnam weitere "Lektionen" zu erteilen. Den Preis bezahlt – wie in allen bisherigen Kriegen Südostasiens – wieder die bäuerliche Zivilbevölkerung. In Kampuchea droht ein ganzes Volk den Rivalitäten und Machtinteressen der heutigen Führungen dieser Länder zum Schlachtopfer zu fallen. Ob als erster oder zweiter Schritt einer generellen Lösung: der Rückzug aller fremden Truppen von allen besetzten Territorien Südostasiens ist Voraussetzung und Erfüllung einer Friedensregelung.

Eine allgemeine Lehre, die wir nicht nur für diese besonders gepeinigten Region der "Dritten Welt" (der nachkolonialen Länder) ziehen zu können glauben: jede nationale Politik nachkolonialer Länder müßte den Teufelskreis durchbrechen, der darin besteht, daß sie die geerbte ökonomische Abhängigkeit durch eine neue politische Abhängigkeit (von Großmächten und deren Interessen) zu überwinden glauben, aber nur zu einer neuen (manchen auch "revolutionär" anmutenden) Form der Unselbstständigkeit und Fremdbestimmung gelangen.

Für Südostasien, insbesondere Kampuchea, aber indirekt auch für Laos wäre Neutralität vielleicht die Zauberformel, diese strategisch äußerst wichtigen, von vielen Seiten umstrittenen und bedrängten Länder aus diesem Interessensstreit herauszunehmen und einer friedlichen, unabhängigen, mit allen Seiten freundschaftliche Beziehungen unterhaltenden Politik zuzuführen.

Bleibt ein letztes Wort in eigener Sache. Die selbstkritische Erkenntnis unserer "damaligen" hochherzigen, aber wenig analytischen Solidarität, die sich im Plakativen, in Schlagworten und Parolen gefiel und in der Auseinandersetzung mit dem Wesen des Feindes aller Völker, des Imperialismus erschöpfte. So überraschte uns die neue Geschichte der Länder Indochinas und erappte uns zehn Jahre später bei unseren Versäumnissen, die wir nun nachholen müssen. Wir hätten damals sicher nicht alles in Erfahrung bringen können, was wir heute wissen. Aber wir haben manches durchaus erkennbare übersehen und verdrängt. So war die Aktion gebieterischer als das Studium.

Ist Solidarität am Beispiel Vietnam ad absurdum geführt worden? Schlicht und einfach: nein. Ihre Schwächen und Unzulänglichkeiten, vor allem ihrer Träger, sind schonungslos aufgedeckt worden. Auch für die Träger der Solidarität, für uns auch in Zukunft Engagierte, gilt, was für die Länder und Völker gesagt wurde, die kämpfen und dabei mit Recht auf unsere Unterstützung hoffen und bauen: nur in der Autonomie, in der kritischen Selbstständigkeit der solidarischen Person und Bewegung bleibt ihr Einsatz von Selbsttäuschung und Verblendung verschont.

Wien, im Herbst 1979

An dieser Dokumentation haben mitgearbeitet:

Tamara Eisikovic
Liesl Hedrich
Roman Hummel
Helmut Opletal
Zsolt Patka
Christof Reinprecht



focus, April 1979

Im neuen Zeitalter der antiimperialistischen Aggressionskriege

Risse im Jubeljahr 1975

Zwei Tage vor dem Einmarsch vietnamesischer Befreiungskräfte in Saigon 1975 überbrachte ein chinesischer Funktionär Warnungen Pekings nach Hanoi. China riet dazu, die Früchte des Sieges nicht überstürzt zu realisieren und den Süden Vietnams geduldig, schrittweise und langsam zu integrieren. Im Mai 75, einen Monat nach dem Sieg, verlangten die Vietnamesen vergeblich eine Erhöhung der chinesischen Wirtschafts- und Militärlieferungen. China lieferte wirtschaftliche Güter weiter wie bisher und stellte die Militärlieferungen ganz ein, da es sie als nicht mehr notwendig erachtete. An diesem Entschluss konnte auch die Pekinger Reise des vietnamesischen KP-Sekretärs Le Duan im September 75 nichts mehr ändern. Um so mehr, als er auch die leidige Frage der Spratley-Inseln auf den Tisch brachte, die die Chinesen im Handstreich dem südvietnamesischen Laokienregime entrissen hatten, glücklicherweise kurz bevor Hanoi Generäle Saigon erreicht hatten. Die Verhandlungen verliefen derart ergebnislos, dass nicht einmal mehr die «unverbrüchliche Solidarität der chinesischen und indochinesischen Völker» in einem Communiqué untergebracht werden konnte.

Inhaltlich wurde die Weltöffentlichkeit über die chinesischen Bedenken aufgeklärt, als Mao Tse-tung im Sommer 75 Kukrit Pramot, den Premierminister Thailands, empfing. Thailand hatte soeben die Räumung der amerikanischen Basen verlangt. Mao riet Pramot, sich nicht zu schnell des «besiegten Imperialismus» zu entledigen, um nicht anderen Imperialismen Tür und Tor zu öffnen. Der Sieg über die Amerikaner habe den «indochinesischen Völkern sehr günstige Bedingungen geschaffen, in voller Unabhängigkeit zu agieren». Aber «die andere Supermacht dehnt ihre Fühler aus, ihr expansionistischer Schatten fällt auf Südostasien, mit dem Ziel, eines Tages diese Region in ihren Einflussbereich einzugliedern». (Peking Information 27/75)

Etwa zur gleichen Zeit überfielen vietnamesische Truppen die kambodschanische Insel Poulo Way, die sie als ursprünglich vietnamesisches Territorium betrachteten, während die Roten Khmer mit Waffengewalt die kambodschanischen Gebiete des Ho-Chi-Minh-Pfades von Überresten vietnamesischer und FNL-Truppen säuberten.

Dies geschah alles im Jubeljahr 1975, als die westeuropäische Linke die vernichtende Niederlage des amerikanischen Imperialismus feierte und für ein-

mal die astronomische Entfernung von einem europäischen Saigon vergessen durfte. Wer mochte sich angesichts der neuen Friedens- und Siegerära an solch lästigen Details aufhalten, die jedem mässigen Zeitungsleser bekannt gewesen waren. Einmal die Stürme des Krieges vorbei, würden die neuen Regierungen, Arbeiter- und Bauernregierungen, die komplizierten Hinterlassenschaften des Kolonialismus friedlich und in brüderlichem Geiste regeln.

Bewegliche Panzer für sture Klötze

Kambodschas Grenzen waren in den Pariser Indochina-Verhandlungen 1954 nicht näher bezeichnet worden. Nordvietnamesische Ansprüche konnte die Regierung Prinz Sihanouks in den folgenden Jahren nur mit der massiven Drohung, seine Neutralitätspolitik aufzugeben, abwehren. Die Grenzfrage war für Kambodscha fast zur Schlüsselfrage der Eigenstaatlichkeit geworden. In den 60er Jahren flammten neue Grenzstreitigkeiten auf, als die Vietnamesen an der kambodschanischen Grenze ihre Rückzugs- und Versorgungslinien, bekannt als Ho-Chi-Minh-Pfad, wiederaufbauten und die umliegenden kambodschanischen Gebiete in ihre Verwaltung einbezogen. Prinz Sihanouk liess es bei verbalen Protesten bewenden und verkündete als offizielle und endgültige Haltung Kambodschas in Grenzfragen: Kambodscha verzichte einseitig auf alle historisch verlogenge-

gangenen Gebiete, sofern die gegenwärtigen Grenzen (auf der Grundlage der Karte von 1954) nie mehr zu Verhandlungen gezogen würden. Nach einigen vergeblichen Verhandlungen, an welchen die Kambodschaner auf ihrer Position von Nicht-Verhandeln beharrten, anerkannten schliesslich der FNL und Hanoi 1967 in öffentlichen Erklärungen die Grenzen Kambodschas. Gleichzeitig bestritten sie jeden Anspruch der Saigoner Führung auf eine Neuverhandlung des Grenzverlaufs. Trotzdem kam es 1968 / 69 zu bewaffneten Zusammenstössen zwischen FNL-Verbänden und kambodschanischen Truppen.

Die Situation änderte sich vorübergehend, als 1970 Sihanouk durch einen amerikanisch inszenierten Militärputsch gestürzt wurde und vom Pekinger Exil aus den kambodschanischen Widerstand in einer nationalen Einheitsfront (FUNK) vereinigte. Im März 1970 fand in Peking ein Treffen von Sihanouk, Pham Van Dong und Chou En Lai statt, an welchem, wie die Chinesen heute behaupten, Nordvietnam die volle Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität Kambodschas garantierte, sofern Sihanouk sich auf die Seite des Widerstands gegen die Amerikaner stelle. (Monde Diplomatique, März 79)

Die Roten Khmer haben nach 1975 die Politik Sihanouks in Grenzfragen voll übernommen. Hanoi hingegen drängte auf Änderungen. Vietnam verlangte im Juli 1975 Verhandlungen über Grenzstreitigkeiten, die nach dem Überfall auf Pulo Way auch zustandekamen, aber scheiterten, weil die Roten Khmer jegliche Verhandlungen über die «kriegsbedingten Vereinbarungen vor 1975» (so Radio Hanoi am 6.1.78) ablehnten. Im Sommer 76 fand eine weitere Verhandlungsrunde statt, an welcher Vietnam die Abänderung der Brévié-Linie verlangte, mit der die Franzosen seinerzeit die Abtrennung einiger kambodschanischer Inseln an ihre Kolonie Vietnam besiegelten. Die Roten Khmer gingen auch 1976 nicht auf die Verhandlungen ein. In der Weltöffentlichkeit hat sich im letzten Jahr der Eindruck stets sturer und bockiger Kambodschaner gegenüber agilen und verhandlungsbereiten Vietnamesen durchgesetzt. Niemand fragte sich mehr, was denn überhaupt verhandelt werden sollte. Wenn Vietnam nach 1975 sich nicht mehr an die «kriegsbedingten Vereinbarungen vor 1975» halten wollte, mussten die Roten Khmer befürchten, dass der Bestand Kambodschas nicht mehr durch die Vietnamesen anerkannt wurde. Wäre es allerdings bloss um einige Quadratkilometer gegangen, könnte man die Hartnäckigkeit der Kambodschaner kaum verstehen. Die Grenzfrage musste mit anderen Konflikten verknüpft sein.

Kommunisten — keine grosse Familie

Die grosse Familie der indochinesischen Kommunisten hatte ihre ursprüngliche Heimat in der KP Indochinas, die eine Föderation aller indochinesischen Staaten nach dem Beispiel der Sowjetunion anstrebte. Ihren hautsächlichen Einfluss gewann die KPI in den 30er Jahren in Vietnam, und wo sie in Laos oder Kambodscha auftauchte, waren ihre Militanten meistens chinesische oder vietnamesische Auswanderer. Dies entsprach ihren Ursprüngen. Im Februar 1930 fasste Ho Chi Minh verschiedene vietnamesische Zirkel auf einer Konferenz in Macao zur «Kommunistischen Partei Vietnams» zusammen. Im Oktober desselben Jahres beschloss ein ZK-Plenum ohne seine Anwesenheit, «unserer Partei die neue Bezeichnung Kommunistische Partei Indochinas» zu geben (Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams). Der Streit um den Namen und die dahinterstehende Linie einer übernationalen Föderation Vietnams mit Laos und Kambodscha blieb während den folgenden zwei Jahrzehnten umstritten. 1941 verzichtete ein ZK-Plenum auf die Forderung nach Gründung der «Demokratischen Republik Vietnam». Die Leitung der KP Indochina liess hierauf eine Warnung vor den «nationalistischen Abweichungen Ho Chi Minhs» zirkulieren und betonte in einem Text «an die Genossen in Kambodscha»: «Kambodscha hat kein Recht auf eine eigenständige kommunistische Partei... Es gibt für uns keinen vorstellbaren Grund für eine eigenständige kambodschanische Revolution... Es kann nur eine einzige indochinesische Revolution geben» und für Kambodscha könne es lediglich «Recht auf Selbstbestimmung für Minderheiten in der Bevölkerung der Union der indochinesischen Sowjetrepubliken geben». (Heinz Kotte, Der Konflikt zwischen Kambodscha und Vietnam, in Befreiung 13/78) Diese Tendenz unterlag in den folgenden Jahren, 1951 wurde die KPI in drei nationale Parteien aufgelöst.

Bei den Friedensverhandlungen 1954 in Paris machten die Nordvietnamesen mit Sihanouk gemeinsame Sache, gezwungenermassen, waren die kambodschanischen Kommunisten doch derart schwach, dass sie keine selbständige Verhandlungsposition erzwingen konnten. Auf Initiative der Chinesen wurden die kambodschanischen Kommunisten in den Pariser Protokollen sogar als «Vietnamesen» festgehalten. Die junge Partei wurde dadurch faktisch gespalten. Ihr alter, kominterngeschulter Stamm exilierte nach Hanoi, die jungen, erst seit 1950 entstandenen Maquisardgruppen gingen in den Untergrund.

Pol Pots neue KP Kambodschas,

die er der staunenden Weltöffentlichkeit erst 1977 in Peking vorstellte, resultiert aus diesen Umständen. Die Gruppe um Pol Pot, Jeng Sary und Kieu Samphan hatte in den Jahren 1955 bis 66 die «Association des Etudiants Khmers» in Frankreich aufgebaut und seit 1960 einen Zusammenschluss mit den alten Überresten der KPK von 1951 zustandezubringen versucht. Pol Pot gab 1960 als Gründungsdatum der neuen Partei an, man darf aber annehmen, dass ihre wirkliche Konstituierung erst nach einer Reihe von Jahren und internen Kämpfen erfolgte. Der hauptsächliche Streit ging darum, ob die Militanten der KPK unter die Bauern, weg von den Städten gehen sollten. In diesen Streit mischten sich auch die Vietnamesen ein, die seit den sechziger Jahren militärisch geschützt wieder in Kambodscha Untergrund voranden waren. Sie verlangten die Unterstützung Sihanouks durch die kambodschanischen Kommunisten, konnten sich aber nicht durchsetzen. Ab 1967/68 gab Sihanouk die Existenz einer eigenen Khmer-Guerilla unter den Bauern bekannt. Ihre führenden Figuren wurden von der Pariser-Gruppe um Kieu Samphan und Pol Pot gestellt. Ihre Existenz und ihre politische Linie haben sie gegen die vietnamesischen Brudergerossen durchgesetzt. Ganz begriffen hatten dies die Vietnamesen damals noch nicht. Als sie sich nach dem Sturz Sihanouks 1970 Seite an Seite mit dem kambodschanischen Widerstand gegen die Amerikaner befanden, ermunterten sie die alten, in Hanoi exilierten Kader der KPK, nach Kambodscha zurückzukehren. Diese sollten nach vietnamesischen Aussagen samt und sonders zwischen 1970 und 71 liquidiert worden sein. Französische Journalisten, die letztes Jahr auf Einladung Hanois Vietnam besuchten, erfuhren, vietnamesische Führer hätten sich deshalb schon 1972 überlegt, die Führung um den Verbrecher Pol Pot zu eliminieren. (Le Monde diplomatique, Febr.79) Kein Wunder, dass Vietnam 1973 in den Friedensverhandlungen die GRUNK auf eine Verständigung mit Lon Nol und den Amis drängte, und als die Kambodschaner nicht einwilligten, ihre Waffenlieferungen verlangsamen.

Die Forderung 1975 nach Grenzverhandlungen und solidarischer Lösung einiger Überbleibsel aus der Kolonialzeit erhält dadurch einigen Hintergrund. Wenn Vietnam plötzlich Nichtanerkennung von Kambodschas Grenzen signalisierte, wenn in der KPV Strömungen vorhanden waren, die nach wie vor an einer indochinesischen Föderation festhielten, und wenn die KPK sich gegen die Ansichten der alten Kader, die Hanoi noch traditionell verbunden waren, erst durchsetzen musste, dann wäre ein Eingehen

auf Grenzverhandlungen schon die erste Konzession der Roten Khmer gewesen.

Chinesischer Druck

1975 präsentierte sich die Lage für die vietnamesischen Führer siegreich, aber nicht rosig. Sie konnten absehen, dass ihre Beziehungen zu China nur unter dem Preis grösserer politischer Anpassungen erfreulich gestaltet werden konnten. Unwichtig wäre es nicht gewesen, denn von irgendwoher mussten sie ausländische Wirtschaftshilfe erhalten können, und gute Beziehungen zu China hätten auch die Wiederaufnahme von Beziehungen zu den USA erleichtert

Die vietnamesische Balancepolitik gegenüber der KPdSU und der KP China hatte schon vor 1975 einige Belastungen durchgestanden. Die Beziehungen zur KP China waren eigentlich nur so lange unproblematisch, ja sogar vorrangig gewesen, als China seinen Aufbau mehr oder minder in sowjetischen Geleisen vollzog. Seit 56/58, mit dem Abbruch der russischen Hilfe an die Chinesen und dem „Grossen Sprung nach vorn“, orientierten sich die Vietnamesen eher am russischen Modell. Sie behaupten heute in ihrer Propagandakampagne, die seit November 1978 im Ostblock angelaufen ist, dass sie schon anfangs der 60er Jahre – allerdings vergeblich – auf die Chinesen einzuwirken versuchten, die *Einheitsfront des sozialistischen Lagers* nicht zu brechen. Die Chinesen ihrerseits hätten mit dem Vorschlag einer Konferenz aller asiatischen KPs gekontert, was doch klar ein Versuch gewesen sei, die chinesische Führung zumindest in der asiatischen kommunistischen Bewegung durchzusetzen. Die Versuche politischen Drucks auf Vietnam seien während der Kulturrevolution fortgeführt worden, als China die Hoas in Vietnam, die chinesischen Emigranten, gegen die Führung der Partei und des Staates aufzuwiegeln versucht hätte (Nguyen Tien Chi in der DDR-Zeitung *horizont*, 8/79).

China selber hatte seit 1970 mit Sihanouk im Peking Exil und den vietnamfeindlichen Roten Khmer einen eigenen Trumpf im indochinesischen Befreiungskampf in der Hand. Im selben Mass, wie China die Niederlage der Amerikaner in Südostasien abschätzen konnte, bereitete es eine Verständigung mit den Amerikanern vor. 1972 sollen die Chinesen Vietnam einen Riesenkredit angeboten haben, sofern es den Krieg gegen Thieu nicht verschärfe, auf einen Ausgleich mit den Amerikanern tendiere und sich endlich von der Sowjetunion abwenden würde (Vietnamesische Sprecher an einer Ostberliner Agitveranstaltung. Die Neue vom 24.2.79). Natürlich seien sie darauf nicht eingegangen. Kurze Zeit darauf besuchte Nixon Peking, was nicht ohne Folgen für den konkreten Kriegsverlauf in

Indochina blieb: Die Amis konnten – sicher nicht gerade mit chinesischer Unterstützung, aber doch bloss verbalen Protesten – die Massenbombardierungen Nordvietnams einleiten.

All diese Widersprüche blieben bis zum endgültigen Sieg über die Amerikaner gezwungenermassen sekundär. 1975 mussten sie in den Vordergrund der politischen Beratungen der vietnamesischen Führer treten. Dazu kam, dass sich nach dem Sieg in ihren eigenen Reihen ein Kampf entfaltete, der die aussenpolitischen Widersprüche in einer gewissen Weise reproduzierte. Zur Politik im Süden standen sich zwei Linien gegenüber: Die Vertreter der Armee und des Staatsapparates drängten auf eine rasche und konsequente Eingliederung des Südens in die vietnamesische Gesellschaft; die authentischen FNL-Kräfte, unterstützt damals von der Parteispitze um Le Duan und Pham Van Dong vertraten eine relativ autonome, langsame Entwicklung des Südens bis zu seiner vollständigen Integration. Diese Linie genoss auch chinesische Unterstützung. Es ist bezeichnend, dass im Rahmen dieser Auseinandersetzungen von General Van Tien Dung, der den Marsch auf Saigon befehligte, auch die Frage aufgebracht wurde, ob nicht ein Präventivschlag gegen das Regime der Roten Khmer durchgeführt werden sollte (Le Monde Diplomatique, Febr.79)

Diese Auseinandersetzungen dauerten das ganze Jahr 1976 fort und endeten am IV. Kongress der KP Vietnam im Dezember 76 mit einer relativen Niederlage des chinafreundlicheren Flügels. Mehrere seiner bekannten Vertreter wurden aus den führenden Gremien der Partei entfernt. Am Kongress war schon klar, dass die Neuordnung im Süden und die wirtschaftliche Erholung des ganzen Landes grössere Probleme stellte, als vorausgesehen. Die neuen Wirtschaftszonen in Süd-vietnam, in denen an die zwei Millionen Städter auf dem Land angesiedelt werden sollten, stiessen auf passiven Widerstand der Betroffenen. Heute sind von ursprünglich zwei Millionen eine Million wieder abgehauen: Hunger und Krankheiten und die Strapazen, Dschungel oder kriegsversehrtes Land wieder urbar zu machen, überforderten einen Grossteil der ehemaligen Beamten, Angestellten und arbeitslosen Jugendlichen aus den Städten (Espresso 10/79). Das ganze Jahr 76 hindurch hatte die vietnamesische Führung zudem vergeblich versucht, die amerikanischen Versprechungen auf Wirtschaftshilfe, die an den Pariser Verhandlungen 1973 zugestanden wurde, einzulösen.

Man könnte aus all dem schliessen, die Vietnamesen seien durch objektive Umstände und durch Fehler der chinesischen und amerikanischen Politik in die

Arme der Sowjetunion, weg von ihrer Balancepolitik getrieben worden. Aber politische Prozesse sind nicht einseitige Wirkungen, die vietnamesischen Schritte kumulierten sich mit den chinesischen und amerikanischen. Ihr empfindlichster Punkt: die vietnamesische Kambo-dschapolitik.

„Das Volk Kambodschas kann nicht auf eine nationale Minderheit reduziert werden“ (Pol Pot, 12.4.78)

Vietnam verfolgte ab 1976 zwei Wirtschaftsprojekte, von denen die Kambo-dschaner eine Beschränkung ihrer Souveränität befürchteten. Im Fünf-Jahres-Plan 1976-1980 wurde die Neuansiedlung von vier Millionen Menschen im Mekong-Delta und auf dem südvietnamesischen Hochplateau vorgesehen, zum Teil genau in den Grenzprovinzen, wo seit 1975 vereinzelte bewaffnete Zusammenstösse stattfanden. Pioniereinheiten der vietnamesischen Armee begannen 1977 mit den Drainagearbeiten in den neu vorgesehenen Landwirtschaftszonen. Überregional gliederte sich dieses Projekt in einen Plan zur Nutzbarmachung des Mekong für Energieproduktion und Bewässerung ein. Das Mekong-Projekt betraf natürlich alle anliegenden Länder (Thailand, Laos, Kambodscha und Vietnam) und hätte mit internationaler Hilfe finanziert werden sollen. Die Zusammenarbeit mit Laos und Thailand gelang hervorragend, die Kambodschaner waren dagegen. Erstens widersprach es ihrer politischen Linie, den wirtschaftlichen Aufbau aus eigenen Kräften, abgestützt auf die Landwirtschaft zu vollziehen. Und zweitens befürchteten sie hinter dem Mekong-Projekt den alten vietnamesischen Traum einer indochinesischen Föderation. Als am 25. Mai 1977 Thailand und Vietnam in einer gemeinsamen Erklärung die Grenze ihrer Hoheitsgewässer auf 200 Meilen ausdehnten, was gemäss Grenzverlauf Kambodschas Gewässer auf ein von allen Seiten fast vollständig eingeschlossenes Dreieck reduzierte, kam noch die Angst vor einer speziell guten Verständigung zwischen Vietnam und Thailand hinzu. Die Kambodschaner reklamierten hierauf 400 Inseln für sich, ohne es real durchsetzen zu können. Im Juli 77 folgte der Freundschaftsvertrag zwischen Vietnam und Laos, der in seinen Formulierungen explizit die indochinesische Föderation antönte: „Besonders seit der Gründung der Indochinesischen Kommunistischen Partei im Jahre 1930 haben sich die Völker und Armeen beider Länder aufs engste zusammengeschlossen und gemeinsam ihr Blut im Kampf gegen den Feind vergossen...Beide würden selbst das letzte Reiskorn noch miteinander teilen und lieben einander wie Bruder und Schwester.“

Und am 31.12.77 schliesslich gaben Vietnam, Laos und Thailand die Gründung eines Interimkomitees für das Mekongprojekt bekannt. Am selben Tag haben die Kambodschaner die diplomatischen Beziehungen zu Vietnam abgebrochen.

Die Pol-Pot-Führung hätte all diese Entwicklungen kaum als so bedrohlich empfunden, wenn sie nicht auch intern in der Partei und der kambodschanischen Armee Resonanz gefunden hätten. Im April 77 gab die kambodschanische Regierung die Niederschlagung eines pro-vietnamesischen Militärputsches bekannt. Nach Berichten von Wilfried Burchett, einem westlichen Vietnamkenner und -anbeter, hätten sogar zwischen Februar 77 und Mai 78 an die acht Volksaufstände gegen die Pol-Pot-Regierung stattgefunden. Seine Informationen bezog er von Aussagen vietnamesischer und chinesischer Flüchtlinge aus Kambodscha in Vietnam. Andere Beobachter nahmen an, dass zumindest in den kambodschanischen Ostprovinzen unter den Roten Khmer noch starke Überreste des alten Vietminh-Kader vorhanden waren, was 1977 und 1978 zu blutigen Auseinandersetzungen unter den Roten Khmer geführt habe. Die Lage scheint allerdings nicht derart labil gewesen zu sein, dass sich die kambodschanische Führungsspitze nicht erlauben konnte, im Herbst 77 geschlossen für mehrere Wochen nach Peking zu reisen. Während dieser Reise gaben die Kambodschaner zum erstmaligen De-facto-Kriegszustand mit Vietnam bekannt und versuchten sich internationale, vor allem aber chinesische Rückendeckung zu verschaffen.

Im gleichen Zeitraum müssen die Vietnamesen zum Entschluss gelangt sein, das Pol-Pot-Regime aus den Angeln zu heben. Im Herbst 77 starteten sie die erste Panzeroffensive als Strafaktion und luden im gleichen Zug – zur Abdeckung vor der Weltöffentlichkeit – westliche Journalisten an die Front ein. Der Vorstoss wurde, wie der zweite im Winter 77/78, von den Kambodschanern in hartnäckigen Kämpfen zum Stillstand gebracht. Der von Hanoi erhoffte Volksaufstand blieb aus.

Kriegsvorbereitungen

Hanoi begann nun, seine Kriegsvorbereitungen gegen Kambodscha umsichtiger zu treffen. Am 5.2.78 unterbreitete es ein neues, plausibel klingendes Verhandlungsangebot: fünf Kilometer Niemandesland, internationale Überwachung, friedliche Lösung der Differenzen. Gleichzeitig wurde in den Flüchtlingslagern in Vietnam mit der Ausbildung zukünftiger Aufständischer und Repräsentanten des kambodschanischen Volkes begonnen (Far Eastern Economic Review,

10.3.78). Die Khmer lehnten, wie üblich, die Verhandlungen ab und kritisierten öffentlich das Mekong-Projekt als Instrument, die indochinesische Föderation zu erzwingen.

Das ganze Jahr hindurch ging Vietnam auf drei Beinen: diplomatisches Verhandlungsangebot, Vorbereitung des internen Widerstands und internationale Abstützung einer Neuordnung Kambodschas. Im Sinne des internen Widerstands verfassten die Vietnamesen und Laoten ein gemeinsames Communiqué, in dem sie ihre Solidarität mit dem „brüderlichen Kambodscha“ beteuerten (Dezember 77). Ab April 78 begann Hanoi von Aufständen in Kambodscha öffentlich zu berichten und denunzierte die Grausamkeiten des Terrorregimes Pol Pot. Die Solidarität mit dem „brüderlichen Kambodscha“ konnte deshalb Pol Pot getrost als öffentliche Kampfansage an seine Regierung auffassen. Im September 78 rief schliesslich Radio Hanoi zum Sturz des „faschistischen Regimes“ in Kambodscha auf.

International bemühten sich die Führer Vietnams seit 1977 um engere Beziehungen zur Sowjetunion, während sie grössere Distanz von China nahmen. Im November 77 kritisierte Le Duan kaum verschlüsselt in Peking die Drei-Welten-Theorie und riefen statt dessen zur Stärkung der *Einheit des sozialistischen Lagers gegen den Imperialismus* auf. Ab Februar 78 begannen die ersten vietnamesisch-sowjetischen Militärkontakte, in die auch Frontkommandanten einbezogen wurden.

Als Hanoi die Verstaatlichung des Kleinhandels und -gewerbes im Süden durchführte, der traditionellerweise von chinesischen Einwanderern dominiert wurde, gerieten die Beziehungen zu Peking an den Rand des Abbruchs. Chinesische Flüchtlinge stauten sich an der Nordgrenze Vietnams, wurden nur teilweise von den Chinesen aufgenommen, während umgekehrt die Vietnamesen begannen, oppositionellen Chinesen Asyl zu gewähren. Die Flüchtlinge wurden für Peking zum letzten Störpotential in seinen vergeblichen Druckversuchen auf die vietnamesische Führung. Hanoi behauptete später, chinesische Agenten in Vietnam hätten zusätzlich die Panik unter den Hoas geschürt und Gerüchte verbreitet, wonach ein Krieg zwischen China und Vietnam bevorstehe, in welchem die Hoas Repressalien von vietnamesischer Seite zu befürchten hätten.

Intern war die zügige Sozialisierung im Süden Vietnams ein weiterer Zweiflungsschritt, die katastrophale wirtschaftliche Lage und die weitverbreitete Korruption im Süden in Griff zu bekommen, der sich natürlich eher kontraproduktiv auswirkte. Am 30. Juni 1978 ga-

ben die Vietnamesen ihren Eintritt in den COMECON bekannt. Drei Tage später brachen die Chinesen jegliche Wirtschaftshilfe an Vietnam ab. Die bündnispolitische Umstellung Vietnams war damit vollzogen. Nach Berichten in der vietnamesischen Presse zu schliessen, die im Juli 78 gegen „Opportunisten und Verräter“ in den eigenen Reihen vom Leder zog, ist diese Umstellung nicht ohne interne Widerstände vor sich gegangen. Aber Peking konnte von da an fest damit rechnen, im Moment keine wesentlichen Stützpunkte mehr in der KP Vietnams zu haben.

Wahrscheinlich ist es falsch, anzunehmen, Moskau habe von Anfang an voll hinter der vietnamesischen Politik gestanden. Noch anfangs 78 nahmen die Sowjets einen neuen Anlauf zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu Peking. Im April wurden die russischchinesischen Grenzverhandlungen wiederaufgenommen und ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen, der eine Ausweitung des Handelsvolumens voraussah. Der Ostblock wehrte auch das ganze Jahr 78 hindurch die internationalen Vorwürfe über Kambodschas Menschenrechtsverletzungen als „Diffamierungen und Lügen“ der imperialistischen Presse ab. Sogar noch im September 78 blockierte die Sowjetunion in der UNO eine Menschenrechtsuntersuchung über Kambodscha. Es verstrich denn auch fast ein halbes Jahr zwischen Vietnams COMECON-Eintritt und dem Abschluss des russisch-vietnamesischen Freundschaftspaktes im November 78. In diesem halben Jahr musste eine gemeinsame Sicht der internationalen Risiken einer vietnamesischen Intervention in Kambodscha erreicht worden sein.

Dann ging allerdings alles sehr speitativ vor sich. Wie der Moskauer Unitä-Korrespondent berichtet, wurde ab November eine ständige Luftbrücke zwischen sowjetischen und vietnamesischen Basen errichtet, über welche schwere Waffen und neue MiG 23 transportiert wurden (Unitä, 19.2.79) Ebenfalls im November fand die Warschauerpakt-Konferenz in Sofia statt, an welcher das sowjetische Politbüromitglied Ponomarew die ideologische Leitlinie der künftigen Konflikte vorwegnahm: „Angesichts der aggressiven Politik der chinesischen Führer, erklären die UdSSR und die andern sozialistischen Länder, dass sie Vietnam ihre totale Unterstützung gewähren werden.“

Alle Bedingungen waren jetzt vereint: anfangs Dezember wurde in Hanoi die KNUFNS, die kambodschanische Widerstandsfront gegen Pol Pot aus der Taufe gehoben, und Ende Dezember wurde der kambodschanische Volksaufstand mit vietnamesischen Panzern zu einem schnellen und siegreichen Ende geführt. ■

Krieg und Zusammenstöße zwischen sozialistischen Ländern: **Widerlegung des Sozialismus – oder neue Erfahrungen?**

Vorbemerkung der Redaktion:

Der gegenwärtige Einfluß der kommunistischen Bewegung in Westeuropa (und noch viel mehr der in Deutschland) ist zu gering, als daß er heute zu einer Lösung der Gegensätze beitragen könnte. Umso mehr sind wir verpflichtet, wenigstens zu keiner Schwarz-Weiß-Malerei beizutragen: Die eine Seite zu verdammen und die andere zu idealisieren, je nachdem, welcher Seite der oder die Betroffenen anhängen.

In mancher Hinsicht erinnert die jetzige politische Verwirrung in der Bundesrepublik und in den kapitalistischen Ländern Westeuropas an jene Zeit, als die Sowjetunion mit Hitler-Deutschland am Beginn des Zweiten Weltkrieges den Nichtangriffspakt schloß. Der Gegensatz, der damals offenbar wurde zwischen den Interessen der deutschen Arbeiterbewegung und denen der Sowjetunion war dadurch gegeben, daß in Deutschland der Faschismus 1933 gesiegt hatte – ohne Widerstand der Arbeiterklasse, die so politisch ausgeschaltet war. Die russische Partei und die verschiedenen russischen

Faktionen in der Partei sind an dieser verheerenden Niederlage sicher nicht ohne Anteil, der große Einfluß der russischen Revolution auf die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland wirkte sich letztlich nachteilig aus. Die Frage, wer oder was die deutschen Kommunisten daran hinderte, sich von diesem Einfluß rechtzeitig zu lösen, kann nicht mit einer oder mehreren „schuldigen“ Personen beantwortet werden. Es war u. a. mangelnder Erkenntnisstand in der Masse der Parteimitglieder gegenüber den damals neuen Problemen. Es war für viele zwar treue aber unkritische Mitglieder der KPD in der Illegalität unerklärlich und unverständlich, wie Stalin mit Hitler diesen Pakt schließen konnte, während deutsche Kommunisten in den KZ und Gefängnissen saßen und ermordet wurden.

Die Beiträge, die wir hier bringen, sollen gegen die Leichtfertigkeit, die wir auch in manchen linken Organisationen finden, zu einer kritischen Betrachtung anregen. Wir selbst sind für eine kritische und erweiternde Mitarbeit offen. ■

»Ein Brief von Engels«

Lenin schreibt im Oktober 1916 unter Bezugnahme auf einen Brief Engels' an Kautsky u.a.:

„Engels nimmt keineswegs an, daß das „Ökonomische“ von selbst und unmittelbar alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen würde. Die wirtschaftliche Umwälzung wird alle Völker veranlassen, sich dem Sozialismus zuzuwenden, doch sind dabei auch Revolutionen – gegen den sozialistischen Staat – und Kriege möglich. Die Anpassung der Politik an die Ökonomie wird unvermeidlich eintreten, aber nicht auf einmal und nicht ganz glatt, nicht einfach, nicht unmittelbar. Als „sicher“ stellt Engels nur ein einziges, unbedingt internationalistisches Prinzip auf, das er allen „fremden Völkern“ gegenüber, d. h. nicht nur gegenüber den Kolonialvölkern, anwendet: ihnen Beglückung aufzwingen wollen, hieße den Sieg des Proletariats untergraben. Das Proletariat wird nicht heilig und gegen Fehler und Schwächen gefeit werden, nur weil es die soziale Revolution vollbringen wird. Aber die möglichen Fehler (und die eigennützigen Interessen – der Versuch, auf Kosten des anderen zu leben) werden das Proletariat unvermeidlich zur Erkenntnis dieser Wahrheit führen...“ (Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, Band 19, Seite 331/332 alte Ausg.)

Ein Artikel, der die Gegensätze zwischen Vietnam und Kambodscha behandelt, liegt der Redaktion seit einigen Monaten vor. Wir zögerten, ihn erscheinen zu lassen, weil die neuen Ereignisse, vor allem der Konflikt zwischen China und Vietnam weitere Ausführungen notwendig machten. Eine Reihe von Lesern haben uns gefragt, warum denn die „Arbeiterpolitik“ noch nicht zu diesen Fragen Stellung nehme bzw. wann sie dazu etwas sagen würde. Wir sind ehrlich genug zu sagen, daß das keine einfache Sache ist und unser „Schwei-

gen“ auf die Schwierigkeit der Aufgabe zurückzuführen ist.

Wem ist damit gedient, wenn wir uns „gefühlsmäßig“ für die eine oder andere Seite „entscheiden“, wenn wir die Tatsachen, die dem Streit zwischen Vietnam, den südostasiatischen Staaten, China und der Sowjetunion zu Grunde liegen, nicht kennen? Die Möglichkeit der kritischen Beurteilung der Mischung von Wahrheit, Halbwahrheit und Unwahrheit, die sich uns in den fernöstlichen, bürgerlichen und parteioffiziellen Berichterstattungen anbieten, ist für uns sehr stark eingeschränkt. Das mahnt zur Vorsicht.

Vorstellungen vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und vom Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung, die in entwickelten kapitalistischen Ländern (mit einem zahlenmäßig großen Proletariat und Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung) entstanden sind, sind auf die Bedingungen in Afrika und Asien so wenig anwendbar wie umgekehrt in China und Rußland entstandene Vorstellungen gedankenlos auf unsere westeuropäischen Bedingungen übertragen werden dürfen. Die Ursachen der Widersprüche in den Ländern Südostasiens „in der noch mehr oder weniger starken Passivität der Arbeiterklasse“ zu suchen, zeugt von einer nicht geringeren Verkenntung der völlig andersgearteten Bedingungen.

Das Tempo der Revolution wie die Schaffung der neuen wirtschaftlichen Voraussetzungen und politischen Grundlagen wird nicht von dem Willen der revolutionären Führung bestimmt. Auch die beste revolutionäre Führung muß sich den der gesellschaftlichen Bewegung innewohnenden Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Fähigkeiten unterwerfen (oft sogar gegen die eigene Überzeugung), wenn sie nicht scheitern oder gar kapitulieren sollte. Vom Übergang Chinas ins Lager der Konterrevolution zu sprechen, ist nicht weniger falsch und daher für die proletarische Bewegung hierzulande schädlich, als „den Sturz der Bürokraten in Moskau und Peking nur durch eine politische Revolution“ zu empfehlen.

*) „Was tun?“, 4 Internationale

Außerdem: Die unterdrückten Klassen und die aus ihren Reihen hervorgegangenen Führer sind nicht – weil sie die Revolution gemacht haben – vor vermeidbaren und unvermeidbaren Fehlern geschützt, z.B. auf Kosten anderer Völker die eigenen Interessen befriedigen zu wollen. Die positiven wie negativen Erfahrungen erst zwingen sie zur Erkenntnis über begangene Fehler und Irrtümer sowie mögliche Wege, diese zu überwinden.

Die Berichte über die militärischen Vorgänge und Handlungen in dem vietnamesischen Kampfgebiet widersprechen sich ebenso wie die Darstellungen der chinesischen und vietnamesischen Absichten und Gegensätze. Sogar die Berichte von ein und demselben Korrespondenten sagen oft von einem zum anderen Tag das Gegenteil.

Was von verschiedenen Seiten als „Argumente“ zum Beweis der Schädlichkeit des jeweiligen Gegners vorgebracht wird, hebt sich auch gegenseitig auf. Es sind meist Beschimpfungen, die zwar die Schärfe und Zugespitztheit der Gegensätze widerspiegeln, aber nur sehr wenig über deren Inhalt aussagen können. Ob nun die russische und offizielle DKP/SED-Presse die Chinesen als Faschisten bezeichnet oder umgekehrt die Chinesen die Russen als Sozialimperialisten, die Vietnamesen die Chinesen als Großmachtchauvinisten anklagen oder die Chinesen und Kambodschaner dasselbe in Bezug auf das Verhalten der Vietnamesen zu Kambodscha sagen, so kann das alles nicht viel weiter helfen als zu der schlichten Einsicht, daß Gegensätze in der Wirklichkeit vorhanden sein müssen. Es ist aber keine neue Erkenntnis, daß es auch unter und in sozialistischen Staaten Gegensätze und Widersprüche gibt. Daß in sozialistischen Staaten und zwischen ihnen die Entwicklung harmonisch verlaufen müsse, ist eine Wunschvorstellung und daher falsch.

»Einheit des sozialistischen Lagers« — ja, aber welche Einheit?

War die Schärfe der Auseinandersetzungen in Südostasien ungewohnt und unerwartet, die Tatsache, daß militärische Mittel auch zwischen sozialistischen Staaten angewendet werden, ist es sicher nicht. Der Unterschied zwischen den Auseinandersetzungen in Asien zu denen der Sowjetunion mit der CSSR 1968 ist der, daß die kommunistischen Bewegungen Asiens **bis zum äußersten** entschlossen sind, ihre so opfervoll erkämpfte Selbständigkeit zu behaupten.

Alle sozialistischen Staaten bekennen sich zum proletarischen Internationalismus oder zur internationalen Solidarität, nur bleibt das ein Ideal, solange der Internationalismus sich nur in Konferenzklärungen ausdrückt oder beschlossen wird. Arbeiter und Bauern gerade solcher Länder wie Rußland, China, Vietnam usw. haben mit ihrer Revolution für den proletarischen Internationalismus tausendmal mehr geleistet als alle die, die bisher vom Internationalismus als idealer Vorstellung oder Bekenntnis geredet haben.

Die Ausdehnung des sozialistischen Lagers vollzieht sich nicht im luftleeren Raum, sondern erzeugt (nachdem die Sowjetunion nicht mehr das einzige sozialistische Land ist), u. a. auch Reibungsflächen. Dieser Umstand bringt uns immer wieder neue Tatsachen und Erfahrungen, die mit dem Ziel der Stärkung des sozialistischen Lagers verarbeitet werden müssen.

Wir sind gezwungen, an Hand dieser neuen Erfahrungen und Tatsachen unsere Erkenntnisse zu überprüfen, und das heißt auch, uns neue Erkenntnisse anzueignen. Was bedeutet z. B. unter diesen Umständen das Prinzip, daß sich die nationalen Interessen der Arbeiterklasse den internationalen unterzuordnen hätten? Wie soll es angesichts der tiefen Gegensätze vor allem zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China verwirklicht werden? Soll der eine dem anderen aufzwingen, was er für die internationalen Interessen hält.

Die jetzt auftretenden Widersprüche beweisen nicht, daß dieses Prinzip falsch ist, sondern nur, daß bisher die Auslegung dieses Prinzips von der Existenz **eines** sozialistischen Staates ausging und daß diese Tatsache nicht mehr besteht. Die Bedingungen, unter denen kommunistische Prinzipien verwirklicht werden können, entwickeln sich nicht nach einem Lehrbuch. Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf den Konflikt zwischen China und Vietnam, sie gilt ebenso für die

Auseinandersetzungen, die seit vielen Jahren in der kommunistischen Weltbewegung vor sich gehen, die ja auch – wie immer man im einzelnen zu den Auffassungen der verschiedenen Seiten stehen mag – objektiver Ausdruck des Wachstumsprozesses der Bewegung im Weltmaßstab sind. Solange das sozialistische Lager sich mehr oder weniger nur auf die Sowjetunion beschränkte, blieben die Widersprüche, die an die Oberfläche kamen, noch in der Bewegung selbst verborgen oder kamen nur ausnahmsweise zum Vorschein.

Die „Einheit“ bestand nur durch das Übergewicht eines Landes – der Sowjetunion, neben der sich heute die Volksrepublik China zu behaupten versucht. Die Vorstellung – wie schön es doch wäre, wenn alles „einheitlich“ bliebe – verhindert – könnte sie verwirklicht werden – die Weiterentwicklung und das Wachstum.

Eine Klasse ohne Macht und Stärke wird nicht beachtet

Für uns, die wir an der Nahtstelle zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager leben, war und ist die „russische Frage“ von größerer Bedeutung als z.B. in Italien und Frankreich. Wir hatten die Auswirkungen des Gegensatzes in der Welt zwischen Kapitalismus und Sozialismus am stärksten und anders zu spüren. Für die sozialistische Bewegung in Frankreich, Italien, England gibt es keine russische und westliche Einflußzone, die das Land teilt. Die Auswirkungen dieser Teilung sind für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute von großer Bedeutung. Die Millionen Menschen z. B., die aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße und dem Sudetengebiet in die Bundesrepublik flüchteten, kamen als Gegner des Sozialismus – so, wie sie ihn kennengelernt hatten. Zu ihnen zählen auch die Flüchtlinge aus der russisch besetzten Zone, später der DDR. Sie begegneten uns in Betrieben, Gewerkschaften und Arbeiterfamilien. Konnten wir ihnen ihre Erfahrungen aus dem Kopf reden? Die Rückkehrer aus der Illegalität, die Häftlinge aus den KZ und die Emigranten, die nach dem Ende der Naziherrschaft die politische Arbeit unter den neuen Bedingungen aufnahmen, waren sich (– soweit sie sich in der späteren „Gruppe Arbeiterpolitik“ sammelten –) darüber im klaren, daß die Erbschaft, die hier der deutschen Arbeiterbewegung überlassen wurde, ihr eine sehr schwierige Aufgabe stellte, die erst im Laufe der sich entfaltenden Klassenkämpfe gelöst werden kann. Das Abflauen der von den Institutionen der Bundesrepublik subventionierten und aufrechterhaltenen „Flüchtlingsbewegung“, wo in der zweiten Generation kaum noch Erfahrungen bestehen mit dem, was gegenüber Arbeitern und Kleinbürgern bei der Vertreibung geschehen ist – dieses langsame Abflauen der von Kriegs- und Nachkriegsgeschehen aufgeheizten nationalistischen Gefühle läßt ein Hindernis für vernünftiges (und das heißt eben heute klassenbewußtes) Denken wegfallen. Das zeigt auch die immer stärker werdende kritische Betrachtung der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Was hat das mit dem Thema, das hier abgehandelt wird, zu tun? Oft wird gesagt, daß Machtpolitik oder Politik der Stärke mit sozialistischen Grundsätzen nicht vereinbar sei. Das Fehlen von Macht und Stärke bedeutet Machtlosigkeit und Schwäche. Eine Klasse, die schwach ist, weil sie **kampflose** Niederlagen erlitten hat, wie die deutsche Arbeiterklasse 1933, kann nicht erwarten, daß sie respektiert wird wie eine Klasse, die wenigstens gekämpft hat wie die spanische, oder eine, die schließlich sogar im Kampf gesiegt hat. Die deutsche Arbeiterklasse hat nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht die physische und politische Kraft gehabt, gegen die ausländischen Militärs die Abrechnung mit ihrer eigenen herrschenden Klasse zu vollziehen. Das bekommt sie jetzt wieder zu spüren. Die deutschen Unternehmer haben ihre Niederlage im Zweiten Weltkrieg mit Hilfe ihrer imperialistischen und kapitalistischen Kriegsgegner überwunden, sind so stark geworden, und haben deshalb ihre Lage entscheidend verändert, innen wie außen. Dasselbe Gesetz gilt für die Arbeiterklasse. Wenn ihre Klasseninteressen respektiert werden sollen (vom Osten wie vom Westen), dann muß sie aufhören, ihre Schwäche als unabänderlich anzusehen. Das ist der ganze Inhalt unseres Wirkens, wenn wir dafür eintreten und uns einsetzen, daß die Arbeiter sich als Klasse in der Gesell-

schaft wieder formieren und sich nicht als Objekte gängeln lassen.

Die Verwirrung, die jetzt über den chinesisch-vietnamesischen Konflikt ausgebrochen ist, geht soweit, daß Organisationen, die sich kommunistisch dünken, die Volksrepublik China schon als kapitalistischen Staat abtun, in der Bundesrepublik zu Demonstrationen gegen China aufrufen – und das nicht nur von Seiten der DKP oder des KB in Hamburg. Worauf stützen diese Propagandisten ihre These, daß die Volksrepublik China ein kapitalistischer Staat geworden ist, ohne daß die Massen zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, die sie doch bisher verfolgt und entwickelt haben, eingegriffen hätten? Ist vielleicht Revolution oder Gegenrevolution das Werk von Parteiführungen, an denen die Massen nicht beteiligt sind? – Das entspricht den Vorstellungen bürgerlicher Berichtersteller und Beobachter und deren Presse. Leider wird diese Berichterstattung auch von sozialistischen Organen kritiklos übernommen, die auf die Reden und diplomatischen Verhaltensweisen der chinesischen Führer hereinfallen.

Die kambodschanischen Kommunisten sind – so sagen z. B. die Fürsprecher der vietnamesischen Aktion – grausam gegen die eigene Bevölkerung, und die neue Regierung – mit Unterstützung der Vietnamesen ins Land gekommen – garantiere dem kambodschanischen Volk die Erfüllung der „Menschenrechte“: Religionsfreiheit, Schulbildung, freie Wahl des Aufenthaltsortes usw. Das liest sich gut, nur ist damit noch nichts gesagt über die Verwirklichung dieser Prinzipien. Warum hat denn das jetzt abgesetzte und in den Widerstand gedrängte Regime die brennenden Probleme des Landes nicht nach diesen menschenrechtlichen Grundsätzen gelöst? War es Dummheit? Leider werden einfache die Probleme nur auf dem Papier „gelöst“. Es stellt sich bereits heute heraus, daß mit der Verächtlichmachung des Gegners die Vietnamesen kein Problem der kambodschanischen Gesellschaft lösen können.

Jetzt wird gesagt, daß diese Konflikte zwischen den sozialistischen Staaten die Arbeiter und Angestellten bei uns vom Kommunismus abstoßen und unser Wirken erschweren. Das ist unbestreitbar eine Folge dieser Ereignisse. Hat nicht auf der anderen Seite auch die Sympathie für die russische Oktoberrevolution bei Millionen deutscher Arbeiter es der KPD-O schwer gemacht, ihre warnende Stimme gegen RGO-Politik vor 1933 und das Sozialfaschismus-Geschimpfe zu Gehör zu bringen? Ist es ganz vergessen, daß die ungeheure Autorität der russischen Revolution gerade in Deutschland¹ bei vielen revolutionären Arbeitern zur Folge hatte, daß sie die RGO-Dummheiten und die ultralinke Politik der KPD hinnahmen, weil sie eben mit der russischen Autorität verbunden war?

Und wie ist es heutzutage? Die Illusion bei denen, die in der Bundesrepublik die chinesischen Erfahrungen unkritisch übernehmen wollten, schlägt jetzt ins Gegenteil um. In der kommunistischen Weltbewegung erleben wir eine tiefgehende Auseinandersetzung. Da haben wir die Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, die mehr oder weniger mit dem russischen Standpunkt sympathisieren, und denen, die sich vom russischen Einfluß lösen wollen. Was z. B. unter dem Begriff „Eurokommunismus“ vereinigt wird, ist nichts Einheitliches und unterscheidet sich von Land zu Land. Aber auch zwischen den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder gibt es Auseinandersetzungen. Die Ursachen dieser Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten sind die unterschiedlichen Bedingungen bei der Lösung der Frage, wie sich die sozialistischen Staaten am besten die Grundlagen einer neuen Ordnung weiterentwickeln und wie sie am besten die Kräfte zum Aufbau und zur Verteidigung der errungenen politischen Macht organisieren können. Dieser Gegensatz weist verschiedene Formen und Stufen der Härte auf, er ist überall festzustellen, auch wenn er häufig vorübergehend verborgen gehalten werden kann. Auch für die bürgerliche Presse sichtbar wird er in, z. B., den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Rumänen und Jugoslawen. Er wurde mit militärischen Mitteln durch die Warschauer Paktstaaten unter der Führung

der Sowjetunion in der Tschechoslowakei „gelöst“, ohne wirklich gelöst zu sein. Die nicht ernstzunehmenden Erklärungen der am Einmarsch beteiligten Staaten, sie seien von der Partei oder Regierung der CSSR zur Hilfe gerufen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anwendung militärischer Mittel einen Gegensatz zwischen den Interessen der tschechischen Arbeiterklasse und der Mehrheit der Kommunisten in der CSSR einerseits und der am Einmarsch unter Führung der Sowjetunion beteiligten Staaten andererseits überwinden sollte. Er ist aber auch erkennbar in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ungarn und Polen. Am stärksten ist der Interessengegensatz zwischen China und der Sowjetunion. Die Größenordnung allein macht „Lösungen“ wie in der Tschechoslowakei unmöglich, obgleich die Sowjetunion alles unternimmt, um ihre politischen Auffassungen und Erfahrungen gegenüber der Volksrepublik China durchzusetzen.

Die Volksrepublik China will gleichberechtigt neben der UdSSR stehen

Alle kommunistischen Parteien sind sich im „Prinzip“ einig, daß „Gleichberechtigung“ zwischen den Parteien herrschen müsse. Aber „Gleichberechtigung“ gibt es nur zwischen Gleichberechtigten. – China muß sich als gleichwertig auf allen wesentlichen Gebieten (vor allem auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet) zeigen, wenn es gegen die Sowjetunion und USA bestehen will. Die Aufgaben, vor denen die chinesische Partei steht, sind andere als die der Sowjetunion, die ökonomisch, politisch und militärisch zu einer respektierten Weltmacht geworden ist. Diese unterschiedlichen Aufgaben führten schon zum Bruch mit der Sowjetunion 1959 und dem Abzug der russischen Techniker, Berater und Pläne aus China. Was die Russen sich versprochen, trat aber nicht ein. Die chinesische Partei gab nicht nach, sie konnte nicht nachgeben, ohne die Grundlage im eigenen Lande zu gefährden. Auf Grund dieser Lage entwickelten die Chinesen die Politik des „auf den eigenen Füßen stehen“. – Zu der Isolierung durch die USA und ihre westlichen Verbündeten trat damals die Isolierung durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Die Möglichkeiten, diese Isolierung zu durchbrechen, waren für die Volksrepublik China sehr gering. Sie blieben auf Hongkong, Macao, Albanien u. a. beschränkt.

Zunächst beinhaltete der Krieg der USA in Südostasien für die Volksrepublik China die direkte Gefahr, daß die USA den Krieg nach China tragen würde, um den Vietnamesen den Nachschub abzuschneiden und ihre Versorgungslinien zu zerstören. Nach der Vertreibung der USA aus Südostasien ist diese Gefahr zunächst gebannt, das heißt nicht, daß sie in der Zukunft nicht mehr entstehen kann. **Zur Zeit** sind die USA nicht in der Lage, in Südostasien einzugreifen oder Krieg zu führen, schon weil sie im Nahen Osten zu sehr engagiert sind. Das bietet der Volksrepublik China die Möglichkeit, den Boykott der USA zu durchbrechen und mit ihnen wirtschaftliche Verbindungen herzustellen. Diese Möglichkeiten werden noch begünstigt durch die wirtschaftliche Krise in den USA und die Hoffnung der US-Regierung, daß eine wirtschaftliche Stärkung Chinas eine Schwächung der politischen Stärke der Sowjetunion bedeutet. Für die multinationalen Konzerne bietet der chinesische Markt und die Wirtschaft – wenigstens für den Augenblick (und das ist für diese Konzerne entscheidend und lebensnotwendig) – Profitmöglichkeiten. Wie weit diese Möglichkeiten gehen und ob der Appetit nicht größer ist, als es die wirtschaftlichen Bedingungen der Volksrepublik China zulassen, ist schwer zu beurteilen, wengleich das Warnen vor allzu großem Optimismus, das von westlichen Wirtschaftlern zu hören ist, seine Gründe haben muß. Daß mit diesem Geschäft mit den kapitalistischen Staaten – vor allem mit den USA – auch die Schaffung einer industriellen sozialistischen Wirtschaftsgrundlage in China verbunden ist, die die „vier Modernisierungen“ vorantreibt, das ist zunächst keine aktuelle Gefahr für die Konzerne. (Auf lange Sicht wird sich die

¹ Daran hat nicht nur die russische Partei unter Stalins Führung ihren Anteil, sondern auch schon Trotzki hat im Kampf gegen Stalin jene ultralinke Parteiführung in Deutschland ans Ruder gebracht, die mit dem Namen Ruth Fischers verbunden ist, und mitgewirkt, die Parteiführung (– die sich gegen diese Unterordnung stemmte –) aus der deutschen Partei herauszudrängen.

wirtschaftliche Stärkung Chinas anders auswirken. Es ist ein dem Kapitalismus innewohnender Widerspruch, daß er immer wieder auch die Kräfte erzeugt, die ihn schließlich überwinden). Zur Zeit ist die Volksrepublik China bestrebt, die Isolierung (die von den USA für sie geschaffen wurde) zu durchbrechen und sich größere Handelsmöglichkeiten zu schaffen.

Diese Entwicklung macht den Druck der Sowjetunion auf China wirkungsloser, d. h. der sowjetische Versuch und der ihrer Verbündeten, die VR China gefügiger zu machen, verliert an Kraft und Gewicht. Aber wir müssen sehen, daß die Sowjetunion überall, wo die Chinesen versuchen, aus ihrer Isolierung herauszukommen, sich einzumischen versuchen und ihre weitaus größere materielle, finanzielle und militärische Macht ins Spiel bringen (z. B., als die Chinesen Weizen in den USA und Kanada kaufen wollten) und die Chinesen aus dem Felde schlagen. Das erzeugt auch Haß. Die SU hat jetzt versucht, die Verhandlungen der Chinesen mit den Japanern zu blockieren. Die Russen haben den Japanern Angebote gemacht, mit ihnen in Sibirien zusammenzuarbeiten, was aber an der Forderung der Japaner, ihnen die Kurilen zurückzugeben, scheiterte.²

Die Sowjetunion ist bestrebt, alle Gegensätze, die zwischen den Chinesen und ihren Nachbarn vorhanden sind oder entstehen, für ihre Ziele und Strategie zu nutzen. Der Vorwurf der Volksrepublik China gegen die Sowjetunion, daß sie „Hegemonie“-Bestrebungen zeige, ist für die Sowjetunion völlig unbegreiflich. Es ist ihre objektive Lage und Stärke, die die „Hegemonie“ ausmacht. Es gibt keine andere Lösung des Widerspruchs, der eben darin besteht, daß es starke und weniger starke Staaten gibt, als daß die Kräfteverhältnisse verändert werden. Wenn z. B. die Volksrepublik China ihre „vier Modernisierungen“ verwirklichen kann, dann muß ein anderes Verhältnis entstehen, weil die objektiven Kräfteverhältnisse sich verändern.

Wenn die Chinesen gegen den „Hegemonismus“ der Sowjetunion polemisieren, so heißt das noch lange nicht, daß sie dieses „Laster“ nicht auch haben. Wenn sie nicht Einfluß nehmen auf die südostasiatischen Staaten, machen es die Russen. Die Chinesen sehen Südostasien als ihren Einflußbereich an, aus dem die Sowjetunion sich heraushalten soll. Deshalb versuchen sie, Vietnams Einfluß in Grenzen zu halten, und unterstützen Kambodscha. Die Chinesen haben gegen die USA in Korea gekämpft. Sie sagen jetzt, sie haben nichts gegen die Anwesenheit der USA im pazifischen Raum. Das muß unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß sie 30 Jahre lang um die Zurückdrängung der USA gekämpft haben. Sie wissen um die **augenblickliche** Lage der USA in **Asien**, deshalb diese zu nichts verpflichtende, im Grunde bedeutungslosen Worte. Ihr Ziel ist, die USA aus Taiwan herauszudrängen, und da haben sie unbestreitbare Erfolge erzielt.

² Der Besitz der Kurilen hat für die Sowjetunion militärisch-strategische Bedeutung gegen den Flottenaufmarsch der USA im Pazifik und ihren Stützpunkten.

Krieg in Asien: Chinas Ziele

Vorbemerkung:

Der folgende Artikel aus »Le Monde Diplomatique« (März 1979) von X. Luccioni wurde zum Zeitpunkt der Kämpfe zwischen China und Vietnam geschrieben. Wir stellen ihn unseren Lesern leicht gekürzt in eigener Übersetzung vor. Er erinnert an Tatsachen und Entwicklungen in den Beziehungen Chinas zu Südostasien, die in den vorangegangenen Jahren durch die gemeinsame Frontstellung gegen den amerikanischen Imperialismus mehr oder weniger verdeckt waren. Insofern hoffen wir, daß dieser Artikel Material für die kritische Einschätzung der uns alle bewegenden Zusammenstöße zwischen Staaten des sozialistischen Lagers gibt. Die Red

»Die Grenzverteidigungstruppen der Volksbefreiungsarmee Chinas waren gezwungen, die vietnamesischen Aggressoren ihrerseits anzugreifen, da sie ständig bewaffnete Invasionen in die chinesischen Grenzgebiete unternommen haben«, das

Unser Beitrag: die eigene Ohnmacht überwinden!

Viele Linke schwanken zwischen „Begrüßen“ und „Verurteilen“ der chinesischen/vietnamesischen/kambodschanischen/russischen Schritte hin und her und finden keinen Halt. Wir können die Entwicklung dort nicht beeinflussen, wir sind dazu zu schwach. Wir können nur das Verständnis fördern für die Probleme der proletarischen Weltbewegung und (indem wir das tun) zur Schaffung der selbständigen proletarischen Kraft in der deutschen und westeuropäischen Arbeiterklasse beitragen. Die Voraussetzung schaffen, um **unseren** Beitrag zum proletarischen Internationalismus zu leisten und so (– und nur so –) mitzuhelfen, die schwierigen Geburtswehen der neuen Gesellschaftsordnung zu überwinden.

Die südostasiatischen Staaten sind nach dem Ende des Krieges gegen die USA mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert, für deren Lösung sie Hilfe suchen. Die Chinesen können ihnen – wenn sie ihren wirtschaftlichen Aufbau nicht stark verzögern wollen – nicht im entferntesten die Hilfe bieten, die die Sowjetunion ihnen geben kann. Im Grunde genommen haben die Vietnamesen versucht, das wirtschaftliche Problem auf dieselbe Weise zu lösen wie die Kambodschaner, indem sie die Bevölkering der großen Städte wieder aufs Land bringen wollten. Offenbar ist es ihnen nicht gelungen, die Widerstände zu überwinden, oder es sind die fruchtbaren Reisanbaugelände – anders als in Kambodscha – viel mehr zerstört oder beides trifft zusammen.

Wir haben auf die geschilderten Ereignisse keinen direkten Einfluß, weil die Arbeiterbewegung in unserem Land selbst keinen Einfluß ausübt. Die Produktionsmittel werden deshalb aus Profitgründen eher stillgelegt, als für den wirtschaftlichen Aufbau in Ländern außerhalb des imperialistischen Einflußbereiches verwandt zu werden. Es war der Zweck der internationalen Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien, bei den auftretenden Gegensätzen zwischen den einzelnen Zweigen der internationalen Bewegung die Verluste und Reibungen möglichst gering zu halten. Der Versuch der 3. Internationale ist am Übergewicht der KPdSU gescheitert; die internationale Arbeiterbewegung braucht den internationalen Zusammenschluß ihrer einzelnen Zweige, jedoch weder als Werkzeug der stärksten Partei noch als Fiktion (wie es die Trotzkisten mit der „Vierten“ machen). Die proletarische Bewegung wird auch künftig nicht verschont bleiben von vermeidbaren wie unvermeidbaren Fehlern. Diese Fehler werden die Erkenntnis bringen, daß allein die internationale Zusammenarbeit sie lösen oder auf ein Mindestmaß beschränken kann. Der Beitrag zu dieser internationalen Zusammenarbeit, der vor allem von den Bewegungen der entwickelten kapitalistischen Länder noch zu leisten ist, wird für die kommende Periode entscheidend sein. Hier liegt auch der einzig mögliche zukünftige Beitrag der deutschen Arbeiterbewegung zur Lösung des Konflikts. Nur müssen wir dazu auch erst unsere eigene Ohnmacht überwunden haben. ■

ist die offizielle Erklärung, wie sie von Peking geliefert wird (»Neues China«, 19. 2. 79). »Wir könnten nicht dulden, daß unsere Grenzen verletzt werden, während wir jetzt alle Anstrengungen auf die Verwirklichung der ‚Vier Modernisierungen‘ wenden«,¹ das versicherte uns in Paris ein chinesischer Offizieller, der damit das aufnahm, was Deng Xiaoping im Februar in Washington vor der Kommission für Auslandsangelegenheiten des amerikanischen Senats erklärte: »Die Rolle, die Vietnam spielen wird, wird noch schlimmer sein als die Kubas... Wir nennen es das Kuba des Ostens. Wenn man ihm keine Lektion erteilt, wird es nicht gut gehn. Wir sind natürlich besorgt um die Sicherheit unserer Grenzen. Es hat notwendige Truppenbewegungen gegeben, und Sie sind sich darüber im klaren. Was das betrifft, was wir

¹ Das Ziel, das Peking sich für das Jahr 2000 gesetzt hat: zu einer allgemeinen Mechanisierung der Landwirtschaft, zur Modernisierung der Industrie, der Landesverteidigung und der Wissenschaft zu gelangen.

tun müssen, so werden wir abwarten und sehen müssen. Zwei Dinge kann ich sagen: erstens, wir, die Chinesen, sagen, was wir meinen; und zweitens, wir, die Chinesen, handeln nicht leichtfertig.« (vgl. Peking Rundschau, 6/79). Diese Sätze bedeuteten besonders gegenüber der Sowjetunion und Vietnam, daß eine chinesische Militärintervention von jetzt ab vorgesehen war, in wenigen Tagen bevorstand, sofern nicht eine — unwahrscheinliche — Änderung der Haltung Vietnams gegenüber China eintreten und die Grenzgeplänkel beendet würden. Aber handelt es sich wirklich nur um eine Frage der Grenzen? Der Haupteinsatz war die Änderung der Lage, wie sie nach der vietnamesischen Offensive in Kambodscha entstanden war — zumindest auf kurze Sicht und — langfristig — die Neutralität ganz Südost-Asiens gegenüber den beiden Supermächten.

Innerhalb eines Jahres haben sich die Differenzen zwischen China und Vietnam beträchtlich verschärft: nach April 78 vergiftete das Schicksal der Vietnamesen chinesischer Abstammung oder der Auslandschinesen, die im Norden und Süden des Landes wohnhaft waren, die Beziehungen zwischen beiden Hauptstädten: die vietnamesische Führung scheint einen harten Kurs gegenüber Peking eingeschlagen zu haben, das seinerseits Hanoi aber unwiderstehlich auf die Seite der Sowjetunion gleiten sieht, womit es eine Politik des Gleichgewichts zwischen Moskau und Peking aufgibt, die bis zum Tod Ho Chi-minhs strikt eingehalten worden war. (Die Beachtung dieser Ausgewogenheit war einer der Hauptbestandteile seines Testaments). Diese Entwicklung wird besiegelt durch den **Eintritt Vietnams ins Comecon (RGW) am 29. 6. 78**, unterstrichen noch am **3. November durch die Unterzeichnung eines Friedens- und Zusammenarbeitsvertrages zwischen Vietnam und der UdSSR**: ein Abkommen, das für Peking unannehmbar ist, und das von ihm als eine Bajonettspitze gegen seine Südseite betrachtet wird. Denn die Grenzkonflikte, die Verletzung des chinesischen Nationalstolzes in der Frage der »Hoa« (so bezeichnen die vietnamesischen Behörden ihre Staatsangehörigen chinesischer Abstammung und die in Vietnam lebenden Überseechinesen), die unleugbare Enttäuschung, die in China entstanden ist, infolge der plötzlich feindseligen Haltung Hanois — **all das erscheint zweitrangig gegenüber den politischen und militärischen Auswirkungen des Eintritts Vietnams in die sowjetische Einflußsphäre**. Nun wissen die Chinesen aus Erfahrung, daß diese Zusammenarbeit niemals umsonst ist; sie sehen den Beweis dafür in dem »grünen Licht«, das für Vietnams Invasion nach Kambodscha am 25. 12. 78 gegeben wurde. Auf die eine oder andere Weise mußte China reagieren.

»Völker der Welt...«

Denn es ist eine Konstante in der Haltung Pekings seit 25 Jahren gegenüber der indochinesischen Halbinsel: auf keinen Fall die ständige Anwesenheit einer fremden Großmacht in diesem Raum zu dulden und jeder Föderationsvorstellung entgegenzutreten, die sich nur zugunsten des großen Vietnam verwirklichen ließe, das dann seine kleinen Nachbarn Laos und Kambodscha beherrschen würde.²

Tschu En-lai wurde 1954 über die Ergebnisse der Genfer Konferenz befragt in bezug auf den Abzug der in Indochina anwesenden Streitkräfte und erklärte damals bereits, daß »alle in Laos anwesenden Truppen sich zurückziehen« müßten »Gilt das auch für die Truppen der Vietminh?« fragte seinerzeit ein Journalist. »Alle«, antwortete Tschu En-lai. Die Konferenz hatte sich gerade über den Rückzug der französischen Militärkräfte geeinigt, zu dem China beträchtlich beigetragen hatte. Diese Haltung war bestimmt von prinzipiellen Überlegungen — Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen — und von der Sorge, die Südflanke Chinas zu befreien von der Einkreisung durch die amerikanischen Vorbereitungen, wie sie von Truman und Dulles unternommen wurden.³ Bei dieser amerikanischen Einkreisung stellte das französische Expeditionskorps einen Baustein dar. Aus den gleichen Gründen unterstützte Peking später Hanoi in seinem zweiten

² Offiziell sind die Bevölkerungszahlen auf der indochinesischen Halbinsel für Laos 3,5 Mio. Einwohner, für Kambodscha 8,2 Mio. und 51,23 für Vietnam. Diese Unterschiede unterstreichen das Ungleichgewicht, das in einer »indochinesischen Föderation«, wie sie Hanoi anstrebt, bestehen könnte, wozu noch die vielfältigen ethnischen und geschichtlichen Unterschiede besonders zwischen Kambodscha und Vietnam hinzukämen.

indochinesischen Krieg: »Völker der Welt, vereinigt euch, um die amerikanischen Aggressoren und ihre Lakaien zu schlagen«, sagte Mao Tse-tung am 20. Mai 1970 von der Tribüne des Tien-An-Men-Platzes zu einer Versammlung von mehreren Hunderttausenden. Zu dieser Zeit waren die politisch-militärischen Machtmittel der Vereinigten Staaten in Südostasien auf dem höchsten Punkt ihrer Entfaltung. Nach Maos Verständnis ist der Rückzug seitdem erreicht. Ihn beunruhigt jedoch der Platz, den die Sowjets einnehmen. Er ist seit 1968 der Überzeugung, daß Moskau nach seinem Einmarsch in die Tschechoslowakei von jetzt ab einen »Sozialimperialismus« darstellt, der versucht, die Lücke auszufüllen, die der amerikanische Rückzug hinterläßt: man muß seiner — Maos — Meinung nach so handeln, daß die amerikanische Vormacht in Südost-Asien zurückgedrängt wird, ohne dabei eine Zone sowjetischer Vorherrschaft herbeizuführen.

Diese Entwicklung in der chinesischen Analyse schlägt sich nieder in der »Ping-Pong-Diplomatie« und der Reihe von Geheimverhandlungen, die den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking 1972 ermöglichen. Was zwischen Tschu En-lai und Nixon zur Diskussion steht, ist die Art und Weise, dem Konflikt in Indochina eine rein asiatische Lösung zu geben.

Das darin eingeschlossene Vorgehen wird aber besonders durcheinandergebracht durch die zeitweise Blockierung der amerikanischen Regierung. 1974 und 1975: Watergate. Die amerikanische Öffentlichkeit ist erregt. Der erbitterte Kongreß blockiert die Militärausgaben für Interventionen. In Afrika ist Kissinger nicht in der Lage, etwas gegen das sowjetische Manöver in Angola zu unternehmen. In Asien kann er dem Thieu-Regime gegenüber der nordvietnamesischen Offensive keine Unterstützung mehr geben. Das bedeutet für die amerikanischen Streitkräfte, daß sich der allmähliche Rückzug in ein Debakel verwandelt hat. Peking, das einen so brutalen Bruch nicht gewollt hat, befürchtet, daß sich die Sowjetunion in die zurückbleibende klaffende Lücke stürzen wird. Das ist die Zeit, in der alle Staatsmänner, die die chinesische Hauptstadt besuchen, sagen hören, daß »man sich vor dem Tiger hüten muß, der durchs Fenster eindringt, während der Wolf durch die Tür hinausgejagt wird«. Was auch immer die offiziellen Kommentare sagen, in der chinesischen Hauptstadt beunruhigt man sich über den schnellen Sieg, den Hanoi in einigen Tagen über Saigon errungen hat. Übrigens kam 48 Stunden zuvor eine hohe chinesische Persönlichkeit in die vietnamesische Hauptstadt, um zur Vorsicht zu raten: ein zu plötzlich erreichter Sieg könnte dazu verleiten, die folgenden Etappen zu überstürzen, es wäre besser, einen Übergang im Süden vorzusehen und, entsprechend dem Abkommen von Paris, alle patriotischen Richtungen an der Regierung zu beteiligen...

»Neue Zaren« gegen »chinesische Feudalherren«

Es stimmt, daß eine mächtige Strömung innerhalb der Partei der Arbeit Vietnams besteht, die mit Moskau sympathisiert. Aber Peking scheint sich so zu verhalten, als ob diese Tendenz unvermeidlich die Oberhand bekommen müßte. Es wäre ermüdend, hier die Meinungsverschiedenheiten aufzuzählen, die sich zwischen der Peking- und Hanoi-Führung ständig verschärfen.

Dennoch wollen wir einige Daten festhalten: im Mai 1975, kurz nach seinem Sieg, fordert Vietnam eine Erhöhung der chinesischen Hilfe, Peking leistet weiter wirtschaftliche Hilfe aber stellt die militärische Hilfe ein, da der Krieg beendet ist; die Beziehungen haben sich dadurch verschlechtert. Nun erscheint aber offiziell noch nichts davon, und die beiden Länder bleiben offiziell »vereint — wie Lippen und Zähne«. Im September 75 fährt der Erste Sekretär, Le Duan, nach Peking, um die chinesische Hilfe neu zu diskutieren und die dornige Frage der Paracel-Inseln aufzugreifen, die im Januar 1974 von Peking wieder besetzt worden waren — was ein wichtiger

³ »Das Interesse der Vereinigten Staaten im Fernen Osten ist unter strategischen Gesichtspunkten eng mit dem verknüpft, was man die 'Kette der Küsteninseln' nennt. Diese Kette umfaßt die Festlands-Stützpunkte: Südkorea und — wenn möglich — das südliche Indochina. Zwischen beiden erstrecken sich die Inseln von Japan, der Ryukyu, die chinesische Insel Taiwan, die Philippinen, Australien und Neu-Seeland«, erläuterte John Foster Dulles im Januar 1954.

Streitpunkt in der Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien bleibt. Am Ende dieses Besuchs wird kein offizielles Kommuniké veröffentlicht. **Im Dezember 76 schließt der 4. Kongreß der Partei der Arbeit Vietnams die china-freundliche Richtung aus.** Sieht man in Peking die unmittelbar bevorstehende Verbindung Hanoi mit Moskau voraus, oder fehlt es den Nachfolgern Tschus und Maos einfach an Geschick, als sie von neuem eine Erhöhung der Hilfe ablehnen, die das ausgeblutete Vietnam ständig fordert? 1976 versucht Hanoi seine Abhängigkeit von Moskau zu verringern, indem es nach wirtschaftlicher Unterstützung Washingtons fragt. Aber die Vereinigten Staaten entziehen sich dem, wie fast der ganze Westen. Wird Peking die Lücken schließen und Moskau entgegentreten? Pham Van Dong kennt die Bedingungen, die ihm im Kreml vorgeschlagen worden sind, als er wieder nach Peking fährt, im Juni 77, um noch einmal Unterstützung zu fordern. Peking antwortet, indem es seine — unbestreitbaren — wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den großen Umfang der Anstrengungen darstellt, China zu modernisieren. Von jetzt ab sieht die Führung in Hanoi nur noch einen Ausweg: Eintritt in den sowjetischen Block.

Moskau bietet sich dabei auch die Gelegenheit, Peking ideologisch entgegenzutreten, indem es mit Hilfe Vietnams die Polemik zurückgibt, die in den letzten Jahren Aufsehen erregte. Die Chinesen sprechen von »Sozialimperialisten«, die Vietnamesen entlarven jetzt den »chinesischen Imperialismus«. Die Chinesen reden verächtlich von den »neuen Zaren«, die Vietnamesen lehnen sich jetzt gegen die »chinesischen Feudalen« auf usw. Moskau hat ein Mittel gefunden, dem Propagandakrieg entgegenzutreten, den Peking in der Dritten Welt führt, indem die Sowjets hier von dem Ansehen profitieren, das Hanoi nach 30 Jahren Krieg genießt.

Im Januar dieses Jahres befleckt die Invasion Kambodschas durch Vietnam dieses Bild beträchtlich: Hanoi, das keine Mühe hatte, seinen Nachbarn militärisch zu besetzen, konnte diese Operation nur mit Rückendeckung durch Moskau genehmigen. Peking hat leichtes Spiel, es als »Trojanisches Pferd« der Sowjets, als »asiatisches Kuba« darzustellen.

Aber der chinesische Angriff stellt Vietnam wieder in die Rolle des Opfers und liefert ein starkes Argument für Hanoi, um den »chinesischen Imperialismus« zu entlarven. Man kann sicher sein, daß Moskau und Hanoi es verstehen werden, diesen Trumpf dauerhaft zu nutzen gegenüber der Weltöffentlichkeit und dem Block der Parteien, die Moskau mehr oder weniger nahe stehen. Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht die Verurteilung der chinesischen Invasion durch die KPs Frankreichs und Italiens: hier zeigt sich, daß das zeitweilige Einfrieren der chinesischen Bemühungen, die Keime der Unabhängigkeit in den Ländern des Eurokommunismus zu ermutigen, in der Gefahr steht, sich zu verstärken, trotz der Erfolge beim Besuch Hua Guofengs in Jugoslawien und Rumänien.

Das Element Kambodscha

Jedoch ein wichtiger Baustein war umgekippt und erforderte — nach Pekinger Auffassung — eine militärische Aktion zur Wiederherstellung des Gleichgewichts. **Dieses verschobene Element war Kambodscha.**

Haben die chinesischen Strategen eine militärische Aktion in Gang gesetzt, um das zu unterstützen, was als ihre »Schöpfung« erscheint — das Pol Pot-Regime? Die Beziehungen zwischen dem Regime der Khmer Rouges (Roten Khmer) und Peking sind komplizierter. Bis zum 17. März 1970 war Kambodscha nicht in den Konflikt verwickelt, der das übrige Indochina in Flammen setzte. Aber Nixon und Kissinger glaubten, das Thieu-Regime (in Süd-Vietnam) zu stabilisieren, indem sie Sihanouk stürzten. Grausamer Irrtum: gestürzt, kommt der Prinz am 19. März von Moskau aus in Peking an. Tschu En-lai unternimmt alles, ihn zu bewegen, nicht die Hände in den Schoß zu legen. Er telefoniert mit Hanoi, und Pham Van Dong kommt zwei Tage später. Es folgt dann eine Reihe von Geheimverhandlungen, die mit einem mündlichen Abkommen vor Tschu En-lai abgeschlossen werden: Sihanouk ist bereit, sich dem Kampf gegen die amerikanische Präsenz in Indochina anzuschließen, während Pham Van

Dong sich verpflichtet, die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit Kambodschas zu beachten. Das Abkommen, bestätigt durch einen Brief-Austausch, bereitet das vor, was auf der Konferenz der drei Völker Indochinas in Kanton folgt.

Die wesentliche Rolle, die Peking in diesen Verhandlungen spielt, erregt jedoch bald das Mißfallen Moskaus, das die Beziehungen mit dem Lon-Nol-Regime aufrechterhält. Auf chinesischer Seite freut man sich wiederum über diese Demonstration, da Kambodscha nun das Beispiel eines **nationalen Befreiungskampfes wird, der ohne Unterstützung Moskaus geführt wird.**

Der Widerstandskampf dauert 5 Jahre. Die Kämpfer sind fest verankert im Dschungel, und die Landbevölkerung, die Norodom Sihanouk stark verehrt, gibt ihnen Unterstützung. Je mehr die amerikanische Hilfe wächst, um so mehr zersetzt sich das Regime Lon Nols, und der Prinz erscheint um so mehr als die beste Hilfe gegen das Abenteuer. Besonders für Tschu En-lai, der die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unterstützt, an der sich die Roten Khmer unter der Präsidentschaft des Prinzen beteiligen sollten, stellten diese Khmer Rouges nur **eine** der neuen patriotischen Kräfte dar, die nach dem Sturz Lon Nols in Erscheinung treten. »Kambodscha ist nicht reif für den Kommunismus«, erklärt er bei einer Unterhaltung mit einer ausländischen Persönlichkeit. Sihanouk, der den Roten Khmer mißtraute, glaubte dennoch, mit ihnen einen »modus vivendi« finden zu können. Inzwischen weiß man, daß es ihm nicht gelang und daß er, statt ein Regime zu mäßigen, das er mißbilligte, es vorzog, im April 1976 von seinen Funktionen zurückzutreten.

Aber die Chinesen verfügen nur über begrenzte Mittel, um die Politik Phnom Penhs zu beeinflussen, ... besonders wegen der mißtrauischen Betonung der Unabhängigkeit, wie sie von der Regierung Pol Pots zur Schau getragen wird. Das Land nahm die chinesische Unterstützung an, aber wollte hauptsächlich auf seine eigenen Anstrengungen rechnen, auf die Gefahr hin, die Bevölkerung zu einem rigorosen »Kriegskommunismus« mobilisieren zu müssen.

Peking, diesem Verbündeten verpflichtet, hatte keine Wahl, als ihn zu unterstützen und seine Kritik in den offiziellen Stellungnahmen zu verschweigen, obwohl es sicherlich eine Mäßigung auf dem Gebiet der Innenpolitik und mehr außenpolitische Rücksichten gewünscht hätte, besonders durch die Beibehaltung Norodom Sihanouks in seinen Funktionen. Es war erst in diesem Januar die unmittelbar bevorstehende Ankunft der vietnamesischen Panzer nötig, damit sich Pol Pot entschied, dem Rat aus Peking zu folgen und Sihanouk aus seiner »bewachten Wohnung« hervorzuziehen.

Mit der vietnamesischen Invasion war in jedem Fall eine neue Seite der Beziehungen zwischen China und Kambodscha aufgeschlagen, da — nach der chinesischen Logik — der Hauptwiderspruch von jetzt ab die Anwesenheit einer Invasionsarmee in Kambodscha geworden war, gegen die alle Kräfte mobilisiert werden müssen, die sich hiergegen vereinigen lassen.

Die chinesische Haltung zur Form des Widerstands hat sich seit einem Monat deutlich verändert. »Der Fall Phnom-Penhs ist nicht das Ende, sondern der Beginn eines Krieges«, verkündete am 9. 1. 79 ein Kommentar des »Renmin Ribao«, und fuhr fort: »In einem Krieg, der von einem kleinen oder schwachen Land gegen eine Aggression geführt wird, hängt der Ausgang nicht vom Verlust einer Stadt oder eines Gebiets ab, sondern von der Mobilisierung und der Einheit seines Volkes, das — beseelt von unerbittlichem Haß gegen den Feind — dessen lebendige Streitmacht ausschaltet in einem Volkskrieg, der lang andauert und von täglichen Siegen zum endgültigen Sieg voranschreitet.« Peking hatte die Logistik dieses langanhaltenden Kampfes organisiert. Nach der Rundreise Pham Van Dongs durch die Länder der ASEAN hatte die Reise Deng Xiao-pings im November 78 erlaubt, die Besorgnis in Südostasien einzuschätzen, zu einem Zeitpunkt, wo der vietnamesische Einmarsch bevorzustehen schien. Dies Klima hat sicherlich geheime Verhandlungen mit Thailand ermöglicht zur zukünftigen Versorgung der Khmer-Guerilla, während gleichzeitig der Vize-Präsident Wang Dongsing in Phnom Penh war, um die Einzelheiten einer **militärischen Zusammenarbeit** zu regeln.

Ein Pfand für Verhandlungen

Vor einem Monat konnte man sich fragen, ob China seinen Verbündeten in Kambodscha zu Hilfe kommen würde. Und die Antwort schien ausgesprochen negativ: Peking würde nicht das Risiko einer sowjetischen Intervention eingehen; es würde nicht versuchen, die Kämpfer im Innern zu ersetzen, sondern seine Anstrengungen vervielfältigen, sie zu versorgen und seine Diplomatie nutzen, um den größtmöglichen Nutzen aus der Situation, wie sie durch die vietnamesische Intervention geschaffen wurde, zu ziehen. Das Versacken im Morast Kampuchéas, mitten in einer feindlich eingestellten Bevölkerung, würde es nicht unvermeidlich zu einem Ende des Eingreifens Vietnams und seiner sowjetischen Alliierten führen?

Warum also hat die chinesische Führung einen anderen Weg gewählt? Aus der Überzeugung heraus, daß die internationale Situation es erfordert, sofort dem sowjetischen Vorstoß Grenzen aufzuzeigen? Haben sich die chinesischen Pläne geändert?

In jedem Fall, **um Vietnam und die Sowjetunion zur Verhandlung über die Probleme der indochinesischen Halbinsel zu zwingen und, global, über alle Probleme Südostasiens mit dem Ziel, daß die Einflußzonen der einen wie der anderen Seite klar gezogen werden.** Um nicht fünf oder zehn Jahre warten zu müssen, hat Peking also den Weg des Handelns gewählt. Und das wahrscheinlich aus zwei Gründen. Der erste ist der Zustand, in dem die Anforderungen des Regimes von Pol Pot und Ieng Sary die Bevölkerung versetzt haben, die vor der Wahl zwischen den Roten Khmer und den »bodois« die Passivität wählt: so bleibt der Kampf beschränkt auf die Reste der Bataillone Pol Pots und eine vietnamesische Armee, die im Guerilla-Kampf erprobt ist und die Gegend gut kennt.⁴ Hanoi wollte nun diesen Widerstand schnell zerschlagen: sicherlich noch vor dem Ende der Trockenzeit, spätestens im April. In Peking glaubte man, daß man nicht mehr warten könne, wenn nicht Kambodscha für Jahrzehnte — vielleicht für immer — »vietnamisiert« und von der Karte ausgeradiert werden sollte. Dann hätte Hanoi über einen

bedeutenden Kornspeicher verfügt, um sich zu ernähren und seine Importe aus dem Comecon (RGW) zu bezahlen. Moskau seinerseits würde über eine erstrangige Lage verfügen, die Meerengen zu kontrollieren. Diese Gründe sind zweifellos in die Überlegungen einbezogen worden. Aber offiziell kann Peking davon nicht reden. Daher das einzige offiziell gegebene Motiv: »Vietnam bestrafen« für seine antichinesischen Handlungen, ein Motiv, das das ausdrückt, was die Öffentlichkeit in China fühlt, aber der Zweck eines Strategen ist, weiter zu sehen und sich nicht zu täuschen.

Welche Lage möchte Peking demnach in Kambodscha herstellen? Der einzige Weg, der ihm gangbar und annehmbar für alle Beteiligten scheint: ein neutraler, nicht paktgebundener Staat, unter der Leitung von Norodom Sihanouk, der einzigen Persönlichkeit, die in der Lage ist, die Einheit der Khmer wiederherzustellen, und die annehmbar für Vietnamesen, Chinesen, Amerikaner und Sowjets wäre. Der Kreml kennt allerdings in Verhandlungen nur die Position der Stärke: er wird nur bereit sein, seine Finger zurückzuziehen, wenn er dafür etwas erhält...

⁴ Wir möchten an dieser Stelle vor voreiligen Schlüssen warnen. Seit Monaten wird der Widerstand der Roten Khmer aus den hier angeführten Gründen immer wieder für tot erklärt. Das Andauern der Kämpfe bis heute allein straft diese Aussagen Lügen. Die Beziehungen der Bevölkerung zu den Roten Khmer sind für uns auch deshalb schwer einzuschätzen, weil wir die weiter wirksamen Traditionen der kambodschanischen Massen im Verhältnis zu ihrer Führung zu wenig kennen. Die Tatsache, daß die Maßnahmen der revolutionären Regierung Kambodschas seit 1975 trotz aller schweren Opfer die Ernährungsgrundlage und damit die Existenz überhaupt der Khmer-Bevölkerung sichern konnten, wird um so mehr gegen die Vietnamesen ins Gewicht fallen, wie es diesen nicht gelingt, Aussaat und Ernte des Reis dort wirksam zu organisieren wo sie die Roten Khmer vertrieben haben. Die Red.

Arbeiterpolitik

26. Juni 1979 ■

KAMPUCHEA-VIETNAM

Genesis eines Konflikts

Dieser Artikel ist eine gekürzte und leicht veränderte Fassung des Artikels von Stephen Heder aus dem South East Asia Chronical, Nr. 64, Sept. / Okt. 1978, dessen vollständige Fassung in den „ESG-Materialien: Der Konflikt Vietnam – Kampuchea“ erschienen ist. Die Kursiv gesetzten Teile sind Zusammenfassungen der Redaktion. blätter des iz3w

Traditionelle Feindschaft, die Strategie der Kolonialmächte und unvereinbare Ideologien haben zum offenen Krieg geführt

Hinter dem gegenwärtigen Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam und ihren regierenden kommunistischen Parteien verbergen sich Unterschiede, die so tiefgreifend sind, daß jede Revolution eine implizite Kritik der anderen darstellt. Daß die Existenz jedes der beiden revolutionären Modelle die Grundvoraussetzung des anderen in Frage stellt, ist das Resultat einer komplizierten Verknüpfung von Geschichte, Geographie und Politik. Damit zwei so verschiedene Nachbarn einen Konflikt vermeiden könnten, bedürfte es außerordentlich guten Willens und des gegenseitigen Wunsches nach Kooperation und Kompromiß. Solche Elemente haben jedoch die Beziehungen zwischen den beiden Parteien oder denen von ihnen regierten Staaten nie charakterisiert. Darüberhinaus ist, historisch gesehen wie im Augenblick, die Frage, wie eng die beiden Parteien und Staaten zusammenarbeiten, immer eine Quelle der Spannung gewe-

sen. Dies, vielleicht mehr als alles andere, ist das zentrale Problem, das den Hintergrund des jetzigen Krieges ausmacht. Prüft man die verschiedene Geschichte der beiden Parteien und die verschiedenen Situationen der beiden Staaten, wird klar, warum dies so ist.

Nachrevolutionäre Krise

Schon der Blick auf die beiden Nachbarländer zum Zeitpunkt der kommunistischen Machtübernahme zeigt zwei völlig verschiedene Situationen, die ihren Teil zur Ausformung zweier entgegengesetzter Modelle für den Wiederaufbau beitrugen.

Der unterschiedliche Charakter der Krisis, mit der sich jede Partei nach der Befreiung konfrontiert sah, vergrößerte den Abstand zwischen ihnen. Wie in den meisten anderen revolutionären Situationen standen die siegreichen Parteien unmittelbar vor

dem Problem, ihre Macht zu befestigen und sich vor ihren Feinden zu schützen. Für eine solche Situation ist typisch, daß eine radikale und oft gewaltsame Kampagne gegen mögliche Feinde der Revolution eingeleitet wird – unter denen sich ehemalige Mitglieder einer Einheitsfront oder sogar Fraktionen innerhalb der Partei selbst befinden können. Aber die Drohungen, mit denen sich die vietnamesischen und kampucheanischen Kommunisten 1975 konfrontiert sahen, hatte nicht dasselbe Ausmaß.

Bedingungen des Wiederaufbaus in Vietnam

Die vietnamesischen Kommunisten kamen im Süden unter weit gesicherteren Umständen an die Macht, als es die des KPK-Siegs in Kampuchea waren. Nicht nur hatte sich das Regime Thieu völlig aufgelöst, sondern die Existenz eines stabilisierten sozialistischen Staates im Norden bildete für die neue Regierung im Süden eine mächtige Hilfsquelle. Tatsächlich hatte die vietnamesische Partei ihre eigentliche Krise 1956 während der radikalen Landreform im Norden durchgemacht, einer Episode, die allgemein als der Abschnitt der vietnamesischen Revolutionsgeschichte anerkannt wird, der mit der größten Gewalt verbunden war. (Zu einer detaillierten Kritik der übertriebenen Darstellung der hier eingesetzten Gewalt vergl. D. Gareth Porter: *The Myth of the Bloodbath: North, Vietnam's Land Reform Reconsidered*, Cornell, 1972)

Dieser Kampf gegen reaktionäre Gruppen zeichnet sich durch ernsthafte parteiinterne Auseinandersetzungen aus. Schließlich ebte der Kampf und sein gewaltsamer Charakter ab und wurde einer teilweisen Kritik unterzogen; es folgte eine Periode relativer Ruhe. Im Süden ist eine vollausgebildete nachrevolutionäre Krise noch nicht aufgetreten, obwohl der Angriff auf bürgerlichen Handel in Ho Chih Minh Stadt ein Vorzeichen oder ein erster Schritt sein mag. Die Zurückhaltung beim Angriff auf mögliche Feinde und das schrittweise Vorgehen bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwandlung im Süden sind möglich, weil mit einer im Norden fest im Sattel sitzenden sozialistischen Regierung im Rücken es keine akute Drohung eines Gegenangriffs gibt, der die Revolution vernichten oder unterminieren könnte.

Kampuchea: Akute Nachkriegskrise

In Kampuchea jedoch gab es eine akute Krise nach dem Krieg. Die letzte Schlacht zwischen den Streitkräften von Lon Nol und der revolutionären Armee war die größte und blutigste des Krieges gewesen und die revolutionäre Armee war schwer angeschlagen aus ihr hervorgegangen. In Kampuchea gab es keinen sozialistischen Staat im anderen Teil des Landes, der die Früchte des Sieges hätte garantieren können und den Kommunisten wie ihren Feinden war klar, daß eine reale Möglichkeit bestand, den im Krieg errungenen Sieg durch Auseinandersetzungen in der Nachkriegsära zu sabotieren. Ohne Erfahrung bei der Verwaltung größerer Städte und mit einer verzweifelten Lebensmittelknappheit konfrontiert griff die KPK zu einem schnellen und drastischen Mittel um ihre Position zu sichern. Die Evakuierung der Städte – radikal durchgeführt trotz ernsthafter Opposition aus den Reihen der Einheitsfront und von vielen Stadtbewohnern – löste das unmittelbare Sicherheitsproblem, indem sie die Feinde der KPK zerstreute. Sie lieferte auch ein Mittel zur Bekämpfung der Lebensmittelkrise. Es waren jedoch nicht nur die dringenden Bedürfnisse des Augenblicks, aus denen heraus sich die Parteiführung für diese

besondere Form des Kampfes entschied. Die Evakuierung und schließlich Integration von Kriegsflüchtlingen und Stadtbewohnern in das Netz der ländlichen Kooperativen war als radikaler Schritt auf eine Lösung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land hingedacht, eine Lösung, die geschichtlich gesehen für die KPK zum zentralen Problem geworden war.

Unterschiedliches Herangehen in der Verwaltung des Staates

Es gibt einen weiteren historischen Faktor, der die beiden revolutionären Staaten in gegensätzliche Richtungen geführt hat. Die vietnamesischen Revolutionäre haben seit beinahe einem Vierteljahrhundert im Norden die Macht des Staates ausgeübt. Daher – in einem Muster, das für regierende revolutionäre Parteien typisch ist – haben die Routineprobleme bei der Verwaltung eines Staates nach und nach ihre revolutionäre Dynamik verändert: entweder zu administrativer Effizienz oder zu administrativer Stagnation. Diese Tendenz zur Bürokratisierung hat sogar die südlichen Kader stark beeinflußt, die vom Guerillakampf direkt zur Verwaltung des Staates übergingen.

In Kampuchea ist andererseits die primäre Erfahrung aller Kader ein erst kurz zurückliegender und intensiv geführter militärischer Kampf und Klassenkampf. Ihre Administrative Erfahrung ist begrenzt, und die Verwaltungsmaßnahmen behalten ihren ad hoc-Charakter. Revolutionärer Eifer ist auch bei der Verwaltung das zentrale Thema. Experiment und Chaos scheinen, anstelle von Effizienz oder Stagnation, die herausragenden Merkmale des kampucheanischen Staates zu sein.

Wirtschaftliche Alternativen

So wie ihre verschiedene politische Geschichte die kommunistischen Parteien von Vietnam und Kampuchea in ganz verschiedener Weise prägte, so sahen sie sich im Hinblick auf die ökonomischen Bedingungen, die sie übernahmen, mit verschiedenen Möglichkeiten und Grenzen für die Wiederaufbauperiode nach dem Krieg konfrontiert. Obwohl die Wirtschaft beider Länder relativ unentwickelt und von Mangel gekennzeichnet ist, sind die beiden Länder in Wirtschaftprofilen durchaus nicht identisch. Sowohl auf dem Lande wie in den Städten war die südvietnamesische Ökonomie 1975 durchaus „moderner“ – d.h. höher industrialisiert und kommerzialisiert – als die Kampuchea. Entsprechend war die Wirtschaft des sozialistischen Nordvietnams auf einem höheren Niveau als die der befreiten Zonen in Kampuchea. Andererseits führten die Überbevölkerung und der Mangel an Land in Vietnam zu einer bedrohlicheren Situation des Mangels als in dem unterbevölkerten Kampuchea, das relativ viel Land zur Verfügung hat. Dieser Kontrast verschärfte sich, da sowohl Nordvietnam, mit einer sehr großen Bevölkerungsdichte, als auch die befreiten Zonen im Süden (die nur eingegrenzte Flächen einnahmen) Reis importieren mußten, während die befreiten Zonen in Kampuchea, die sich über große Gebiete erstreckten, einen Reisüberschuß produzierte. Der doppelte Kontrast zwischen ökonomischer Entwicklung, verbunden mit einem Reisdefizit, in Vietnam und andererseits, ökonomischer Unterentwicklung, verbunden mit einem Reisüberschuß in Kampuchea, erklärt zum großen Teil die verschiedenen Wege, die die beiden Regierungen nach dem Krieg bei der Revolutionierung und dem Wiederaufbau ihrer Länder eingeschlagen haben.

Vietnam: Umwandlung und Eingliederung vorhandener Strukturen in sozialistisches System

In Vietnam kam man bei einer Analyse der verschiedenen Elemente der vorhandenen Ökonomie auf eine Strategie der Transformation im Süden, die versuchen sollte, die modernen Produktionsanlagen in Teile eines staatssozialistischen Systems umzuwandeln. Relativ fortgeschrittene Handelsnetze, städtische Infrastrukturen und industrielle oder semindustrielle Anlagen standen bereits sowohl im Norden wie im Süden zur Verfügung. Indem man Personal und, in einigen Fällen, materielle Hilfsmittel aus dem Norden bezog, war es möglich, Elemente der alten Ökonomie des Südens einfach zu übernehmen, ein neues sozialistisches Management einzusetzen (oder eine sozialistische Kontrollinstanz dem alten kapitalistischen Management vorzuordnen), und sie in ein staatssozialistisches Plansystem zu integrieren.

Die Hintergrundsituation des allgemeinen Mangels ließ den Wert dieser überkommenen wirtschaftlichen Ressourcen umso schärfer hervortreten – was die vietnamesischen Kommunisten wahrscheinlich allgemein veranlaßt hatte, Brüche oder radikale Maßnahmen bei der wirtschaftlichen Neuordnung nur mit größter Vorsicht in Erwägung zu ziehen. Gleichzeitig schien ein nur relativ geringes politisches Risiko damit verbunden zu sein, die alten Kapitalisten in den von einer staatssozialistischen Ökonomie gesetzten Grenzen weiterarbeiten zu lassen, da ihre enge Bindung an ausländische Wirtschaftsinteressen dazu geführt hatte, daß sie nun nur eine sehr geringe einheimische politische Basis hatte. So schien es hinreichend, ihre Kapitalien zu nationalisieren und ihre Unternehmen einer staatlichen Wirtschaft einzuverleiben, um ihre politische Macht zu brechen.

Kampuchea: Konzentration auf Umwandlung und Erweiterung der Landwirtschaft

Kampuchea besaß jedoch 1975 nur wenig, das man nützlicherweise unmittelbar in Teile einer modernen sozialistischen Wirtschaft hätte umwandeln können. Kampuchea war unentwickeltes koloniales Hinterland geblieben, während die französischen Versuche zur Modernisierung sich auf Vietnam konzentriert hatten. Später hatte die Regierung Sihanouk weder ausländische Investoren herangezogen noch die Bevölkerung erfolgreich zu ökonomischen Leistungen mobilisiert. Obwohl das Land einige Industrieanlagen aus der Sowjetunion und aus China erhalten und einige Elemente einer modernen Infrastruktur aufgebaut hatte, waren diese während des Krieges, der hier in Kampuchea noch verheerender wirkte als in Vietnam, schwer beschädigt worden.

Da nur ein so geringer Sektor der Wirtschaft modernen Charakter hatte, war es für die kampucheanischen Kommunisten möglich, eine Strategie des Wiederaufbaus zu wählen, die die Produktionsmittel, die man für nützlich und für aus dem Zusammenbruch zu retten ansah, rasch rekonstruieren würde, während man einige der ehemals avancierten Teile der Ökonomie, die jetzt zumeist unproduktiv und beschädigt waren, ignorierte. Darüberhinaus lag es für die neue Regierung nahe – bedenkt man die Lebensmittelkrise bei Kriegsende und das überaus günstige Verhältnis von Terroritorium zu Bevölkerung – die Wiederaufbauenergieen auf die rasche Umwandlung und Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion zu konzentrieren, ohne dabei die momentanen Produktionsverluste zu fürchten, die mit der Politik eines radikalen Bruches verbunden sein mußten.

Vom politischen Standpunkt aus wurde die Entschei-

dung, einen großen Teil der entwickelten Ökonomie des alten Regimes abzustoßen umso attraktiver, als die fraglichen Anlagen und Strukturen Teile des alten politischen Machtapparates waren. Viele stammten von Sihanouks staatskapitalistischem System und einige waren wegen ihrer direkten Verbindungen zu ausländischem Kapital suspekt. Da Sihanouk in der Einheitsfront war, gab es realen Grund zur Befürchtung, daß die Wiederinbetriebnahme dieser Teile der Wirtschaft innerhalb eines sozialistischen Systems im Grunde nur den politischen Einfluß von Sihanouks Staatskapitalisten restaurieren könnte. Die Tatsache, daß die Wirtschaft der befreiten Zonen ausschließlich auf landwirtschaftliche Produktion ausgerichtet war und keine sozialistische Industrie als Gegengewicht zur ökonomischen Macht des alten industriellen Sektors bieten konnte, verstärkte diese Befürchtung. Daher waren im Gegensatz zu Vietnam die Nationalisierung und direkte Umwandlung der vorhandenen ökonomischen Struktur in ein sozialistisches System nicht ausreichend, um die Macht der alten Feinde der Revolution zu brechen.

Beziehungen zwischen den Parteien

Alles in allem wirkten eine Vielzahl von Faktoren zusammen, um die kampucheanische und vietnamesische kommunistische Partei in völlig verschiedene Richtungen zu führen, vor allem, nachdem sie jeweils in ihrem Land die Macht ergriffen hatten.

Ihre jeweilige Geschichte, vor und nach der Herausbildung einer unabhängigen KP von Kampuchea 1960, war gekennzeichnet durch häufige und oft sehr tiefgreifende Interessenkonflikte, die sich aus den verschiedenen Bedürfnissen der revolutionären Bewegung in jedem Land ergaben. Es war unvermeidlich, daß sich in diese Konflikte die jeweilige Macht der beiden Nationen widerspiegelte wie auch die verschiedenen Ansichten der beiden Parteien, was zur Vertreibung zuerst der Franzosen, dann der Amerikaner aus Indochina notwendig sei. Diese Geschichte trägt viel zur Erklärung der Vietnamfeindlichkeit der KPK bei.

Die Indochinesische Kommunistische Partei (IKP)

1930 formierte sich die neu gegründete Indochinesische Kommunistische Partei (IKP), geführt von Ho Chi Minh, als kommunistische Bewegung sowohl in Laos wie in Kampuchea. Bis 1945 hatte man jedoch in Kampuchea wenig erreicht; es war lediglich gelungen, die dort ansässigen Vietnamesen zu rekrutieren. Nach dem II. Weltkrieg ermutigte die IKP eine kampucheanische Unabhängigkeitsbewegung, welche kommunistisch und in die IKP integriert war und versorgte sie mit Kadern.

Da jedoch in den 30er Jahren wenig erreicht worden war, mußte die Organisationsarbeit buchstäblich beim Nullpunkt anfangen, und es gelang schließlich nichtkommunistischen Gruppen als erste 1945 die Unabhängigkeit Kampuchreas auszurufen. Die Franzosen kehrten nach Kampuchea zurück und lösten die Unabhängigkeitsregierung auf; ihre Anhänger flohen in die Grenzgebiete von Vietnam und Thailand, wo IKP-Kader versuchten, sie erneut anzuwerben. Dieser Versuch wurde in Vietnam durch die Konflikte belastet, die zwischen den Vietnamesen und Kampucheanern 1946 entstanden, als es darum ging, welcher Grad der Autonomie der größeren Volkseinheit der Khmer im Süden Vietnams gewährt werden sollte. Darüberhinaus wurde dies

durch erfolgreiche Militäroperationen der Franzosen gegen Basen der Vietminh erschwert. In Thailand, wo eine Linksrregierung den Kommunisten einen Zufluchtsort geboten hatte, unterbrach ein Militärputsch von rechts 1947 die IKP-Rekrutierung.

Schwierigkeiten der kommunistischen Bewegung in Kampuchea

Ihrer Basen an der Grenze beraubt, unterstützten die Vietnamesen eine kommunistisch geführte Widerstandsbewegung in drei relativ autonomen Zonen innerhalb Kampucheas. Rivalitäten und Spannungen zwischen den Zonen schwächten die Bewegung offensichtlich und verhinderten die Konsolidierung ihrer kommunistischen Führung. Als weiterer Nachteil machte es sich bemerkbar, daß die Vietnamesen oft, durch ihre bloße Präsenz als Berater und Ausbilder antivietnamesischen, kampucheanischen Nationalismus erzeugten. König Sihanouk, eine zunehmend dynamische Figur, nützte die Spaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung aus, um Unterstützung für seine konkurrierende Strategie zu gewinnen, die Unabhängigkeit Kampucheas ohne bewaffneten Kampf und ohne bedeutende Sozialreformen herbeizuführen.

Als Ergebnis solcher Probleme war die kommunistische Bewegung, die sich in Kampuchea schließlich herausbildete, gekennzeichnet durch innere Konflikte und dadurch, daß auf höchster Ebene Kommunisten der Bewegung den Rücken kehrten; die Bewegung konstituierte sich nie formell als kommunistische Partei. Unter vietnamesischer Aufsicht wurde 1951, als sich die IKP offiziell auflöste und in Vietnamesische Arbeiterpartei (VAP) umbenannt wurde, eine Organisation mit dem Namen Partei des Khmer Volks gegründet. Doch diese Organisation war eine, offensichtlich als Vorstufe zu einer KP angelegte, Volksfrontorganisation.

Zwischen 1954 und 1960 – von der Genfer Konferenz bis zur Gründung der KPK – erlitten die kampucheanischen Kommunisten eine Serie von Rückschlägen und Katastrophen, für die sie häufig ihren vietnamesischen Lehrern die Schuld gaben. Unter sowjetischem und chinesischem Druck hatten die Vietnamesen zugestimmt, Sihanouk als Repräsentant Kampucheas in Genf zu akzeptieren. In der Schlußübereinkunft von Genf wurde den vietnamesischen Kommunisten gestattet, ihre Macht im Norden zu konsolidieren, während Kampuchea die Unabhängigkeit unter Sihanouk erhielt, ohne daß die Kommunisten anerkannt worden wären.

Wahl zwischen Untergrund und Exil

Die Vietnamesische Arbeiterpartei, die nun in Nordvietnam die Macht im Staat hatte, gab den Kampucheanern den Rat, ihre Widerstandsbewegungen aufzulösen und zu parlamentarischen und journalistischen Formen des Kampfes zurückzukehren. Vor eine Situation, ähnlich der der Kader der vietnamesischen Arbeiterpartei (VAP) in Südvietnam, gestellt, hatten die kampucheanischen Kommunisten die Wahl zwischen dem Exil in Nordvietnam, wo sie von ihrer Gesellschaft und deren Politik abgeschnitten gewesen wären, und der Unterdrückung in ihrer Heimat, wo ihnen geringe oder gar keine Mittel zur Selbstverteidigung zur Verfügung standen. Ein großer Teil der Führung der kommunistischen Bewegung Kampucheas wählte die relative Sicherheit des Exils. Als sich das Exil Jahr um Jahr hinschleppte und immer deutlicher wurde, daß es wahrscheinlich zum permanenten Exil würde, wurden sie stark demoralisiert und ver-

loren den Kontakt mit der heimatischen Wirklichkeit. Viele von den Zurückgebliebenen waren andererseits nicht viel mehr als Opfer dieser Realität.

Wie auch in Südvietnam folgte auf die Opfer, die man in Genf für den Frieden und die Errichtung eines sozialistischen Staates in Nordvietnam gebracht hatte, sehr viel Schlimmeres. Nachdem man sich teilweise ins Exil zurückgezogen hatte und eine beinahe völlige Entwaffnung stattgefunden hatte, folgte in Kampuchea Unterdrückung und Liquidierungen. Parlamente, Zeitungen und Zeitschriften, juristische Aktivitäten internationaler Organisationen, die öffentliche Meinung und die starke nordvietnamesische Basis im Rücken -- dies alles bot nur einen sehr geringen Schutz. Nach einigen Jahren der Repression reduzierte sich das, was von der kommunistischen Bewegung in Kampuchea aus der Zeit vor der Genfer Konferenz übrig geblieben war, auf eine Handvoll verbitteter Kader. Verloren war das mit vietnamesischer Hilfe und mit vietnamesischem Rat bis 1954 Erreichte. Diese Verluste konnte man plausibel dem zur Last legen, was die Vietnamesen in Genf und seither getan hatten.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas (KPK)

Während dieser Zeit füllte sich die Lücke, die in der kommunistischen Bewegung Kampucheas entstand teilweise aus neuen Quellen, wobei die französischen Universitäten die wichtigsten waren. Seit 1953, als ein junger Kampucheaner, der später den Namen Pol Pot annehmen würde, aus Frankreich zurückkam und sich dem Untergrund anschloß, bis zur Heimkehr von Khieu Sampan 1959, wurde die kommunistische Bewegung durch Kampucheaner verstärkt, die nicht aus der Tradition der IKP kamen.

In der Zeit nach der Teilung der IKP in drei nationale Bewegungen und nach der Genfer Konferenz konnten sich diese Kader nicht formell an die vietnamesische Arbeiterpartei anschließen. Das Ergebnis von alledem war, daß auf dem ersten nationalen Kongreß der kampucheanischen Kommunisten im September 1960 sehr viele waren, die gegenüber der VAP Bitterkeit oder Gleichgültigkeit empfanden. Obwohl zweifellos einige ehemalige Kader der IKP trotz allem was geschehen war, loyal zur „IKP-Tradition“ standen, zogen es andere vor, dies zu vergessen. Für viele der kampucheanischen Kommunisten, die in Frankreich studiert hatten, war diese Tradition einfach irrelevant oder ein Gegenstand des Hohns.

Neue Streitpunkte

Trotzdem hätte die Gründung der KPK eine neue Ära relativer Freundschaft und Herzlichkeit zwischen kampucheanischen und vietnamesischen Kommunisten einleiten können. Indem sie einer Linie des politischen Kampfes mit bewaffneter Selbstverteidigung folgte, ließ die neue KP eine der stärksten Gründe für die Verbitterung der Ära nach der Genfer Konferenz wegfallen: Die ausschließliche Konzentration auf den friedlichen politischen Kampf unter Bedingungen der Unterdrückung. Doch ein Prozeß, der alte Wunden hätte heilen können und alte Fehler vergessen machen können, wurde bald unmöglich. Sihanouk beantwortete die Gründung der KPK mit einer Verschärfung seiner antikommunistischen Kampagne, während die Vietnamesische Arbeiterpartei sich nicht in der Lage sah, oder nicht Willens war, materielle oder auch nur propagandistische Unterstützung für

die kampucheanischen Kommunisten zu mobilisieren. Schlimmer noch, die vietnamesischen Kommunisten wurden Sihanouk gegenüber zunehmend freundlicher.

Interessenkonflikt und gegenseitiges Mißtrauen nehmen zu

Genau in dem Maße, in dem die steigende Unterdrückung durch die Regierung Sihanouks es immer schwieriger machte, Volksfrontaktivitäten zu organisieren, die Möglichkeiten der legalen Opposition auszunützen und die Untergrundarbeit in den Städten voranzutreiben, wurden die Beziehungen zwischen VAP und Sihanouk immer herzlicher. Für die Vietnamesen war die Notwendigkeit, bei ihrem Kampf zur Befreiung des Südens – der 1960 einsetzte – ihre Flanke abzusichern, zur zwingenden Priorität geworden und korrekte und sogar betont gute Beziehungen zu Sihanouk waren von vitaler Bedeutung. Demgemäß hatten sie das Gefühl, daß es den kampucheanischen Kommunisten gelingen mußte, einen gangbaren Weg zum Aufbau ihrer eigenen Macht zu finden, und gleichzeitig mit Sihanouks antiimperialistischer Außenpolitik zu kooperieren und diese zu unterstützen. Dies konnte oder wollte die KPK nicht, und die Beziehungen zwischen den beiden KPs waren zunehmend durch Interessenkonflikte und gegenseitiges Mißtrauen gekennzeichnet anstatt durch Herzlichkeit und Freundschaft.

Eine politische Krise in Pnom Penh Anfang 1963 führte dazu, daß die KPK sich mit ihren Aktivitäten auf das Land zu konzentrieren begann, und bei der Organisation der Bauern gegen Sihanouk wurde vollends die Pose aufgegeben, daß eine Volksfrontstrategie mit Sihanouk in Unterstützung seines Antiimperialismus zu befolgen sei.

Inzwischen schlug Sihanouk, der Unterstützung gegen die von den USA getragenen Regimes in Südvietnam und Thailand suchte, einen schärferen Kurs gegenüber den Vereinigten Staaten ein und wies gegen Ende des Jahres alle Wirtschafts- und Militärhilfe aus den USA zurück. In dem Maße, in dem die USA ihre Intervention gegen die vietnamesische Revolution im Süden verstärkten, wurde es umso dringender für die vietnamesischen Kommunisten, den Antiimperialismus Sihanouks zu unterstützen und zu ermutigen und die Einrichtung von Basen der USA in Kampuchea zu verhindern. Dies eben zu dem Zeitpunkt, als die KPK das Gefühl hatte, daß sie nur durch totale Opposition gegen Sihanouk ihr politisches Überleben sichern könne. Für die KPK schien es, daß Sihanouks Antikommunismus letztendlich nicht nur seinen Antiimperialismus aufwiegen würde, sondern tatsächlich die stärksten antiimperialistischen Kräfte in Kampuchea zerstören würde.

Unabhängiger Kurs der KPK – Bedrohung für Vietnam?

Die letzte starke Verbindung zwischen der alten IKP und der neuen KPK war 1962 zerbrochen worden, als die Agenten Sihanouks Touch Samouth, einen ehemaligen Kader der IKP töteten, der 1960 zum Parteisekretär der KPK gewählt worden war. Nun war die KPK beinahe vollständig in der Hand ehemaliger Studenten aus Frankreich. Sie bildeten einen Kern, dem sich wahrscheinlich eine beträchtliche Anzahl ehemaliger IKP-Kader anschlossen, die ihre Einschätzung über die Situation in Kampuchea teilten, vor allem, was das beinahe Unmögliche einer Zusammenarbeit mit Sihanouk und die Unzuverlässigkeit der Vietnamesen betraf. Die KPK entschloß sich zu einem

unabhängigen Kurs, den ihre Führung als den Realitäten des Sihanouk-Regimes und der sozio-ökonomischen Situation in Kampuchea angemessen empfand.

Bezogen darauf, was in den Augen der Vietnamesen die wesentlichen und unmittelbaren Bedürfnisse der Befreiung und Wiedervereinigung Vietnams waren, mußte dieser Kurs jedoch als bestenfalls gleichgültig und schlimmstenfalls als Bedrohung erscheinen. Nachdem der größte Teil ihrer Arbeit auf dem Lande beendet war, war die KPK zu einer Bedrohung der Stabilität des Sihanouk-Regimes geworden, das die Vietnamesen als Bollwerk des progressiven, bürgerlichen Antiimperialismus nachhaltig unterstützten. Theoretisch hätte sich dieser Widerspruch lösen lassen, indem die KPK innerhalb Kampucheas eine korrekte Volksfronttaktik verfolgt hätte. In der Praxis realisierte sich diese Taktik jedoch nicht zur Zufriedenheit der VAP. Dies war wahrscheinlich auch gar nicht möglich, bedenkt man die Intensität von Sihanouks antikommunistischer Unterdrückung, dergegenüber die Vietnamesen wiederum gleichgültig schienen.

Jahr um Jahr verschärfte sich der Widerspruch und mit ihm die Konflikte und das Mißtrauen. 1965 brach Sihanouk die diplomatischen Beziehungen mit den USA ab und der totale militärische Angriff der USA auf Vietnam zwangen Teile der vietnamesischen Streitkräfte auf kampucheanischem Gebiet Zuflucht zu suchen – zuerst mit der Erlaubnis der KPK und dann mit der stillschweigenden Duldung Sihanouks.

Zu diesem Zeitpunkt begann die Rückkehr ehemaliger Kader der IKP aus dem vietnamesischen Exil nach Kampuchea. Anstatt daß dies jedoch zu einer Annäherung der beiden Parteien geführt hätte, schufen die Heimkehrer nur neue Probleme. Zu einem früheren Zeitpunkt hätte man sie mit offenen Armen aufgenommen. Nun betrachtete man sie mißtrauisch, als mögliche Agenten, ausgesandt, um die KPK zu infiltrieren und sie zu einer größeren Kooperationsbereitschaft mit Sihanouk zu bringen.

KPK: totaler Krieg gegen Sihanouk – VAP: enge Zusammenarbeit mit Sihanouk

Nach 1967 schrumpfte die Basis für eine Solidarität zwischen KPK und VAP noch mehr. In diesem Jahr erklärte die KPK dem Sihanouk-Regime den totalen Krieg. Die Kriegssituation in Vietnam ließ das Territorium von Kampuchea zu einem unverzichtbaren Fluchtraum für vietnamesische Truppen werden, anstatt wie bisher nur ein bequemes Rückzugsfeld zu sein.

In Nordwestkampuchea reagierten die Bauern auf die Zwangseinziehung von Reis durch die Armee Sihanouks mit einem spontanen Aufstand. Sihanouk gab den Kommunisten die Schuld und elemenierte die Linke nun völlig aus dem legalen politischen Leben Kampucheas, wodurch die verbliebenen legalen Kader der KPK auf's Land getrieben wurden. Diese Ereignisse überzeugten die Führung der KPK, daß man zwangsläufig mit den endgültigen Vorbereitungen für den totalen bewaffneten Kampf gegen Sihanouk beginnen mußte. In der Zwischenzeit bereiteten die Vietnamesen für 1968 die Tet-Offensive vor. Dafür hatte die Nutzung kampucheanischen Territoriums als Fluchtzone und Versorgungsroute eine entscheidende Bedeutung. Daher wurden die Beziehungen der VAP zum Regime Sihanouks noch enger.

Als die KPK eine revolutionäre Armee organisierte und im Januar 1969 mit dem offenen Krieg gegen Sihanouk begann, fand sie deshalb die Vietnamesen in Opposition, und diese änderten ihren Standpunkt auch bis zum Putsch gegen

Sihanouk im März 1970 nicht. In diesem Zeitraum lernte die KPK, völlig unabhängig von den Vietnamesen zu arbeiten und entdeckte, daß ein solch unabhängiger Stand möglich war. Im Gegensatz zu den Katastrophen der Verbitterung und Dezimierung in den späten fünfziger Jahren, war die Zeit von 1968 bis 1970 für die KPK eine Zeit der selbstbewußten Isolation, des wachsenden Selbstvertrauens und des Erfolges.

Allianz des Mißtrauens

Als der Putsch vom März 1970 sie zu einer engen Zusammenarbeit zwang, waren die Beziehungen zwischen den vietnamesischen und kampucheanischen Parteien wahrscheinlich schlechter, als sie je gewesen waren. Jede Partei war wahrscheinlich tief davon überzeugt, daß die andere ständig bewiesen hatte, daß sie nicht in der Lage war, irgendein anderes Interesse als das Ihre zu sehen. Genauer, die KPK glaubte wahrscheinlich, daß die VAP ihre Unfähigkeit gezeigt hatte, die revolutionäre Situation in Kambuchea zu begreifen und daß ihre Außenpolitik, insbesondere ihre Politik gegenüber der KPK, eher durch die nationalen Interessen Vietnams als durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse der kampucheanischen Revolution bestimmt war. Der VAP muß das Programm der KPK für eine Revolution in Kambuchea als eine blinde und hoffnungslose Offensive gegen das Sihanouk-Regime erschienen sein, während die KPK für den Gedanken unempfänglich erschien, daß ihr Kampf für den Befreiungskampf Südvietnams – der auf die Befreiung ganz Indochinas zielte – eine Katastrophe bedeuten könnte.

Gründe für wechselseitiges Mißtrauen

Die im April 1970 geschlossene Allianz löschte diese Vorstellung nicht aus. Obwohl Kooperation wieder möglich und sogar notwendig wurde, verwandelte dies das Mißtrauen nicht in Vertrauen, oder den grundlegenden Interessenkonflikt in Harmonie. Die unterschiedlichen Auffassungen der beiden Parteien traten 1972/73 wieder in den Vordergrund, als die Vietnamesen Friedensverhandlungen mit den USA führten.

Als die Vietnamesen nach den Terrorbombardements auf Hanoi einem Waffenstillstand zustimmten, der amerikanische Kräfte aus Südvietnam abzog, sahen sich die Kampucheaner dem gesamten Potential der amerikanischen Luftwaffen ausgesetzt. Gleichzeitig glaubten sie, daß die Vietnamesen sie durch Reduzierung der militärischen Lieferungen zu Verhandlungen mit den USA zwingen wollten. Das kampucheanische Mißtrauen wurde dadurch verstärkt, daß die Vietnamesen noch ein halbes Jahr mit den USA über Wiederaufbauhilfe verhandelten, wobei Kissinger darauf bestand, daß ein Waffenstillstandsabkommen für Kambuchea als Vorbedingung gelten müsse. (Als abweichende Analyse, die den Standpunkt vertritt, daß Vietnam keinen Druck auf Kambuchea ausübte vgl. Gareth Porter: *A Peace Denied: The US, Vietnam and the Paris Agreement* (Indiana, 1975).

Die kampucheanischen Kommunisten waren wahrscheinlich der Auffassung, daß die Einnahme Phnom Penhs und die Beendigung des Krieges in Kambuchea gelungen wäre, wenn nur die Vietnamesen die Amerikaner weiterhin im direkten Kampf gefesselt und gleichzeitig die KPK logistisch und materiell unterstützt hätten.

Stattdessen sah sich das Land zwei weiteren Kriegsjahren ausgeliefert, unter anderem dem konzentriertesten Bombardement der Geschichte. Die Erinnerung an Genf, als die Interessen Kambuchegas geopfert wurden und an die späten 60er Jahre, als die Vietnamesen es ablehnten, den Kampf der KPK gegen Sihanouk zu unterstützen, lebten wieder auf. Alter Verdacht bestätigte sich. Die Zusammenarbeit mit Vietnam erschien wie ein Weg voller Fallstricke, und die Verlässlichkeit der Vietnamesen als Alliierte schien gering zu sein. Die Vietnamesen müssen diesen Zeitabschnitt völlig anders wahrgenommen haben.

Wie bei den meisten Unabhängigkeitsbewegungen spielt in der Ideologie besonders der kampucheanischen, aber auch der vietnamesischen Kommunisten ein ausgeprägter Nationalismus, der in beiden Ländern auf einer sehr unterschiedlichen – vorkolonialen – Geschichte und Kultur fußt, der nicht zuletzt durch die unterschiedliche geographische Lage der beiden Länder eine gegensätzliche Prägung erhält.

Unterschiedliche geographische Lage

Ein Blick auf die Karte läßt klarwerden, warum sich grundsätzlich entgegengesetzte Nationalgefühle gegenüber-

Vietnams lange, im wesentlichen nicht zu verteidigende Küste, an der viele der wichtigsten Städte liegen, blickt auf eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten der Welt. Obwohl die meisten Konfrontationen mit ausländischen Mächten den Charakter eines dramatischen Schocks für Vietnam hatten, sind solche Interaktionen durch den ständigen kommerziellen und militärischen Verkehr vor seinen Küsten unvermeidlich – ein Verkehr, der Vietnam strategisch wichtig macht. Deshalb mußte Vietnam lernen, die Interessen der anderen zum eigenen Vorteil zu nutzen, Drohungen von außen durch das gegeneinander Auspielen und Manipulieren der verschiedenen ausländischen Gruppen zu begegnen, sogar um den Preis, ihnen die Anwesenheit in Vietnam zu gestatten. Einfaches sich Abschießen und ein isolationistischer Standpunkt standen nie als Möglichkeit zur Verfügung.

Kambuchea andererseits ist im wesentlichen ein Binnenland mit einer kurzen Küste, bei dem auffällt, daß die typische aufgeblähte Hafenstadt ehemaliger Kolonien völlig fehlt (Saigon war Kambuchegas Hafen für koloniale Exporte und Kompong Som, der einzige Hafen, wurde erst unter Sihanouk entwickelt, um die Abhängigkeit von Vietnam zu reduzieren). Darüberhinaus ist der einzige Verkehr entlang der kampucheanischen Küste der zwischen Vietnam und Thailand. Deshalb hat Kambuchea die grundsätzliche Möglichkeit – die Vietnam fehlt – Drohungen von außen mit einer isolationistischen Politik zu begegnen. Wie das gegenwärtige Regime in Burma, dem einzigen anderen Land in Südostasien, mit ähnlichen geographischen Bedingungen, hat die Regierung von Kambuchea die Kontakte mit dem Ausland scharf gedrosselt.

Vietnam, Kambodscha, China und die nationalistische Geschichtsschreibung in den jeweiligen Ländern.

Wer heute nach Südostasien reist, nach China oder Indochina, kann in den Ländern ein ungemein tief verwurzelttes Geschichtsbewußtsein feststellen. Auch Leute, die keineswegs eine "hohe" kulturelle Bildung genossen haben, sind mit den wichtigsten Daten und Persönlichkeiten der Geschichte ihres Landes sehr gut vertraut. Und in jedem der Länder kehrt die geschriebene und mündlich überlieferte Geschichte jeweils einen ganz besonderen Aspekt hervor, der sich wie ein roter Faden durch die nationale Geschichtsschreibung zieht. Für die Vietnamesen ist Geschichte vor allem eine Geschichte des Widerstandes gegen ausländische Eindringlinge, für China ist es eine Geschichte der einigenden und starken Zentralmacht, und für Kambodscha ist es die Geschichte einer kulturellen Ausstrahlung eines kleinen heroischen Volkes. Das gleiche Ereignis erhält auch in der modernen Geschichtsschreibung des jeweiligen Landes eine andere Einordnung, und was in dem einem Land als besonders wichtig hervorgekehrt wird, fällt in dem anderen Land unter den Tisch. Vor allem ein paar Beispiele aus China und Vietnam sollen dies belegen: Der älteste bekannte Nationalstaat auf heutigem vietnamesischen Boden war vor mehr als 2000 Jahren das Au-Lac-Königreich, eine Sklavenhaltergesellschaft, die im 3. Jahrhundert vor Christus ihren Höhepunkt erlebte. Im Jahr 111 wurde das Reich von der chinesischen Qin-Dynastie erobert. Für die vietnamesische Geschichtsschreibung ist dieses Datum der Beginn des Widerstandes, der sich mehr als tausend Jahre gegen die chinesischen Dynastien der Han, der Tang und der Song fortsetzte. Die Helden dieses Widerstands, die jedes Kind in Vietnam beim Namen kennt und deren Bilder in Tempeln und in Wohnungen hängen, sind die Schwestern Trung (40 n.Chr.), deren vietnamesisches Königreich drei Jahre lang die Unabhängigkeit von China wahren konnte und Madame Trieu (248 n. Chr.), die auf den historischen Darstellungen vom Rücken eines Elefanten aus den Widerstand gegen die Chinesen führte. In der chinesischen Geschichte ist die damalige Unterwerfung dieses Gebiets nur ein kleiner Beisatz zu einem viel größeren Ereignis: Der mächtige Feudalkaiser Qin Shihuang vollzieht die Staatseinigungen, schafft eine einheitliche Verwaltung, standardisiert Maße und Gewichte. Für die chinesische Geschichte ist es die Blüte der Hochkultur, des kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts in den folgenden tausend Jahren. Die Gebiete an der südwestlichen Grenze scheinen nur als "Bai Yue" (hundert

Grenzstämme), die auch in die "Reichseinigungen" einbezogen wurden.¹

Die zweite Hälfte des ersten Jahrhunderts ist für China dann die Zeit des allmählichen Verfalls des Reiches, für Vietnam ist es die Zeit erfolgreicher Aufstände, die gleichzeitig anti-feudal und anti-chinesisch sind. Nach dem Sieg über die chinesische Marine im Jahr 938 löst sich Vietnam endgültig aus direkter chinesischer Abhängigkeit, es beginnt die Zeit eines weitgehend eigenständigen Vietnam, das jedoch in einem Tributverhältnis zum chinesischen Kaiser steht, und von China stark kulturell beeinflusst wird. Es ist ein wechselndes, aber doch "stabiles" Verhältnis: In China lösen sich die Dynastien ab, es gibt militärische Vorstöße der Chinesen, manchmal fühlt sich Vietnam stark genug, um sich seinerseits auszuweiten und Eigenständigkeit zu üben. Das Tributverhältnis zu China kann jedoch weiterexistieren, da China eine "Außenpolitik" des "Sinozentrismus" pflegt, die sich nicht am "Territorium" der Nachbarn oder an "Grenzen" orientiert, sondern am Einfluß. Die Mandarinalbürokratie faßte auch in Vietnam Fuß, aus China kamen Buddhismus und Konfuzianismus, das klassische Chinesisch wurde Amts- und Literatursprache. Vom 12. bis zum 14. Jahrhundert entfaltet sich Vietnam als weitgehend unabhängiger Staat mit einer spezifischen Nationalkultur. Zuvor im Jahr 1075 hatte Vietnam sogar weite Gebiete des heutigen Südkinas erobert. Im 13. Jahrhundert drangen die Mongolen unter Kublai Khan (die zeitweise auch China beherrschten) bis Vietnam vor. Die vietnamesische Geschichte feiert heute General Tran Hung Dao als Helden des Widerstandes, der die Eindringlinge aus dem Norden zurückschlug.

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts hat die Ming-Dynastie die Mongolen auch aus China vertrieben. Vietnam befindet sich unterdessen in einer großen Staatskrise, die Ming nützen diese Schwäche zu einer Eroberung Vietnams, und streben eine direkte Verwaltung und die Ausrottung der dortigen Nationalkultur an. Die vietnamesischen Geschichtsbücher künden von Le Loi und Nguyen Trai, die beiden Volkshelden, die von den Bergen aus einen Guerillakrieg gegen die Chinesen organisierten und 1427 schließlich die Truppen der Ming-Dynastie verjagen konnten. In der chinesischen Geschichtsschreibung liest sich die Darstellung ganz anders: Einen Hinweis auf den chinesischen Expansionismus der damaligen Zeit sucht man vergeblich, mit der Überschrift "Auslandsbeziehungen" ist das Tributverhältnis umschrieben: "China und das damalige Vietnam, Laos und Kambodscha pflegten besonders gute Beziehungen. Mehr als 7000 vietnamesische und chinesische Handwerker arbeiteten zusammen beim Palast und Stadtbau von Peking. Sie ver-

wirklichten die unzerbrüchliche traditionelle kämpferische Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Vietnams."²

Das vietnamesische Geschichtsbuch zitiert zum gleichen Zeitraum ein Gedicht des Guerilla-Feldherren Nguyen Trai "Proklamation des Sieges über die Ngo (= Chinesen)" (1428):

"Das Volk wurde in den Flammen der Barbarei verbrannt, oder in den Friedhöfen des Schreckens begraben.

Um den Himmel und die Menschen zu täuschen, griffen die Eindringlinge zu tausend Tricks.

Zwanzig Jahre lang töteten und unterdrückten sie, Menschlichkeit und Gerechtigkeit hatten keinen Wert mehr, das Land wurde zertrampelt, Steuern und Abgaben saugten Wälder und Felder aus.

Das Schicksal der Witwen und Waisen war kläglich

Die Leute waren ausgezehrt vor Hunger, aber die Blutsauger waren niemals zufrieden

Erde mußte bewegt, Holz geschnitzt, Häuser und Paläste gebaut werden. Der Frondienst ließ die Webstühle stillstehen.

Um die Verbrechen der Unterdrücker aufzuzeichnen, würde der gesamte Bambus der Südberge nicht ausreichen.

Alles Wasser des Ostmeeres könnte den Schmutz nicht wegwaschen.

Wie konnte der Himmel nur solche Verbrechen erlauben! Der Zorn des Volkes hat seinen Höhepunkt erreicht."³

Nun breitete sich Vietnam, das bisher auf den Norden (Annam und Tongking) beschränkt war, seinerseits nach dem Süden aus: Das Khmer-Reich der Cham, das seit dem zweiten Jahrhundert weite Teile des heutigen Vietnam umfaßt hat, wurde immer mehr zurückgedrängt und Ende des 17. Jahrhunderts waren auch die Khmer-Gebiete des späteren Saigon/Ho-Chi-Minh-Stadt erobert.

Aber bald begann die Krise des vietnamesischen Feudalismus: Ab dem 18. Jahrhundert schwächen Bauernaufstände die herrschenden Dynastien, auch im Kampf gegen ausländische Eindringlinge. 1788 kann Vietnam noch einmal 200.000 Soldaten der chinesischen Qing-Dynastie zurückschlagen, 1858 beginnen die Franzosen mit der Besetzung Indochinas.

Chinesische Truppen marschieren im Norden ein: Zuerst, um den Vietnamesen bei der Niederschlagung der Bauernaufstände zu "helfen," dann um gegen die Franzosen zu "helfen." In der Tat einigen sich China und Frankreich 1882 in einem ersten Abkommen auf ein gemeinsames Protektorat über Annam, 1885 nach einem verlorenen Krieg akzeptiert die chinesische Qing-

Dynastie schließlich das französische Protektorat über Indochina.

Eine chinesische Geschichtsdarstellung vermerkt nur: "Schon seit langer Zeit bestehen enge Beziehungen zwischen

China und Vietnam. So wie zwischen China und Korea, grenzen auch Berge und Flüsse Vietnams und Chinas aneinander, beide gehören zusammen wie Lippen und Zähne. Die Grenzen Chinas waren damals allgemein einer mächtigen Bedrohung ausgesetzt, ebenso wie in Bezug auf Korea war China auch über die Invasion Vietnams ernsthaft besorgt."⁴ Nicht die Unterjochung Vietnams, sondern die Bedrohung Chinas bereitete Sorge!

Der Geschichtsnationalismus bedient sich der Identifikation mit früheren Nationalstaaten, obwohl diese zum Teil weder gebietsmäßig noch kulturell und ethnisch mit den heutigen Staaten übereinstimmen. Aber die Geschichte wird eingesetzt, um den Eindruck einer "Kontinuität" zu schaffen und nationalistischen Elementen der gegenwärtigen Politik einen – wenn auch vagen und kaum offen ausgesprochenen – Anspruch der "Legitimität" zu geben. Die nationalistische Geschichtsschreibung in beiden Fällen verfolgt zwar durchaus verschiedene Ziele, bedient sich aber der gleichen Mittel der Auslassung, Beschönigung und Vereinfachung.

Vietnam betont immer den Wider-

standswillen des Volkes, den erfolgreichen Widerstand vor allem gegen übermächtige Gegner, den Guerillakrieg und die Herausbildung einer Nationalkultur im Widerstand gegen einen Aggressor, der zumeist aus dem Norden kommt. Der vietnamesische Expansionismus gegen seine Nachbarn wird dabei geflüßentlich verschwiegen.

China hantiert sehr unkritisch mit Begriffen wie "Vielvölkerstaat", "Reichseinigung" und "Freundschaft," um damit Abhängigkeitsverhältnisse in der langen Geschichte zu verschleiern. In den Geschichtsbüchern tritt China kaum als Aggressor auf, sondern es will immer ein starkes und geeintes Land sein, das bei seinen Nachbarn und in der Welt Ausstrahlung hinterläßt.

1 Zhongguo Gudai Shi, vgl. Teil 1, S. 21 ff.

2 Zhongguo Gudai Shi, Teil 4, S. 44

3 Zitiert in: Vietnam: A Historical Sketch, S. 86 ff.

4 Diguozhuyi . . ., S. 278

Quellen:

Vietnam, A Historical Sketch, o.O., o.J. (Sammlung von Darstellungen vietnamesischer Historiker aus neuerer Zeit)

Vietnam en bref, Hanoi 1971

Diguozhuyi Jin Hua Shi (Geschichte der imperialistischen Aggression gegen China), Bd. 1, Peking 1973 (2. Aufl.)

Zhongguo Jindai Shi (neuere chinesische Geschichte), Peking (Lehrmaterial der Universität), 1973

Zhongguo Gudai Shi (Alte Chinesische Geschichte), Peking 1974 (hektografiertes Lehrmaterial der Universität Peking)

2. Nationalismus und die Grenze zwischen Vietnam und Kambodscha

Die heutige Genzziehung zwischen den beiden Ländern ist ein Produkt des Kolonialismus. Die Grenzlinie, die die Franzosen hinterlassen haben, ist mit ganz wenigen Ausnahmen (einige Dörfer im Hochland und einige Inseln) relativ genau markiert, und meistens auch von beiden Seiten (zumindest nach außen hin) so anerkannt. Ansprüche sind vorwiegend historischer Natur: Vor allem Kambodscha ist durch die Genzziehung der Kolonialherren eingeeignet worden.

Auszüge aus dem Artikel von Heinz Kotte "Vietnam - Kampuchea, Hintergründe der Grenzzwischenfälle", (iz3w, August 1978, S. 39 ff.) illustrieren die geschichtliche Entwicklung des Grenzverlaufs.

1. Der geschichtliche Hintergrund des Konfliktes

Das heutige Kampuchea mit 180.000 qkm und 7,8 Millionen Einwohnern (Vietnam: 330.000 qkm und 47 Millionen Einwohnern) ist das Ergebnis jahrhunderterlanger territorialer Einschnürungen und Gebietsabtrennungen, sozusagen das Polen Südost-Asiens. Von den ständigen Bedrängern, den Siamesen, jetzigen Thais, im Norden und den Annamiten, jetzigen Vietnamesen, im Osten unterscheidet sich die Kernbevölkerung der Mon Khmer sowohl rassisch als auch sprachlich und kulturell. Kampuchea gründet sich auf das Reich Kambuja (davon ist die heutige Bezeichnung Kampuchea abgeleitet) der mächtigen Könige von Angkor, das vom Beginn des 9. Jahrhunderts bis ins 15. Jahrhundert bestand und in der Hochblüte den indochinesischen Subkontinent von der Grenze des jetzigen Burmas bis ans Südchinesische Meer umspannte, einschließlich Cochinchina, das südliche Drittel des heutigen Vietnams. Saigon, jetzt Ho Chi Minh-Stadt, ist zum Beispiel eine alte Gründung der Khmer (Prey Nokor) am nördlichen Rande des unteren Mekong-Schwemmlandes. Im vietnamesischen Teil des Mekongdeltas, Khmer Krom (Khmer-, Nieder-Lande) genannt, leben heute etwa 500.000 Einwohner kampucheanischen Ursprungs. Kampuchea erhebt heute jedoch keinen Anspruch auf diese 'verlorenen Gebiete', wenn auch mit den historischen Gebietsverlusten im Grenzkonflikt mit Vietnam und Thailand argumentiert wird. Die neue Verwaltungskarte Kampuchreas, die im August 1976 in Phnom Penh herausgegeben wurde, hält sich strikt an die von den Franzosen 1954 hinterlassenen Kolonialgrenzen, auch an die nach einem französischen Generalgouverneur benannte Brevie Linie, die die

größte Insel in der Bucht von Thailand Phu Quoc (kampucheanisch Koh Tral) Vietnam zuschreibt, obwohl sie dem kampucheanischen Festland vorgelagert ist.

Wovor sich die Kampucheaner fürchten, ist die Wiederholung ihrer Unterwerfung und die Annexion ihres Territoriums durch Thailand und Vietnam aus dem 18. und 19. Jahrhundert.

Ironischerweise war es die französische Kolonialmacht, die Kampuchea in der Mitte des 19. Jahrhunderts davor bewahrte, völlig von den westlichen und östlichen Nachbarstaaten absorbiert zu werden. Das Land wurde 1963 zum französischen Protektorat le Cambodge (von dieser Kolonialbezeichnung ist Kambodscha abgeleitet) erklärt und 1887 mit den Protektoraten Tonking (Nord-Vietnam), Annam (Zentral-Vietnam) und Laos sowie der Kolonie Cochinchina (Süd-Vietnam zur Union d'Indochine (Indochina ist ein koloniales Gebilde wie auch eine koloniale Bezeichnung der drei Länder) zusammengeschlossen. Von Frankreich wurden die West-Provinzen Kampuchreas, Batambang, Sisophon und Siam Reap, mit den alten Ruinenanlagen der historischen Hauptstadt von Angkor an den thailändischen König abgetreten, die 1907 zurückgegeben wurden, aber im 2. Weltkrieg vorübergehend wieder von Thailand annektiert wurden. Kleinere Grenzkonflikte, wie um den historischen Tempel Preah Vihear auf der Dangrek-Gebirgskette zwischen Thailand und Kampuchea, der durch Urteil des Internationalen Gerichtshofs bei Kampuchea verblieb, oder um Dörfer im umstrittenen Grenzgebiet an der Westgrenze zwischen Aranya Prathet und Pipet, reichen

bis in die jüngste Vergangenheit und verursachen die Spannung mit den beiden Nachbarstaaten. Sie sind ein Teil der historisch gewachsenen Angst vor Umklammerung, wodurch Kampuchreas Außenpolitik hauptsächlich bestimmt wird. Durch die letzten Konsultationen mit Thailand – Kampuchreas Außenminister Ieng Sary besuchte Bangkok im Herbst 1977 und Thailands Außenminister Upadit Phnom Penh Anfang Februar 1978 – ist das Problem der Landesgrenze mit Thailand wieder auf eine entspannte Verhandlungsebene zurückgebracht worden, wie Thailands Premierminister Kriangsak erklärte: „Ich glaube, daß die Unklarheiten der Demarkationslinie das Problem verursacht hat. Wir und die kampucheanische Seite interpretieren das Protokoll (offensichtlich vom Juni 1976, H.K.) unterschiedlich und erheben Anspruch auf dasselbe Gebiet.“ (4) Jedoch noch stärker hat sich die Angst vor einer Umklammerung von der vietnamesischen Seite festgesetzt, wobei stets von untergeordneter Bedeutung war, ob Vietnam von Saigon oder Hanoi regiert wurde. Die französische Kolonialverwaltung hatte kampucheanisches Territorium ununterbrochen beschnitten und die Grenzen Cochinchinas nach Westen und Norden immer weiter auf kampucheanisches Gebiet vorgeschoben. Das hatte zwei Gründe: Einmal hatte Cochinchina (etwa das südliche Drittel des heute wiedervereinigten Vietnams) den Status einer Kolonie und wurde entsprechend als französisches Territorium verwaltet, während Kampuchea als Protektorat wenigstens formale Unabhängigkeit besaß. Daher bestand die Tendenz, die Kolonie zu vergrößern, um ein höheres Steueraufkommen zu erzielen und das Territorium der kolonialen Willkürherrschaft auszudehnen. Zum anderen waren die kolonialen Unternehmen in Cochinchina stärker organisiert und hatten eine bessere Lobby in den kolonialen Verwaltungen von Hanoi und Paris. Diese Lobby strebte nach ausgedehnten Reisfeldern mit günstigen Bewässerungsbedingungen besonders im Nord-Westen von Saigon, der heutigen vietnamesischen Provinz Svay Rieng.

Der nach Vietnam hineinragende Landzipfel, der sogenannte „Papageienschnabel“ westlich von Saigon, blieb bei diesen Gebietserweiterungen ausgespart. Mit der aufblühenden Automobilindustrie in Europa setzte nach der Jahrhundertwende auch in Indochina ein Run auf Kautschukplantagen ein, wofür sich die „rote Erde“ im Gebiet der heutigen kampucheanischen Provinz Tay Ninh, 80 km nordwestlich von Saigon, besonders eignete. Der größte Verlust für Kampuchea in diesem Gebiet wurde 1914 vollzogen, als um Loc Ninh, etwa 100 km nördlich von Saigon, die ausgedehnten Kautschukplantagen von Michelin angelegt wurden („Ausspannung“ ist der sogenannte „Angelhaken“). Infolge verlorener Kolonien in Afrika verlegten die Franzosen zwischen den beiden Weltkriegen auch ihre Kaffee- und Teeplantagen nach Indochina. Die fruchtbaren Plateaus der kampucheanischen Provinzen Ratanakiri und Kratie, etwa 200 - 250 km nordöstlich von Phnom Penh, wurden zu diesem Zweck 1929 der Kolonie Cochinchina zugeschlagen.

Alle Grenzkorrekturen oder gelegentliche Gebietsausgleiche entlang der 1100 km langen Grenze hatten unter dem Strich stets Gebietsverluste für Kampuchea zur Folge. Auf detaillierten geographisch-geologischen Karten Südost-Asiens ist die künstliche und willkürliche Grenzziehung zwischen den beiden Ländern deutlich erkennbar: Sie ist von einem Flußlauf weit auf kampucheanisches Territorium verlegt worden, um Hinterland für einen kolonialen Stützpunkt zu schaffen (Ha Tien) verläuft auf kampucheani-

ischem Territorium in 1 km Abstand parallel zu einem wichtigen Bewässerungskanal (Vinh Te Kanal), weitet ein fruchtbares Deltagebiet nach Kampuchea aus (Chau Doc, Tan Chau, An Phu) oder ist wie mit dem Lineal auf der Kolonialkarte gezogen (Provinzen: Ratanakiri und Dar Lac). Das ist noch deutlicher beim Grenzverlauf um die Insel Phu Quoc (Koh Tral). Obwohl das Hauptmassiv der Küste Kampuchreas vorgelagert ist, schlägt die Brevie-Linie von 1939 die Insel zu Vietnam.

Die Grenze nach Brevie war zum Vorteil französischer Kolonialgesellschaften gezogen worden und diente auch zur Schlichtung von Gebietsstreitigkeiten zwischen ihnen, sie begünstigt somit das heutige Vietnam auf Kosten Kampuchreas. Hinzu kommt noch, daß man sich nicht an die Grenzziehungen hielt, Karten fälschte und Kolonialgesetze immer zugunsten der Kolonie und zuungunsten des Protektorats auslegte. Die Teilungen zerrissen die im Gebiet lebenden Völker und hinterließen auf beiden Seiten Minoritätsgruppen, deren Schicksal aufgrund der beiderseitigen Apathien bedauernswert war. So ist zu verstehen, daß alle Regierungen Kampuchreas die willkürliche Grenzziehung durch die französische Kolonialmacht zu ihren Lasten als ungerecht und sogar wörtlich als „verbrecherisch.. betrachteten. (5) Die französische Kolonialmacht sorgte für zusätzliche Spannungen dadurch, daß sie Vietnamesen in Laos und Kampuchea als Verwaltungsbeamte einsetzte und die Gegensätze zwischen den drei Völkern in der Region in ihrem Interesse ausnützte.

Auf der Genfer Indochinakonferenz wurde zwar die Unabhängigkeit eines kampucheanischen Staates garantiert, jedoch wurden keine Grenzen festgelegt, was für Kampuchea unverändert eine Bedrohung des nationalen Territoriums bedeutete. Als zum Beispiel nord-vietnamesische Truppen 1954 Kampuchreas Nord-Ost Provinz Stung Treng besetzten, gelang es Sihanouk nur durch massiven Druck und unter Androhung, er würde seinen politischen Kurs ändern, die Vietnamesen zum Rückzug zu bewegen. Die Grenzprobleme sind zu Kampuchreas Souveränitätsproblem und damit zum bestimmenden Faktor der Außenpolitik des Landes geworden. Die Quasi-Neutralität im Vietnamkrieg wurde damit erkaufte, daß stillschweigend die Nachschubwege des Ho Chi Minh-Pfades durch das östliche Kampuchea, Transporte über den Hafen Kompong Som (Sihanoukville) und die Anlage von Nachschubstellungen mit eigener vietnamesischer Verwaltung auf kampucheanischem Gebiet entlang der Grenze geduldet wurden. Als die Verletzungen des kampucheanischen Territoriums immer massivere Formen annahmen, die in den Jahren 1968 - 69 zu bewaffneten Zwischenfällen zwischen Sihanouks Armee und FNL-Einheiten (FNL = Front National de Liberation, Befreiungsfront Süd-Vietnams) führten (im Mai 1969 in Svay Rieng, im sogenannten Papageienschnabel), bezog Sihanouk zur Sicherung des nationalen Territoriums in der Grenzfrage eine pragmatische Position. Er verzichtete auf alle „verlorenen Gebiete“ unter der Bedingung, daß Thailand und Vietnam ein Kampuchea innerhalb der kolonialen Grenzziehung von 1954 (Kartenvorlage 1 : 100.000) als unantastbares Territorium anerkannten und den Grenzverlauf nie wieder zum Gegenstand von Verhandlungen machen würden:

Die Thais und Vietnamesen haben immer ihren guten Willen Kampuchea gegenüber beteuert und ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, dieses Grenzproblem auf freundschaftliche Weise ein für alle Mal zu bereinigen ... Aber aus Erfahrungen wissen wir, daß es immer so begann und unvermeidbar zur Annexion von Gebie-

ten und dann ganzer Provinzen führte ... Die augenblickliche Grenze ist die letzte Widerstandslinie der Khmer. Vorschläge zu Verhandlungen zu akzeptieren ... würde bedeuten, daß wir stillschweigend eine endgültige Unterwerfung anerkennen (11).

Die „einseitige“ Anerkennung und Respektierung der „gegenwärtigen Grenzen“ wurde zur Sihanouk-Doktrin für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und allen Ländern, die diplomatische Beziehungen zu Kampuchea wünschten. Durch die einseitige Anerkennung der Grenzen, ohne daß Kampuchea die Grenzforderungen der Nachbarstaaten anerkannte, wurde die Garantie dafür erkämpft, daß Kampuchea Territorium nicht angetastet werden konnte. Diese Position, die nach der Befreiung von 1975 unverändert von der neuen Führung des Landes bezogen wird, hat Kampuchea teilweise den Ruf der Unverschämtheit und Halsstarrigkeit eingebracht. Angesichts der großen Gebietsgewinne der Vietnamesen im Laufe der Geschichte muß man jedoch sagen, daß diese Position angemessen ist, und die kampucheanische Diplomatie hat sie auch international erfolgreich verankert. Die von den USA gestützten Regime in Bangkok und Saigon lehnten die einseitige Anerkennung zwar ab, aber in der Zeit von 1964–67 akzeptierten die FNL (zur Befreiung Süd-Vietnams) und die Demokratische Republik Vietnams nach und nach die Forderung. In einem Regierungsbericht an die Nationalversammlung vom Juni 1964 bestätigte Premierminister Pham Van Dong, daß die Regierung und das Volk Vietnams „die gegenwärtigen Grenzen zwischen Vietnam und Kampuchea“ anerkennt und respektiert. (12) In den sogenannten „Grenzverhandlungen“ von 1966 zwischen Sihanouk, der FNL und der DRV wurde auch die kampucheanische Souveränität über alle Inseln südlich der Brevie-Linie anerkannt. Wegen Sihanouks Forderung nach einseitiger Anerkennung der ‚bestehenden Grenzen‘ brachen die Verhandlungen Ende 1966 ergebnislos ab. Erst am 31. Mai 1967 kam die FNL den kampucheanischen Forderungen mit einer Drei-Punkte-Erklärung entgegen. Die FNL erklärte, daß sie

1. die territoriale Integrität Kampucheas innerhalb der gegenwärtigen Grenzen anerkennt und respektiert.
2. die gegenwärtige Grenze zwischen Süd-Vietnam und Kampuchea anerkennt und respektiert.
3. gegen das Königreich Kampuchea alle Akte der Aggression von seiten der US-Imperialisten und ihrer Schützlinge in Süd-Vietnam und Thailand verurteilt und gegen jeden Versuch, die gegenwärtige Grenze des Königreichs Kampuchea zu verändern, protestiert. (13)

Die Erklärung der FNL wurde von der DRV am 8. Juni 1967 bestätigt und in einem über Radio Hanoi verbreiteten Kommuniqué als offizielle Position Vietnams anerkannt. (14) In Kommentaren zum Kommuniqué erklärte die DRV und die FNL Saigons Anspruch auf Neuverhandlung der kampucheanischen Grenze als ‚schamlose Lüge‘ und legte sich damit auch selbst auf die Nichtverhandelbarkeit von Kampucheas Grenze fest. Im Verlauf des amerikanischen Indochinakrieges protestierten DRV und FNL gegen alle Grenzverletzungen durch südvietnamesische und amerikanische Truppen und unterstützte Sihanouks Position, wenn er umstrittene Grenzgebiete als kampucheanisches Territorium zurückforderte. Nach Sihanouks Aussagen erkannten die Vietnamesen auch alle Dörfer in den umstrittenen Gebieten als kampucheanische Siedlungen an, wenn sie in der Vergangenheit unter kampucheanischer Verwaltung standen und mehrheitlich von kampucheanischer Bevölkerung bewohnt wurden. (15)

Diese Position Kampucheas, die Vietnamesen auf die Anerkennung der „bestehenden Grenzen“ und die Auslegung umstrittener Grenzziehungen zugunsten Kampucheas festzulegen, war der Stand der Verhandlungen, als Sihanouk auf einer diplomatischen Reise nach Moskau 1970 gestürzt und ganz Kampuchea unter der amerikanischen Marionette Lon Nol in den Krieg hineingezogen wurde (Beginn des 2. Indochinakrieges). Von diesem Stand der Verhandlungen ging die neue kampucheanische Führung nach der Befreiung des Landes am 17.4.1975 aus. Zwischen dem überzeugten Patrioten Sihanouk und der Front Uni National de Kampuchea (FUNK) im Untergrund hatte es in Fragen nationaler Souveränität und ‚Verteidigung der nationalen Grenzen‘ nie Differenzen gegeben. Auf dieser Grundlage war es auch möglich geworden, mit Sihanouk im Peking Exil an der Spitze alle patriotischen Kräfte des Landes in der provisorischen Regierung der Gouvernement Royal Uni National De Kampuchea (GRUNK) zu sammeln, die den Befreiungskampf zum Erfolg führte.

Trotz der objektiven Solidarität der drei Völker im 2. Indochinakrieg und trotz der wirksamen militärischen Kooperation zwischen den „Drei Fronten“ ist es nie zu einer politischen Koordination, gar nicht zu reden von einer Übereinstimmung zwischen der vietnamesischen Führung und der kampucheanischen KP, gekommen. Der tiefe Bruch wurde noch einmal beim Pariser Abkommen von 1973 deutlich, als die vietnamesischen Verhandlungsführer die GRUNK zu einem Kompromiß mit Lon Nol und den USA drängten, um eine günstigere Verhandlungsbasis für Vietnam zu erreichen. Infolge des Abkommens lieferten die Vietnamesen den Befreiungsstreitkräften der FUNK nur zögernd Waffen, um sich nicht den Vorwurf der Nichteinhaltung des Abkommens einzuhandeln. Kampuchea hat für die vietnamesische Position in den Pariser Verhandlungen bitter bezahlen müssen, denn aufgrund des Abkommens, das nur die Bombardierung Vietnams ausschloß, konnte die US-Luftwaffe von vietnamesischem auf kampucheanisches Territorium ausweichen und hat in der Zeit vom 27.1. – 15.8.74 das Land in Schutt und Asche gelegt. In den 7 Monaten wurden viermal mehr Bomben auf Kampuchea geworfen als im ganzen Koreakrieg, was wenigstens 200.000 Menschenleben gefordert hat (von einer Bevölkerung von 7,8 Millionen Einwohnern).

Die FUNK/GRUNK war während des fünfjährigen Befreiungskampfes ganz auf sich selbst gestellt und konnte nicht wie Vietnam mit sowjetischer Militär- und Wirtschaftshilfe rechnen, da sich die Sowjetunion auf die Seite Lon Nols gestellt hatte. Die geringe Auslandshilfe stammte aus China, Nord-Korea und einigen Ländern der „Bewegung der blockfreien Staaten“!

Und in diesem Bewußtsein, in der Frage der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit auf sich selbst gestellt zu sein, hat die kampucheanische Führung unmittelbar nach der Befreiung von der US-Aggression die mit den Vietnamesen während des Befreiungskampfes ausgehandelte Respektierung des nationalen Territoriums angefordert. Daß es dabei zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen ist, war seit 1975 gelegentlich durchgesickert, bis am 31.12.77 die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden und sich beide Seiten mit dem Konflikt an die internationale Öffentlichkeit wandten. Demnach forderte Kampuchea das vietnamesische Militär und die Verwaltung auf, die Rückzugsgebiete des Ho Chi Minh-Pfades um Ratanakiri und Mondolkiri in Nordost-Kampuchea, in der Provinz Svay Rieng (Papageienschnabel), sowie in allen anderen Gebieten der Ost- und Südwest-Region zu räumen. (16) Entlang der 1.100 km langen Gren

ze kam es an allen fünf kritischen Grenzabschnitten zu Zusammenstößen: in Mondolkiri / Dar Lac im Hochland, in Kompong Cham / Tay Ninh östlich von Phnom Penh, in Takeo / An Giang am Mekong, in Kampot / Kien Giang (Ha Tien) an der Westküste und zwischen der Insel Phu Quoc (Koh Tral) und der kampucheanischen Küste. Nachdem vietnamesische Truppen im Juni 1975 die Insel Poulo Wai (Kach Wai) in der Bucht von Thailand besetzt hatten, kam es zu den ersten Verhandlungen, denen im August eine zweite Runde folgte. Die Verhandlungen scheiterten, weil von vietnamesischer Seite die Garantie für den territorialen Bestand Kampuchreas von 1966/67, vor allem in Bezug auf die Hoheitsgewässer, als kriegsbedingte Vereinbarung abgelehnt und eine grundsätzliche Neuverhandlung des Grenzverlaufs verlangt wurde. (17)

Aus: Befreiung, Berlin 1978

- 1 Vgl. die Pressekonferenz Ende Januar 1978 in der vietn. Botschaft in Bonn, Bericht in: FAZ, 27.1.78; vgl. auch Auszüge einer vietn. Dokumentation zum Grenzkonflikt, in: FR, 10.3.78.
- 2 Über die Methoden und Quellen der Berichterstattung zu Kampuchea liegen inzwischen zuverlässige Untersuchungen vor, vgl. Ben Kiernan: Cambodia in the News 1975/76. In: Journal of Politics (Melbourne), Vol. 8, 1975-76; Noam Chomsky + Edward S. Herman: Distortion at Fourth Hand. In: The Nation, 25.6.1977; Hans Ulrich Luther: Für ein paar Dollars erzählen sie alles. Wie Greuelstories aus Kambodscha entstehen und was von ihnen zu halten ist. In: FR, 6.5.77; H. Kotte: Methoden der Pressekampagne gegen das Demokratische Kampuchea. In: Befreiung (Berlin), Nr. 7, Juni 1976 und in: Blätter des Informationszentrums Dritte Welt (Freiburg), Nr. 56, Okt. 1976; Kampuchea in der Berichterstattung. In: Nachrichten der Evangelischen Studentengemeinden (Stuttgart), Mai 1978.
- 3 Der Spiegel, Nr. 15, 10.4.78; vgl. auch Times, 9.1.78; Henry Kamm in: IHT, 15.1.78
- 4 Far Eastern Economic Review (FEER), Asia Yearbook, 1978, Hongkong 1978, S. 156
- 5 Vgl. Sarin Chhak: Les Frontiers du Cambodge. Paris 1966: eine umfangreiche Studie über Grenzverläufe mit detailliertem Kartenmaterial, mit einem Vorwort von Norodom Sihanouk. Chhak war Außenminister im Kabinett des 'Government Royal Uni National du Kampuchea' (GRUNK).
- 11 Kabuja (Magazin), Phnom Penh, 15.6.69, S. 16 - 17, Editorial
- 12 Radio Hanoi, 13.6.67, zitiert ein Editorial der Nhan Dan (= Das Volk, Tageszeitung). In: FBIS, Washington 13.6.67.
- 13 Radio Hanoi, 8.6.67. In: FBIS, 9.6.67

- 14 Radio Hanoi, 12.6.67, FBIS, 13.6.67
- 15 Radio Phnom Penh, 24.7.67. In: FBIS, 28.7.67
- 16 Radio Phnom Penh, 3.1.78. In: FBIS, 3.1.78
- 17 Radio Hanoi, 6.1.78. In: FBIS, 6.1.78

Auszüge aus einer Pressekonferenz, die Prinz Norodom Sihanouk am 8.1.1979 in Peking gab. Sihanouk war bis zum Putsch des US-Günstlings Lon Nol (18. März 1970) Staatsoberhaupt von Kambodscha. (Tonbandmitschnitt: Steve Heder/Newsweek)

„Die Vietnamesen (sind) alleine verantwortlich für den Krieg, sie sind verantwortlich für die Aggression, sie sind verantwortlich für den Überfall auf Kambodscha und sogar für den Sturz der Regierung Pol Pots.

... Wer weiß schon, wer die „Einheitsfront für Nationale Rettung“ ist, und wer kennt die angeblichen Führer dieser Front. Sie sind völlig unbekannt. Wer sind sie? Ich kenne sie nicht. Der Vorsitzende heißt Heng Somrin. Wer ist Heng Somrin? Die Vietnamesen geben zu, daß die „Einheitsfront“ vor zwei Monaten, vor einem Monat gegründet worden ist. Woher hat sie die schweren Waffen, wie konnte sie eine so große Armee in nur einem Monat ausbilden, wie konnte sie Piloten mit hohem technischem Wissen haben und woher hatte sie die Artillerie? Nur gut ausgebildete Mathematiker können diese Geschütze bedienen. Sie sehen also, es ist ein ganz, ganz klarer Fall von Aggression. Es ist also die Pflicht der Vereinten Nationen, wenn sie ihrer Charta treu bleiben wollen, nicht nur die des Sicherheitsrates, sondern aller Mitglieder der Vereinten Nationen, Vietnam zu verurteilen, Vietnam aus den Vereinten Nationen auszuschließen oder Vietnam zu zwingen, sich vollständig aus Kambodscha zurückzuziehen und Kambodscha seine Probleme alleine, ohne fremde Einmischung lösen zu lassen.

Der frühere kambodschanische Staatsoberhaupt Prinz Sihanouk hat in seinem neuesten Buch (geschrieben im Mai 1979, liegt bisher nur auf Französisch vor: "Norodom Sihanouk, Chroniques de guerre . . . et d'espoir," Paris 1979) zahlreiche bisher unbekannt Details aus seinen persönlichen Erfahrungen über die vietnamesisch-kambodschanischen Beziehungen veröffentlicht. Sihanouk ist zwar kein "neutraler" Beobachter, aber in seinem jüngsten Buch scheut er sich nicht, auch die Auswüchse des Khmer-Nationalismus zu benennen und mit einigen Fakten zu belegen. Die "Schuld" am militärischen Konflikt zwischen den Roten Khmer und den vietnamesischen Kommunisten sieht Sihanouk auf beiden Seiten. Die gewichtigeren Vorwürfe – soweit man überhaupt solche Abwägungen machen kann – richtet er gegen die Roten Khmer und die Regierung von Pol Pot nach 1975. Für sie waren die Vietnamesen sogar während des Krieges gegen die Amerikaner der Feind Nr. 1,

vor allem sie haben den Konflikt geschürt:

1978 hat mir Khieu Samphan, mein Nachfolger als kampucheanische Staatsoberhaupt, versichert, daß sogar mitten im Krieg gegen die Amerikaner (1970-75) die kommunistische Partei und die Revolutionsarmee von Kampuchea immerzu Nordvietnam und seine Armees als Feind Nummer eins betrachtet haben, während der amerikanische Imperialismus nur als zweitrangiger Feind Kampuchreas galt. Khieu Samphan präzierte: 'Die Amerikaner konnten unser Land nur oberflächlich erobern, während Hanoi es schlucken würde, dutzende Millionen zur vollständigen Kolonisierung schicken und unsere acht Millionen Kampucheaner zu einer ethnischen Minderheit degradieren würde. Das wäre das Ende für unsere Rasse und nationale Souveränität. (S. 56/57) Das Kampuchea, das sich 'demokratisch nannte, folgte am 17. April

1975 der 'Republik Khmer.' Wie verhält es sich gegenüber dem kommunistischen Vietnam, das gleichfalls als Sieger aus dem Kampf gegen die Amerikaner hervorgegangen ist?

– Schon seit 1973 haben die Roten Khmer zehntausende im Land lebende Vietnamesen massakriert, und beschuldigt, 'Spione' und eine 'fünfte Kolonne' der vietnamesischen Kommunisten zu sein. Die übrigen vietnamesischen Bewohner haben sie nach Südvietnam vertrieben.

– Sie haben in großen Maßstab pro-vietnamesische kampucheanische Kommunisten umgebracht, auch Rote Khmer, die als pro-vietnamesisch verdächtigt wurden.

– Sie haben dem kampucheanischen Volk befohlen, den Vietnamesen nichts mehr zu verkaufen, ihnen in keiner Weise mehr zu helfen, und das mitten im 'gemeinsamen Kampf' gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Vasallen in Saigon und Phnom Penh.

– Nach der Unterzeichnung des amerikanisch-vietnamesischen Vertrages (Henry Kissinger - Le Duc Tho, 1973 in Paris) haben die Roten Khmer den in Kampuchea stationierten Vietminh und Vietcong den Befehl gegeben, alle Basen und 'Pisten' aufzugeben und das Land zu verlassen. Die Einheiten der Roten Khmer wollten die vietnamesischen Einheiten auch 'bestrafen,' weil 'die Regierung in Hanoi die gemeinsame Sache verraten hatte.'

– Nach dem Sieg am 17. April 1975 versuchten die Roten Khmer auch, einen Teil von Kampuchea Krom (Südvietnam) zu besetzen, wobei sie schreckliche Grausamkeiten gegen eine große Zahl vietnamesischer Zivilisten begingen...

– Die Regierung Pol Pot hat alle Vorschläge zu einer friedlichen Regelung zurückgewiesen, die bei mehreren Gelegenheiten (speziell am 5. Februar 1978) von der Regierung in Hanoi gemacht wurden." (S. 112/113)

Den wesentlichen Vorwurf, den Sihanouk den Vietnamesen macht, ist das Bestreben, die Zwistigkeiten mit Kampuchea immer gleich mit der Waffe lösen zu wollen: Nach dem Sieg 1975 beeilten sich die vietnamesischen Truppen, einige umstrittene Inseln vor der Südküste vorerst einmal zu besetzen, 1977 nach den Grenzkonflikten besetzte Vietnam einen breiten Gebietsstreifen entlang der gemeinsamen Grenze und rückte nur deshalb nicht nach Phnom Penh ein, weil der erwartete Volksaufstand ausblieb und Vietnam die öffentliche Weltmeinung fürchtete. Im zweiten Blitzkrieg 1978 setzten die Truppen Hanois schließlich pro-vietnamesische Marionetten in Phnom Penh ein.

Der chinesisch-vietnamesische Grenzstreit

Zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und der Volksrepublik China gibt es vor allem zwei, "nationalistisch" belastete Problemkreise: die Frage der umstrittenen Grenzen und das Problem der "Hoa" (Auslandschinesen) in Vietnam. Die Grenzziehung ist zwar durch die französisch-chinesischen Konventionen von 1887 und 1895 (also wiederum koloniale Grenzen!) festgelegt, nur in einigen Details gibt es Unklarheiten, bzw. stimmen die seit langem bestehenden Defacto Grenzen nicht mit diesem Abkommen überein:

– Bei der Landgrenze gibt es nur einige kleinere Unstimmigkeiten, z.B. den chinesischen Vorwurf an Vietnam, einige Grenzsteine versetzt zu haben, Uneinigkeit über den Grenzverlauf an Flüssen und über die Zugehörigkeit einiger weniger Dörfer.

– Nicht eindeutig definiert ist die See-

grenze im Gebiet des Golfes von Tonkin. Beide Staaten beanspruchen den Großteil des Meeresgebietes.

– Die Xisha-(Paracelsus-) und Nansha-(Spratly-) Inseln im Südchinesischen Meer sind zwischen den beiden Ländern umstritten. Historische Besitzverhältnisse geben beiden Staaten gewisse Ansprüche an den weitgehend unbewohnten Inseln. Chinesische Fischer haben die Inseln seit Christi Geburt besucht und vorübergehend bewohnt, Vietnamesen waren seit dem 17. Jahrhundert präsent. 1902 nahmen Mandschu Truppen einen Teil der Inseln in Besitz, 1930/32 übten die Franzosen Souveränitätsrechte aus (als deren Erben sieht sich jetzt Vietnam). Die Xisha Inseln wurden Anfang 1974 von Saigoner Truppen besetzt, aber sofort danach in einer Seeschlacht von China erobert, heute sind sie chinesisch verwaltet. Die Nansha-Inseln sind heute zwischen vier Regierungen geteilt, die alle Ansprüche auf die gesamte Inselgruppe erheben: Die nationalchinesische Taiwanregierung kontrolliert eine Insel, die Philippinen halten vier besetzt, Vietnam kontrolliert sieben und Peking acht Inseln. Auf den Landkarten der Volksrepublik China ist das gesamte Meeres- und Inselgebiet bis vor die Küste Malaysiens als chinesisch eingezeichnet. Gegen den vietnamesischen Anspruch spricht vor allem die Tatsache, daß die Regierung in Hanoi chinesischen Ansprüchen auf die Inselgruppen bis 1974 niemals öffentlich entgegengetreten ist.

Das "Hoa" Problem

In Vietnam lebten bis 1977 nach zurückhaltenden Schätzungen mindestens eine Million Chinesischstämmige, wahrscheinlich sogar wesentlich mehr, einige hunderttausend davon im Norden, die meisten jedoch im 1975 eroberten Süden. Die chinesischen Familien sind schon vor Generationen nach Vietnam gekommen. Vor allem im Süden war ein großer Teil von ihnen Händler, meist Kleinhändler, im Norden stellten die Hoas jedoch auch Landarbeiter (in den Plantagen), Bergleute (vor allem in den Kohlebergwerken), Hafentarbeiter und Intellektuelle. Die Tatsache, daß etwa im Norden des wiedervereinigten Vietnams die Kohleproduktion und Hafenskapazitäten wegen des Weggangs der Chinesen drastisch gefallen sind, belegt, daß der Exodus der Hoa keinesfalls nur auf kapitalistische Elemente im Süden beschränkt war. Die Ursachen des Massenexodus seit Anfang 1977 waren sicherlich mehrfach:

– Zum einen waren es tatsächlich jene Leute, die durch die Abschaffung des Privathandels im Süden vor die Alternative gestellt waren, sich in unwirtschaftlichen ländlichen Gebieten anzusiedeln oder ohne Existenzgrundlage zu sein.

– Nach der immer deutlicheren Zu-

wendung Vietnams zur Sowjetunion entstand unter den Auslandschinesen die Angst, Opfer einer anti-chinesischen Welle zu werden, so wie es schon zuvor in anderen Ländern (Indonesien, Malaysia) passiert war. Vietnam wirft der chinesischen Regierung vor, solche Ängste bewußt geschürt zu haben.

– Vietnam änderte seine Haltung in der Frage der Staatsbürgerschaft: Im Süden wurden die von Ngo Dinh Diem in den fünfziger Jahren zwangseingebürgerten Chinesen nicht, wie versprochen, vor eine freie Wahl der Staatsbürgerschaft gestellt, im Norden wurde Druck auf die Bewohner chinesischer Abstammung ausgeübt, sich als Vietnamesen zu erklären.

– Das wirtschaftliche Motiv war sicherlich nur bei einem Teil der flüchtenden Hoas aus dem Süden maßgebend, für die rund 200.000, die in die Volksrepublik China geflohen sind, kann man dies kaum annehmen.

Der Indochinakonflikt, vor allem der Konflikt zwischen China und Vietnam, aber auch zwischen Vietnam und Kambodscha ist nicht nur ein Produkt von konkreten Zwistigkeiten, die Kolonialismus und Befreiungskrieg hinterlassen haben, sondern auch Folge eines gespannten Nachbarschaftsverhältnisses, des Aufeinandertreffens unbewältigter Nationalismen. Während sich die Grenzkonflikte, das Problem der Auslandschinesen, ökonomische Bedingungen und Abhängigkeiten von den Großmächten ziemlich genau analysieren lassen, so ist ein bloß historisch begründeter Nationalismus viel schwerer auszumachen, weil er vor allem in irrationalen "Ängsten", und subtilen Andeutungen zum Ausdruck kommt und sich nicht immer in die Logik politischer und ökonomischer Mechanismen einordnen läßt. Die Folgen sind schwerwiegend, weil es ein nicht bewältigter Nationalismus ist: Seine Wurzeln und seine Funktion werden von den jeweiligen Machthabern nicht aufgedeckt, sondern er wird von ihnen benützt: das gilt für China ebenso wie für Vietnam und Kambodscha, obwohl es Unterschiede im Charakter des jeweiligen Nationalismus gibt.

helmut opletal ■

Kambodscha: die Dynamik des Terrors

von R.P. Paringaux

(erschienen in "Le Monde" am 22., 23. und 25. Dezember 1978. Auszugsweise Übersetzung von Roman Hummel)

Die Regierung in Phnom-Penh verbreitet außer Attacken gegen Vietnam auch optimistische Nachrichten über die innere Situation. Wenn man diesen Erklärungen glaubt, baut Kambodscha rapide eine demokratische Gesellschaft auf, die Wirtschaft entwickelt sich.

Da unser Korrespondent in Bangkok kein Visum für Phnom-Penh erhalten hat, hat er soeben eine lange Untersuchung in thailändischen Lagern durchgeführt, wo zehntausende Flüchtlinge dahinvegetieren. In einer Artikelserie präsentiert er eine Synthese der Augenzeugenberichte, die er dort erhalten hat.

Bangkok. – Pol Pot, Premierminister und ZK-Sekretär der KP des demokratischen Kampuchea (Kambodscha), erklärte am 27. September 1978 aus Anlaß des 18. Jahrestages der Partei-gründung: *"Der Lebensstandard von mehr als 90% der Bevölkerung, eingeschlossen der armen Landbevölkerung, der armen mittleren Bauern und der anderen Arbeiter, hat sich wie niemals je zuvor erhöht. Adäquate Lebensbedingungen sind diesen Personen vollkommen garantiert. (...) Nun, ist das System gut oder schlecht? Ist es gerecht oder ungerecht? (...) Einzig das kambodschanische Volk hat das Recht darüber zu urteilen und es hat die Gerechtigkeit dieses Systems erkannt. Deshalb unterstützt und verteidigt es das System. Es hat klar erfaßt, daß es sich um jenes wahrhaft demokratische System handelt, wovon es lange geträumt hat. Ein System, das die Rechte und demokratischen Freiheiten der Armen, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, sowie diejenigen der anderen Klassen garantiert."*

Diese idyllische Schilderung findet sich in den Augenzeugenberichten nicht wieder. Jene, die wir hier wiedergeben, ausgewählt unter zahlreichen fast inhaltsgleichen anderen, geben das Bild eines einheitlich terroristischen Systems. Dennoch stellt man beträchtliche Unterschiede hinsichtlich Zeit und Ort sowie Alter und Klassenzugehörigkeit der

Augenzeugen fest, ebenso wie hinsichtlich der Organisationsfähigkeiten und der Launen der Machthaber seit Ende 1975.

Wir kommen nicht im Detail auf jene Maßnahmen ohnegleichen zurück, wie sie die Deportation am 17.4.1975 von Millionen Leuten, die in den Städten des proamerikanischen Lon-Nol-Regimes lebten, darstellt. Man weiß um den Preis wievieler Leiden, Trennungen und Toten hunderttausende Familien aufs Land getrieben wurden. Ein Teil von ihnen hat zu Fuß ihre Ursprungsdörfer erreicht, wo die Familien wieder seßhaft gemacht und zur Arbeit geschickt wurden. Tausende andere, die auf dem Lande rund um Phnom-Penh Asyl gefunden hatten, wurden nach und nach bis Dezember in Gruppen zusammengefaßt und auf Lastwagen und in Zügen in die Ebenen und Wälder von Pursat, von Battambang, von Sison, Oddar-Meanchey und Siem-Rap im Westen, Norden und Nord-westen gebracht. Sie wurden auf bestehende Dörfer und Baulager verteilt, welche oft in der Einöde der entlaubten Zonen lagen, um hier mit rein gar nichts, mit den nackten Händen, die den Pflug ziehen, den Boden wieder aufzubereiten. Unterernährt und unterjocht von einer Diktatur, die von einer Minderheit von Kadern und Soldaten der "Angkar" – einer anonymen Organisation, hinter der sich die Kommunistische Partei verbarg – eingesetzt worden war. Tausende anderer Familien wurden in den Süden und Osten des Landes dirigiert. Viele von ihnen flüchten nach Vietnam, kaum nach Thailand, wie die Flüchtlinge aus dem Westen und Norden.

Wenn man sie fragt, erfährt man, daß etliche von ihnen desorientiert, auf der Straße stehend, unfähig, sich den Fortgang der Ereignisse vorzustellen, und von den Roten Khmer vom nahen Bevorstehen amerikanischer Luftangriffe überzeugt, ihre Identität den Kontrollpostbeamten auf der Straße oder in den Dörfern preisgegeben haben.

Zum Beispiel in Kien-Svay, nahe von Phnom-Penh, einige Tage nach der Eroberung der Hauptstadt, haben Kader eine Massenansprache gehalten, Milde versprochen und die Offiziere aufgefordert, mitzukommen, "um den Prinzen Sihanouk am Flughafen zu empfangen." Viele sind gegangen und verschwunden. Es scheint, daß die ausführlich beschriebenen Massaker zu dieser Zeit und in den folgenden Wochen hauptsächlich gegen Offiziere, Polizisten

und hohe Funktionäre des alten Regimes gerichtet waren. Ab 1976, als die Bevölkerung über das ganze Land verteilt war, hat das Regime in einer Situation des allgemeinen Notstandes die totale Kollektivierung mit Ausnahme jener Gebiete beschlossen, die vor dem April 1975 "befreit" worden waren. In den Baulagern, besonders in der Region Pursat sind zahlreiche Personen an Hunger gestorben, an Erschöpfung und an Krankheiten, erzählen Entronnene.

Man stellt, quer durch alle Augenzeugenberichte einen Stabilisierungsversuch 1976 und 1977 fest, was die Angkar allerdings nicht hinderte, langsam aber sicher, von einem Dorf zum anderen, nach "Volksfeinden," "Agenten des Imperialismus und Kolonialismus" und "schädlichen Elementen" zu fahnden. Die Zeit eilt nicht: sie sitzen in der Falle und erschöpfen sich in der Arbeit, um das Demokratische Kampuchea aufzubauen. Die Jugend, in Brigaden zusammengefaßt, ist weniger von Verdacht und Haß bedroht, der alle Erwachsenen des "Neuvolkes"* trifft die von der Definition her vergiftet und unverbesserlich sind, verdammt zur Arbeit, zum Schweigen und zum langsamen Verschwinden, wenn sie sich nicht anpassen. Die ungeheure Macht, die den Kadern und den Dorf- und Kooperativenvorstehern gegeben ist, die oft Analphabeten sind, ist auf die verschiedensten Weisen spürbar. Die Allmacht und die Unwissenheit verändern oft die brieflich gegebenen Weisungen, die von oben kommen. Sie sind außerdem beliebig von den Kompetenzen und vom Charakter abhängig. Manche Machthaber sind "grausam," andere relativ tolerant, erzählen die Flüchtlinge.

Die Augenzeugenberichte, die nur einen Teil des ganzen wiedergeben, und von einem Dorf zum anderen in etlichen Punkten variieren, erwähnen Irrtümer und Exzesse während der Periode, die der Wendung von Ende 1977 vorangeht: Nach der Entdeckung von Komploten provoziert der offene Krieg mit Vietnam nun eine innere Verschärfung und eine Beschleunigung der Säuberungen, einen Austausch zahlreicher Kader und den Zusammenbruch der Fluchtversuche.

Mit Beginn des Jahres 1976 sind alle alten Strukturen zusammengebrochen.

*Bewohner des erst 1975 befreiten Gebietes, der Übersetzer

Um die Widersprüche zwischen Stadt und Land radikal zu lösen und den Egalitarismus bis hin zu den Wohnungen durchzusetzen, wurden etliche alte Dörfer zerstört, andere sind verlassen, bleiben als Geisterstädte zurück und warten darauf, in einer späteren Phase vielleicht wiederbevölkert zu werden, während einige Meter daneben eine neue Siedlung aus Hütten steht, die die Khmers Khtom (Unterstand) nennen. Das Jahr II des Demokratischen Kampuchas ist jenes des Beginns der neuen Agrarstrukturen, jenes der großen Baulager, die dazu bestimmt sind, mit Hilfe der Wasserkraft die Reiskulturen umzuformen. Acht Millionen Männer, Frauen und Kinder, ein ganzes "befreites" Volk, aber niemand hat ein Wort zu den Umgestaltungen, die in seinem Namen gemacht werden, und zur gesteigerten Arbeitsleistung zu sagen. Um vorwärts zu schreiten, hat die Angkar Methoden gewählt, die vor zehn Jahrhunderten von den Feudalherrschern Angkors gebraucht wurden, die über ein Volk von Sklaven herrschten.

Ende September 1977 erfuhr das Khmervolk, daß es von einer kommunistischen Partei regiert wird. Es erfuhr zum selben Zeitpunkt von der Existenz Pol Pots. Bis März 1976 waren die einzigen Namen von Führern, die bei Zusammenkünften erwähnt wurden, jene der beiden bekanntesten Verantwortlichen aus dem Widerstand: Khieu Samphan und Hu Nim. Der erste wurde im April 1976 Staatschef, nach dem "Rücktritt" des Prinzen Sihanouk; der zweite, ehemals Minister für Information, ist seit Anfang 1977 verschwunden; er wurde in der Folge der blutigen Kämpfe innerhalb der Spitze der KP eliminiert. Pol Pot, Premierminister, erfuhr damals einen längeren Rückzug "aus Gesundheitsgründen", bevor er triumphal zurückkehrte.

Die Säuberungen folgten in Phnom Penh, im Nordosten und Nordwesten der Entdeckung mindestens eines von Offizieren angezettelten Komplotts. Nach verschiedenen Umsturzversuchen schob das Regime die Verantwortung dafür den Vietnamesen zu, "die im geheimen Einverständnis mit den Agenten des CIA" operieren. Was in den Erzählungen durchklingt, ist nicht nur die Verschärfung der Maßnahmen gegenüber Verrätern, Spionen und Komploteuren, sondern auch, so scheint es, gegenüber Soldaten, Funktionären und Intellektuellen, die ihr Leben nach dem April 1975 gerettet hatten, gegenüber allen jenen, die, wenn sich die Situation für das Regime verschlimmerte, die Führung übernehmen und in Verbindung mit dem Ausland oder mit Widerstandskämpfern aus dem Innern treten könnten. Ende 1977, Anfang 1978

nahm die Dynamik des Terrors, die seit drei Jahren niemals wirklich gewichen war, an Schärfe zu.

Diese Entwicklung erhellt besonders ein Kommentar von Radio Phnom Penh vom Juli 1978: "Angesichts einer solchen Situation hütet sich das Volk der Arbeiter, der Kollektivbauern und der revolutionären Armee wohl, in den Pazifismus, Ökonomismus und Subjektivismus zu verfallen. Es entfachte umso mehr das Feuer des Klassenhasses und vermehrte noch seine revolutionäre Wachsamkeit, um alle Manöver und Aktivitäten der Feinde von allen Seiten in Stücke zu hauen."

In den Berichten über das Jahr 1976 wird auf den Austausch von Kadern hingewiesen, von Dorfvorstehern, die oft nur einfache Bauern des "Altvolkes" sind, die mangels anderer zeitweilig befördert wurden. Aber dabei handelt es sich nicht um einen umfassenden Plan, wie das in der zweiten Hälfte des Jahres 1977 und besonders zu Beginn 1978 augenscheinlich der Fall war. Die Auswechslung alter Kader scheint zu diesem Zeitpunkt allgemein: "Sie verschwanden immer in der Nacht," sagte ein Flüchtling.

Die Neuen sind jung und kommen in der Mehrzahl aus Kompong-Chnang (westliche Zentralregion), das das Hauptzentrum zur Instruktion von Kadern und Soldaten geworden ist; andere kommen aus dem Süden und dem Südosten. Unter allen befragten Flüchtlingen ist die Krankenschwester Ith Sophol die einzige, die in Prek-Norin 1977 Zeugin einer Exekution von Kadern geworden ist. Der Vorsteher einer Kooperative, sein Stellvertreter und der Distriktschef wurden von der Bevölkerung mit Bambusstöcken niedergeschlagen und ihnen daraufhin die Bäuche aufgeschlitzt. Erklärung der Henker: "Das waren Verräter." Ein anderes Mal wurde in diesem Dorf eine ehebrecherische Frau, Mutter zweier Kinder, öffentlich durch einen Schlag mit einem Bambusstock auf den Nacken getötet, nachdem öffentlich darüber abgestimmt worden war. Als abschreckendes Beispiel.

Ta Klot, ein alter Elefantenführer aus der ethnischen Minderheit der Samre, transportierte mit ungefähr zwanzig "Kollektivelefanten" Nahrungsmittel, um die Militärposten im Kardamonnmassiv zu versorgen. Er sagt, daß er zweimal 1976 in der zerstörten Ortschaft von Veal-Veng die Körper einmal von drei und einmal von acht Personen (zwei Familien) gesehen habe, die des "Verrats" angeklagt waren. Sie waren ausgesetzt worden, ebenfalls als abschreckendes Beispiel.

Die neuen Kader bestehen zu einem hohem Prozentsatz aus jungen Frauen. Denn die Männer werden für die Armee

gebraucht. Aber seit dem Ende des Krieges werden nicht mehr alle eingezogen. Diese Zeugenaussagen stimmen mit den offiziellen Erklärungen überein: "Wir haben keinerlei Sorge, daß die Kräfte für unsere Armee versiegen könnten, denn die Bevölkerung der armen Klassen ist sehr zahlreich." (Pol Pot, 17.1.1978).

Eine andere Konsequenz des Krieges und des Rassenhasses, der es begleitet: die Ankurbelung einer Jagd auf alle Vietnamesen und auf jene, die mit Vietnamesen näher oder weiter verwandt sind.

In Phum-Taloh sollen Kader gesagt haben: "Aus den Youns (abwertende Bezeichnung für Vietnamesen) werden wir Dünger machen." "Anfang 1978," sagt San Kanada, ein Flüchtling, "sind ungefähr dreißig Familien vietnamesischer Abstammung außerhalb des Dorfes exekutiert worden. Ich habe den Graben von 15 mal 2 Metern gesehen, wo ihre Kadaver in Wasser weichten, dem Gräser und Kuhmist beigegeben waren, um Jauche daraus zu machen. Man düngte damit."

Eine Geschichte, die unglaublich scheint. Aber dennoch, von einem Lager, das mehrere hundert Kilometer von demjenigen entfernt ist, von dem der Zeuge gesprochen hat, erzählt ein Flüchtling, der aus einer ganz anderen Gegend Anfang November angekommen ist: "In meinem Dorf wurden ab Juli 1977 jene, die an Krankheiten oder an Altersschwäche starben, in einem Bassin von 5 mal 3 Metern eingeweicht. Das Wasser, in welchem sie faulten, wurde in ein kleineres Bassin abgeleitet. Darin ließ man während einer Nacht Bündel von jungen Reispflanzen, die zum Umsetzen bestimmt waren, weichen, um sie zu kräftigen. Das ganze stank sehr übel, aber die Leute, die mit dieser Aufgabe betraut wurden, durften nicht ablehnen. Es gab nicht einmal Seife, um sich die Hände zu waschen." Er fügt hinzu: "Ab August 1978 befahlen uns die Roten Khmer, die Gräber im Distrikt von Phnom-Srok zu öffnen. Es gab eigene Mannschaften, die mit dieser Arbeit betraut wurden. Mehrere Male haben sie am selben Ort einen ungefähr 1,5 Meter hohen Knochenhaufen verbrannt. Man hat gesagt, daß die Asche als Düngemittel dienen soll."

Die Verschärfung des Kurses machte sich in neuem Verschwinden von Militärangehörigen, Funktionären und Intellektuellen des alten Regimes in den Nord- und Nordwestzonen, aus denen die Flüchtlinge kommen, bemerkbar. Die angeführten Kategorien von Personen haben allen Grund zu flüchten. Zahlreiche Khmers aus dem Westen und dem Nordwesten versuchten Thailand zu erreichen – nicht nur jene, die tatsächlich in Beziehung zum alten Regime

gestanden waren, fühlten sich bedroht, sondern auch Bauern und Handwerker ohne politische Vergangenheit. Die dafür genannten Gründe: exzessive Verschlimmerung der Arbeitsbedingungen und der Grausamkeit; Zerstörung des Familienlebens; Mangel an Nahrungsmitteln und Versorgung und, besonders seit Anfang 1978, Zunahme der Säuberungen und des Verschwindens.

Wohl wenige erreichen ihr Ziel. Die Verluste sind hoch. Die Leute brechen allein oder in kleinen Gruppen auf, oft sehr schnell, da sie sich bedroht fühlen oder man sie gewarnt hat, daß sie "auf der Liste stehen." Sehr häufig lassen sie ihre Familie zurück, die sie manchmal nicht einmal benachrichtigen.

einem Monatsdurchschnitt von ungefähr fünfzig. Die Fluchtversuche von Kambodschanern sind aber tatsächlich bei weitem höher.

Außer der Wachsamkeit der Roten Khmer verbinden sich zwei relativ neue Faktoren damit, welche die Zahlen der Guerillatätigkeit der Kommunistischen Partei Thailands (der chinesischen Linie treu geblieben) entlang eines bedeutenden Grenzabschnittes und die Ende 1977 durch Bangkok etablierte Politik des "Widerspruchs", eine Politik, die durch die Wiederverbesserung der Khmero-thailändischen Beziehungen noch verstärkt wird, die vor allem darauf gerichtet ist, den Ein-

ter den kambodschanischen Flüchtlingen hervorrufen.

Allerdings gibt es auch Zusammenstöße, wie die Exekution während des Sommers 1977 von Gruppen von "Spionen" aus den Roten Khmer in dem von Kambodschanen blutgetränkten Boden der Grenzgebiete. Es ist leicht möglich, daß es sich dabei in einigen Fällen um tragische Mißverständnisse gehandelt hat.

Auf diejenigen, die entkommen, wartet noch das Gefängnis – manchmal mehrere Monate – das Leben in den Lagern in Gesellschaft von mehr als 15 000 Khmer-Flüchtlingen. Außerdem gibt es noch 150 000 Flüchtlinge in Vietnam.



Khieu Sampan.



Pol Pot

Sehr selten, so scheint es, ist der Aufbruch bedeutenderer Gruppen. Im Juli 1978 sind von Kach-Boteh (Pursat) 162 Personen geflüchtet. Zwei Tage später ist die Kolonne in die Hände der Roten Khmer gefallen, die das Feuer eröffneten. Seit Dezember sind neun Überlebende in zwei Gruppen (zu 3 und zu 6, darunter eine junge verletzte Frau) in zwei Flüchtlingslagern, die ungefähr hundert Kilometer von einander entfernt liegen, eingetroffen. Die Grenzüberschreitung ist mörderisch. Die Ziffern des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen belegen einen starken Rückgang des Flüchtlingsstromes für 1978 mit

fluß Vietnams in dieser Region zurückzudrängen.

Die Guerilleros der KPTH operieren von ungefähr zwanzig Nachschubbasen auf kambodschanischen Territorium entlang der Grenze. Sie operieren auch auf thailändischer Seite, in Dschungelgebieten, in Front zur königlichen Armee, der Grenzpolizei und den dörflichen Kräften der Selbstverteidigung. Diese bewaffneten Gruppen legen jene Minengürtel und verschiedene Fallen aus gespitztem Bambus, die hohe Verluste un-

Die Angkar sieht alles, weiß alles und erklärt sich in allen Dingen für "gerecht" und "weitblickend." Dennoch liefern ihre Vollstrecker oftmals den Beweis von Blindheit und von Planlosigkeit in der Praxis. Das System scheint in der Verwirklichung seines revolutionären Projektes von wachsender Paranoia befallen zu sein. Die "Reaktionäre," "Spione," "Komplotteure" und "Agenten im Solde des Feindes," selbst der Kampf um nationale Unabhängigkeit können für sich allein, und dies seit dreieinhalb Jahren, das Vorhandensein dieses Minotaurus nicht rechtfertigen, der seit Ende 1977 darangeht, die Maske fallen zu lassen und in den Krieg zu schlittern.

REVOLUTIONÄRE GEWALT IN EINEM VOLKS-KRIEG

Malcolm Caldwell

Der Sieg der Volksbefreiungsarmeen in Südvietnam und Kambodscha, der im April 1975 die Welt erschütterte, provozierte, wie vorauszusehen war, eine Unzahl von schmerz erfüllten Beschuldigungen und Voraussagen von „kommenden Blutbädern“ in den eben befreiten Ländern Indochinas. Dies zu einer Zeit, wo noch niemand in der Lage ist, auch nur überschlägige Statistiken über die Anzahl der Opfer aufzustellen, die von den Amerikanern und ihren Marionetten getötet, verstümmelt, beraubt, zu Waisen oder heimatlos gemacht worden sind. Die Zahl beläuft sich sicher auf -zig Millionen, abgesehen von den Verwüstungen von Sachwerten und der Umwelt einerseits sowie andererseits der mühsam geschaffenen Bauten und Produktionsanlagen in Nordvietnam durch die fortwährenden amerikanischen Bombardierungen (1). Wir dürfen es voller Vertrauen dem Urteil der Geschichte überlassen zu entscheiden, auf welcher Seite in diesem blutigsten aller Kriege das Recht war. Hier möchte ich einige allgemeine Punkte und Beobachtungen festhalten.

Der Ausgangspunkt muß natürlich die Theorie von der revolutionären Gewalt selbst sein. Dazu finden sich einige Beispiele in den Schriften derer, die selber einen Volkskrieg geführt und daraus theoretische Schlußfolgerungen gezogen haben – vor allem Mao Tse-tung, General Giap und andere Führer der großen asiatischen Revolutionen unseres Zeitalters: der Wißbegierige sollte sich zunächst auf diese Texte beziehen (2). Als nächstes prüfen wir die Praxis des Volkskriegs, indem wir drei Arten von Quellen untersuchen: erstens die Aussagen von Teilnehmern, zweitens die Aussagen von sympathisierenden Beobachtern und drittens die Ansichten von „Experten“ der Aufstandsbekämpfung. In der ersten Gruppe besitzen wir das Zeugnis solcher erfahrener Revolutionäre wie Kim San (3). In der zweiten können wir zu klassischen Quellen wie Jack Belden und Egbal Ahmad greifen (4). In der dritten, mit besonderem Bezug auf den Vietnamkrieg, läßt sich Douglas Pike zitieren (5). Schließlich gibt es Berichte über die unmittelbaren historischen Folgen von Revolutionen, die im Volkskrieg erkämpft worden sind.

Ich glaube, es ist nicht nötig, hier theoretische Schriften zu erläutern, deren Aussage klar ist: Guerillas, die einen Volkskrieg führen, können nicht ohne die freiwillig vom Volk geleistete Hilfe überleben (6).

STETS NACHSICHT

Alle drei Arten von Quellen über die Praxis des Volkskriegs stimmen darin überein, daß von den Befreiungsarmeen Gewalt gegen die Bevölkerung vermieden wurde. So zeigt Kim San auf, wie die Partei bei vielen Gelegenheiten die Massen zurückhielt und damit ihren Feinden praktisch vergab, diese aber einfach zurückkamen, um sie zu vernichten. Aus Kanton berichtet er: „Wären die Arbeiter nicht diszipliniert geblieben, hätten sie leicht ihre Feinde vernichten können, aber sie blieben bei ihrer Weisung, keine Zivilbevölkerung zu töten. Im Gegensatz zu solcher Großzügigkeit und Disziplin stand die Orgie von Brutalität, die sie von der Reaktion drei Tage später erlitten, als fast siebentausend Menschen getötet wurden!“ (7) Als er von der Wut der ungehemmten Rache der Bauern spricht, bemerkt er: „die Kuomintang tötete die Besten und Mutigsten des chinesischen Volkes,

die gesellschaftlich Nützlichen, während die Revolutionäre die Entarteten und Schmarotzer, die gesellschaftlich Schädlichen töteten.“ (8) Das ganze Buch zeugt von dem Aufbruch der Gefühle, der durch die Teilnahme an einer Revolution in einem sensiblen Menschen entsteht, der für den Fortschritt der Sache des Volkes und menschenfreundliche Werte eintritt. Die Erfahrung der revolutionären Bewegung in Indonesien illustriert sehr deutlich die Alternativen – und deren Konsequenzen –, wenn man sie mit der revolutionären Bewegung in Indochina vergleicht: auf der einen Seite gnadenlose Dezmierung und in der Folge faschistische Unterdrückung und Verewigung der Armut der Bauern; auf der anderen erfolgreiche Landreform und steigende Produktion bei größerer Gleichheit in der Verteilung der Produkte. (9)

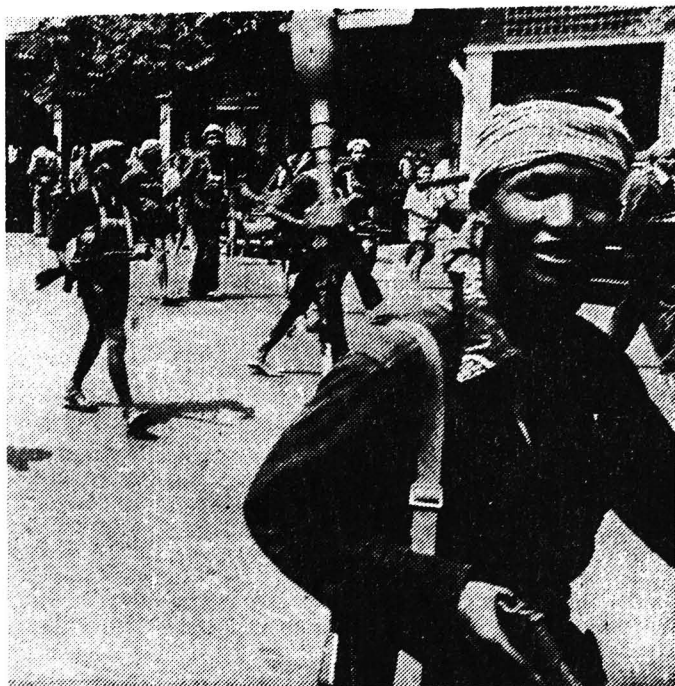
Jack Belden begleitete die Chinesische Volksbefreiungsarmee auf dem Höhepunkt ihres Kampfes gegen die Kuomintang und hatte reichlich Gelegenheit, das Verhalten der Befreiungskräfte zu beobachten. Seine Aussage ist eindeutig und läßt keine Zweifel zu: größte Bemühungen wurden darauf verwendet, daß es keine unnötige oder ziellose Gewalt gab. Grundsätzliches Handlungsprinzip war nämlich, daß niemand zur Besserung unfähig sei, daß selbst der schwärzeste Reaktionär sich eines Tages ändern und der Gemeinschaft nützlich sein könne. Er betont den ethischen Gehalt des Mao Tse-tung-Denkens und dies ist ein Gesichtspunkt, der seitdem immer wieder hervorgehoben wurde. Dabei sollten wir immer im Auge haben, daß der Feind, den die Volksbefreiungsarmee bekämpfte, ein raubgieriger Faschismus von der grausamsten und gefühllosesten Art war. (10) Über Mao selbst schreibt Han Suyin, daß er sehr früh in seiner revolutionären Karriere „den Unterschied formulierte zwischen der Vernichtung einer Klasse mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mitteln und der physischen Vernichtung von Menschen, die er verabscheute.“ (11) Auch Egbal Ahmads Aufstellung der Grundprinzipien und Taktik des Bürgerkriegs (er kämpfte in der Algerischen Revolution) gibt in Kürze ein unwiderlegliches Beispiel hierfür. (12)

BEHUTSAMER EINSATZ VON GEWALT

Es ist aufschlußreich, sich den reaktionären „Experten“ wie Pike zuzuwenden. Anders als die Propagandisten, Politiker und Schreiberlinge der bürgerlichen Presse müssen diese „Experten“ realistische Einschätzungen geben, um ihren Brötchengebern im Pentagon und im CIA von irgendeinem Nutzen zu sein. In seinem Hauptwerk kommt Pike zu folgenden Schlüssen: „Terror wurde angewendet, um

Kräfte, die zwischen ihm (dem Vietkong) und seiner Herrschaft über die ländlichen Gebiete standen, darunter Regierungsbeamte, unschädlich zu machen. Aus diesem Grunde gab es wenig Terrorismus in Saigon und praktisch überhaupt keinen, der sich gegen höchste Regierungsbeamte wendete. . . . Wir können nicht feststellen, ob Terror vom Vietkong zum Zweck der Stärkung der inneren Moral angewendet wurde, aber anscheinend war das nicht der Fall; die internen Dokumente, die sich mit Kritik und Selbstkritik des Gewaltanwendungsprogramms befassen, zeigen eine ziemlich weit verbreitete Abneigung seitens der Vietkong-Mannschaften gegen Terror. . . . Terror wurde vom Vietkong augenscheinlich auch nicht als Provokation be-

nutzt; wenigstens wurden niemals interne Dokumente entdeckt, die Kader dahingehend anwiesen; im Gegenteil, besonders die Kader im Bewegungskrieg wurden ermahnt, keinesfalls zuzulassen, daß Extremisten in der Menge irgendwelche Gewalt oder terroristische Akte begingen, die die Regierung provozieren oder gewaltsame Vergeltung rechtfertigen könnten. . . . Auch ging der Vietkong mit Gewalt nicht ziellos oder ohne zu unterscheiden vor. Im Gegenteil, Einzelne wurden nur nach sorgfältiger Auswahl getötet, z.B. wurde einem ermordeten Beamten ein Zettel an sein Hemd gesteckt, der erklärte, was für ein Verbrechen er begangen hatte. . . . Der Vietkong machte umfassende Anstrengungen, die sicherstellen sollten, daß es keine unbegründeten Tötungen gab; manchmal ging er so weit, daß er Flugblätter herausgab, die die Verantwortung für die Tötung Einzelner ablehnten und behaupteten, daß sie von Banditen getötet worden seien, die sich als Vietkong verkleidet hätten. (13) . . . Die Theoretiker des Vietkong betrachteten Terror als die Waffe des Schwachen, des Verzweifelten, des erfolglosen Guerilla-Führers. (14)''



Einmarsch von Truppen der Roten Khmer in Phnom Penh am 17. April.

So war es, und der Vietkong gewann!

Es besteht also eine außergewöhnliche Übereinstimmung der Aussagen über die Taktik des Volkskrieges hinsichtlich der bewußten Vermeidung von „Blutbädern“. Bevor ich diesen Aspekt des Themas verlasse, möchte ich mich mit den beiden immer wiederkehrenden Hauptargumenten derer befassen, die das Märchen vom „Blutbad“ verbreiten: die Toten bei der Landreform der Demokratischen Republik Vietnam 1953 – 1956 und das, was als Hue-Massaker bezeichnet wird. Beide wurden kürzlich in einer sehr guten Betrachtung von Noam Chomsky und Edward Hermann diskutiert. (15) Zum ersten gibt es eine ausführliche Untersuchung der Anschuldigungen und eine vernichtende Entgegnung von Gareth Porter. (16) Zum zweiten wird der Leser auf eine breit angelegte Analyse in der Dezember-Januar 1969-70-Ausgabe von „Vietnam International“ verwiesen. Was aus solchen Quellen mit großer Deutlichkeit hervorgeht, ist der Tatbestand einer systematischen, überlegten

Verdrehung der Fakten, um Propaganda zu machen, die die zahllosen Verbrechen der amerikanischen Führer gegen die Völker von Indochina abschwächen oder sogar rechtfertigen sollte.

MORALISCHE ÜBERLEGENHEIT

Ein wichtiger Punkt, den die meisten Beobachter und Kommentatoren übersehen, ist, daß die Vietnamesen sich ständig bemühten, eine klare moralische Überlegenheit über die imperialistischen Aggressoren herzustellen und zu behalten. Ich betone dies, weil der vietnamesische Kampf hierin einen deutlichen Kontrast zu anderen bewaffneten Kämpfen bildet, wie denen der Palästinenser und der Provisionals der IRA, um nur zwei zu nennen. Von Anfang an machten die Befreiungskräfte in Vietnam eine Unterscheidung zwischen dem amerikanischen Volk, eingeschlossen die amerikanischen Soldaten, und der Regierung und herrschenden Klasse Amerikas. Natürlich gab es innerhalb und außerhalb Vietnams genug Unterstützung, so daß der Vietkong leicht seine zahllosen Anhänger zu einer weltweiten Terrorkampagne hätte aufrufen können. Wie leicht wäre es für die vietnamesischen Kader gewesen, in die amerikanischen Erholungszentren einzudringen und die sich entspannenden amerikanischen Soldaten mit Maschinengewehrfeuer einzudecken! Was für stehende Ziele gaben die Touristen in Saigon ab! Wie einfach wäre es für den Vietcong oder seine ergebenen Anhänger in der weltweiten Solidaritätsbewegung gewesen, Bomben in Washington und Los Angeles zu legen, um amerikanische Frauen und Kinder zu zerfetzen!

Was die Japanische „Rote Armee“ auf dem Flughafen Lod tat oder was die Palästinenser bei den olympischen Spielen in München taten, hätte zur Mode werden und tausendfach von den vietnamesischen Genossen und ihren ausländischen Freunden begangen werden können, wenn sie es gewollt hätten. Sie wollten es aber nicht, und damit hatten sie nach meiner Ansicht völlig recht. Es war notwendig, daß die Befreiungsbewegung, je mehr die Amerikaner in ihrer Verzweiflung Zuflucht zum wahllosen Abschlagen der „gooks“ und „Schlitzaugen“ nahmen, desto gewissenhafter an ihrer Politik eines höheren moralischen Standpunkts festhielten. Der Protest der Vietnamesen war nicht weniger tief begründet und berechtigt als der der Palästinenser und nordirischen Katholiken, aber sie sahen darin keine Rechtfertigung dafür, amerikanische Zivilisten zu verstümmeln, zu blenden oder abzuschlachten; und noch viel weniger Angehörige von Nationen, die in ihrem Alltagsleben ohne Verbindung zum Krieg in Vietnam lebten. Überall sollten Revolutionäre den Vietnamesen hierin zustimmen und gleichzeitig andere Kampfmethoden verurteilen, die zu der moralischen Verkommenheit der Unterdrücker herabsinken; feiger Terror ist schließlich nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch Selbstmord. Kein Befreiungskampf hat sich den Schwierigkeiten der Vietnamesen gegenüber gesehen; ihr Triumph ist auch ein Triumph für das, was wir vor nicht allzu langer Zeit ohne Zögern Tugend genannt hätten – moralisches Hervorragende, Aufrichtigkeit und Güte.

Die nordvietnamesische Landreform ist ein gutes Beispiel für das, was erfolgreichen revolutionären Machtergreifungen folgt. Das Standardwerk über die Nachkriegsrevolution in Asien ist zweifellos William Hinton's „Fanshen“. (17) Dies ist ein authentischer Bericht über die Spannungen und Kräfte, die durch die Befreiung freigeworden waren. In Verbindung mit Beldens Meisterwerk straft es die verbreitete Behauptung Lügen, daß Mao dem größten Blutbad der Geschichte vorstand. Im Gegenteil, die Kader versuchten, den ganz natürlichen, wütenden Rachedurst der Bauern ein-

zudämmen, die so viel unter den Händen der Großgrundbesitzer und Bürokraten gelitten hatten. Daß Mao ständig dazu aufforderte, Vernunft zu üben, nicht Gewalt, steht jenseits allen Zweifels.

GERECHTIGKEIT BEIM WIEDERAUFBAU

Hier könnte man einwenden, daß China eine Sache war und das, was in Kambodscha passiert, eine andere. Als die siegreichen Guerillas beim Fall Phnom Penhs damit begannen, alle Einwohner zu evakuieren, wurden gespieltes Entsetzen und Krokodilstränen großzügig ausgerechnet von jenen aufgewendet, die zufrieden die beispiellose Schächterei des amerikanischen Lufüberfalls auf Kambodscha akzeptiert hatten. Wie Charles Meyer gezeigt hat, war Phnom Penh für die armen Bauern das gehaßte Symbol von allem geworden, das verdorben, korrupt und prowestlich in ihrer Gesellschaft war, und sie waren entschlossen, es als faktisches Zentrum der Nation aufzuheben.:

„In anderen Zeiten hätte die Bauernarmee es zweifellos dem Erdboden gleichgemacht, nachdem sie Teile der Bevölkerung umgebracht hätte. 1975 begnügte sie sich damit, seine Einwohner zu evakuieren, um sie durch harte Arbeit in den Reisfeldern zu läutern und umzu-erziehen. Für Ausländer ist diese Maßnahme unmenschlich, absurd, unwirtschaftlich. In Wirklichkeit ist sie politisch, in klarer Kenntnis der Sachlage beschlossen, um eine Khmer-Gemeinschaft wiederaufzubauen, die teilweise durch Verwestlichung tiefgreifend verändert worden war. Das Ziel der Bauernrevolutionäre ist, ihr Land auf eine Weise wiederaufzubauen, die sie frei gewählt haben. Sie sind überzeugt, daß sie nur dann dazu in der Lage sein werden, wenn sie vollständig alle materiellen Symbole von Fremdherrschaft zerstören und einen „Neuen Menschen“ innerhalb einer sozialistischen Bauerngesellschaft schaffen, die völlig kambodschanisch ist. Dies ist eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Revolution, die deutlich an die chinesische Erfahrung erinnert.“ (18)

Mit einem Poster, auf dem offensichtlich eine Prostituierte einem Jungen in Zivil eine eindeutige Abfuhr erteilt (Text: „Ich mag dich nicht; ich mache nur Liebe mit Soldaten“), wirbt die kambodschanische Armee um Nachwuchs. Die Plakate, die in den Straßen der von den Roten Khmer umlagerten



Hauptstadt Pnom Penh hängen, wurden von US-Kriegspsychologen entworfen.

Zweifellos wird es für einige Städter, die Schreibtischarbeit zu verrichten pfliegen, hart sein, sich an die Arbeit in den Reisfeldern zu gewöhnen, aber solche möglichen Schwierigkeiten können nicht als „Blutbad“ hingestellt werden, es sei denn, viele begehen lieber Selbstmord, als sich der Arbeit zu unterwerfen. Obwohl die Medien und Politiker im Westen verzweifelt nach glaubhaften Anzeichen für ein „Blutbad“ Ausschau hielten, haben sie es bemerkenswerter Weise nicht geschafft, mehr als Phantasieprodukte herzustellen – Projektionen ihrer krankhaften Suche nach Entlastung. Westliche Reporter, die nach der Befreiung im Land geblieben waren, konnten nicht mit irgendwelchen bestätigten Massakerberichten aufwarten, so daß Präsident Ford und Außenminister Kissinger sich darauf beschränken mußten, nach Strohhalmen zu greifen, die sich regelmäßig als Erfindungen ihrer überhitzten Phantasie entpuppt haben. Die genannten Verräter, die die Aufforderungen ignorierten, vor der Befreiung zu fliehen, haben zweifellos das Schicksal erlitten, das man ihnen angedroht hatte; wir können uns nur wundern, daß sie – der abscheulichsten Verbrechen schuldig – überhaupt die faktische Möglichkeit erhielten, sich einer Vergeltung zu entziehen, die völlig gerechtfertigt war.

Dies führt uns nun zu einem weiteren wichtigen Aspekt der Frage. Westliche Äußerungen über die Erfahrung von „Blutbädern“ scheinen offensichtlich Äußerungen von Schuldgefühlen zu sein, des Bewußtseins davon, was Leute aus dem Westen unter diesen Umständen getan hätten. Ich werde mich im folgenden mit diesem psychisch-geschichtlichen Aspekt beschäftigen.

KOLONIALE PSYCHOLOGIEGESCHICHTE

Typisch für die Schuldprojektion ist das ständig wiederholte Horrorimage des „blutrünstigen“ afrikanischen „Wilden“, des „fanatischen“ Arabers oder des asiatischen „Eingeborenen“. Aber kein ernstzunehmender Geschichtsforscher würde bestreiten, daß die Vertreter des westlichen Kolonialismus und Imperialismus, die in genau denselben Texten verehrt werden, die unsere farbigen Mitmenschen so verleumdete, diese bei weitem übertrafen (und übertreffen), was Barbarei und gefühllose Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben angeht (anderem als ihrem eigenen natürlich). Ob wir nun an die Geschichte des Sklavenhandels in Afrika denken, an die späteren Kreuzzüge in den Nahen Osten oder an solche Erscheinungen wie die Niederschlagung der indischen „Meuterei“ (19) – der Sachverhalt ist deutlich. Die Moslems leisteten ihren Widerstand gegen die europäischen Kreuzzüge mit weit größerer Menschlichkeit und Selbstbeherrschung, wobei sie die Rechte ihrer Gefangenen respektierten, während die Gefangenen auf der anderen Seite von ihren christlichen Aufsehern umgebracht wurden. Die europäische Eroberung Lateinamerikas ist ein Beispiel entsetzlicher Unmenschlichkeit, wobei die Ausrottung oder Dezimierung der Völker Nordamerikas, der pazifischen Inseln und Südasiens bestätigen, daß dies kein Einzelfall war. (20)

Das westliche Verhalten in China unterstreicht nur diese Beispiele: wie uns Jack Beeching wieder deutlich macht, (21) wurden europäische Expeditionen in China mit so viel Rücksichtslosigkeit und offener Verachtung gegenüber den Chinesen durchgeführt, daß es einigen Führern solcher exemplarischen „Straf“ expeditionen gelegentlich die Schamröte ins Gesicht trieb. Darüber hinaus war Opium (Drogen verbinden wieder einmal westlichen Imperialismus und Asien) nicht das einzige Handelsgut: parallel dazu gab es einen „Viehhandel“ mit chinesischen „Kulis“, die Sklavenarbeit als sogenannte „Kontraktarbeiter“ in Plantagen quer über den Pazifik bis in die USA und die Karibik ausführen mußten. „Ware“, die unterwegs „schadhaft“ wurde

(entführte Chinesen, die auf den Viehhandelschiffen aufgrund der Lebensbedingungen krank wurden), wurde einfach hervorgeholt, erschossen und über Bord geworfen.

HYSTERISCHE POLITIK

Wir müssen uns davor hüten, diesen Aspekt rassistisch zu interpretieren, so groß auch die Versuchung ist. Neben anderen haben Stillman und Pfaff eine gesellschaftsgeschichtliche Erklärung gebracht, die überzeugend ist und im folgenden betrachtet werden soll. (22) Kurz gefaßt behaupten sie, daß die westliche Entwicklung von Begriffen und Wahrnehmungen, die beim Streben nach „Beherrschung der Natur“ und der Anwendung von Vernunft für die Lösung menschlicher Probleme gefunden werden, nicht nur die Fähigkeit des Menschen zum Guten dramatisch erhöhte, sondern auch – und zwar unvermeidbar, im Schlepptau – seine Fähigkeiten, Böses zuzufügen. Gerade die Idee der „Beherrschung“ selbst enthält den Keim moralischen Verfalls; wenn sie mit einem exponentiellen Wachstum der physischen Fähigkeit, sie durchzusetzen, verbunden wird, wird sie ungeheuer gefährlich. Der Beweis kann in den religiösen und ideologischen Kriegen wie in den imperialistischen gefunden werden, die ganze Nationen und Kontinente zerschlagen haben. Wo finden wir in der menschlichen Geschichte Ähnliches wie die Schrecken des ersten Weltkriegs, (23) die nationalsozialistischen Vernichtungslager (24), die totale Bombardierung von deutschen und japanischen Städten wie Dresden und Tokio durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg (25), gefolgt von Hiroshima und Nagasaki? (26) Hier werden wir mit einer abscheulichen Schlächtereier konfrontiert, zu der Stillman und Pfaff bemerken:

„Diese Verbrechen sind unsere, sie entstehen aus unserer Kultur, aus unserem Westen, aus derselben Gesellschaft, die sich nicht gegenüber derjenigen verändert hat, die vor wenigen Jahren diese Verrenkungen, diese Selbstverstümmelung hervorbrachte . . . Es gibt eine Tradition von Exzessen – von Gewalt für transzendente und völlig unerreichbare Ziele – die genau so ein Teil des Westens ist wie unsere Tradition des Respekts vor dem Schicksal und Wert des Einzelnen.“ (27)

Die Verfolgung von Zielen mit dem „logischen“ auf die Spitze treiben der Mittel steht in starkem Kontrast zu den asiatischen Konzepten von Krieg und Konflikt, die Auswege für die Unterlegenen und Geschlagenen offenlassen, so daß sie ihr Gesicht wahren können und weitere Opfer auf beiden Seiten unnötig bleiben. (28)

Schließlich müssen wir jedoch vom Liberalismus von Stillman und Pfaff, so lehrreich er auch ist, auf den festeren Boden des Marxismus zurückkehren. Es ist schmerzlich unangemessen, die erwähnten Phänomene mit soziokulturellen Begriffen zu analysieren, ohne Klassenaspekte zu berücksichtigen. Entscheidungen wurden in der Ära des Imperialismus von einer bestimmten Klasse getroffen, während es eine andere war, die in Blut und Barem zahlen mußte, mit gesteigerten Arbeitsleistungen und persönlichen Opfern aller Art. Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren imperialistische Kriege wie die in Korea und Vietnam. (29) Wie Kolko zum Zweiten Weltkrieg bemerkt, „war das Ergebnis des Krieges auch ein weltweiter Bruch zwischen Führern und Ge-



DIE HINTERLASSENSCHAFT der amerikanischen Truppen in Vietnam besteht nicht nur in Flugplätzen, Waffenarsenalen und einem verwüsteten Land. Inmitten eines Berges leerer Bier- und Coladosen scheint der vietnamesische Bub in einem US-Militärhemd über die Zukunft zu meditieren.

führten, der die Veränderung der Weltpolitik . . . von Konflikten zwischen Staaten zu Konflikten zwischen Schichten und Klassen, die mit Staaten verbündet sind, beschleunigte . . . Asien stand in den Flammen einer Revolution, die im Fernen Osten den Zweiten Weltkrieg fast ohne Übergang . . . zu einem Bürgerkrieg machte; dieser brachte eine riesige Befreiungsbewegung ins Rollen, die die europäischen Angelegenheiten in den Schatten treten lassen und das Schicksal der Weltpolitik der nächsten Generationen prägen würde.“ (30)

In diesem Zusammenhang müssen wir die Bedeutung des Ergebnisses des Indochina-Krieges und die Wehklagen der Besiegten über „Blutbäder“ sehen. Denn wer kann bezweifeln, daß die Ereignisse vom April 1975 einen Wendepunkt von geschichtlicher Bedeutung markieren und daß die Totenglocke immer lauter für jene Klasse klingt, die so lange so entsetzliche Schlächtereien zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen organisierte? Unfähig, irgendeine Alternative zu brutaler Gewalt zu sehen, hängt sie den Siegern jene Handlungen an, vor denen sie selbst nicht zurückgeschreckt wäre, wenn die Umstände umgekehrt lägen; eine Tatsache, die nur zu gut und blutig durch jenen Geschichtsabschnitt bestätigt wird, der mit den Leichen ihrer Untertanen übersät ist. Ihre Herrschaft ist ernstlich in Frage gestellt und sie tobt und klagt an. Aber die Haupttendenz in der Welt ist heute die Revolution und von dem, was die Imperialisten jetzt tun, kann nichts diesen Trend umkehren. Mit dem Fortschritt der Revolution schreitet die Menschheit langsam aber stetig vorwärts auf eine Welt zu, in der „Blutbäder“ selbst und die Klasse, die so viele anrichtete, ein schauerlicher Alptraum der Vergangenheit sein werden.

übersetzt aus dem Englischen und leicht gekürzt vom iz3w

Fußnoten:

(Ein Teil der zitierten englischsprachigen Titel ist auch in deutscher Sprache erschienen; es empfiehlt sich, in einschlägigen Bibliographien nachzusehen)

- (1) Vgl. die Sammlung der Zeugenaussagen im Bertrand Russell-Tribunal, herausgegeben von Penguin Books, London, *Against the Crime of Silence*, 1971.
- (2) Es gibt eine Unzahl von Ausgaben der Werke des Vorsitzenden Mao, des Premiers Kim Il Sung, General Giap und anderen hervorragenden Führern asiatischer Revolutionen, und

ich möchte die Aufmerksamkeit auf eine ausgezeichnete Darstellung von Phoumi Vongvichit, einem prominenten Führer des laotischen Volkes lenken: *Laos and the Victorious Struggle of the Lao People against US Neo-Colonialism*, Neo Lao Haksat Publications.

- (3) Nym Wales und Kim San, *Song of Ariran*, Ramparts Press, San Francisco 1973: dieses außergewöhnliche Buch muß jeder lesen, der ernsthaft an dem Thema interessiert ist.
- (4) J. Belden, *China Shakes the World*, Monthly Review Press, New York 1970; Eqbal Ahmed, „*Revolutionary Warfare*“,

- M. Gettelman (Hrsg.), Vietnam, London 1966.
- (5) D. Pike, Viet Cong, The MIT Press, Cambridge, Mass., 1966.
- (6) Vgl. dazu: Mark Selden: The Yen-an Way, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1971.
- (7) Nym Wales und Kim San, a.a.O., S. 171.
- (8) a.a.O., S. 187.
- (9) Ein interessantes Interview mit Ho Chi Minh von Ernst Utrecht steht in der document section, Journal of Contemporary Asia, Vol 3, Nr. 2, 1973; eine Widerlegung der wilden westlichen Schätzungen der Zahl der in der vietnamesischen Landreform Getöteten findet sich in D. Gareth Porter, „The Myth of the Bloodbath: North Vietnam's Land Reform Reconsidered“, Bulletin of Concerned Asian Scholars, Vol. 5, Nr. 2, 1973.
- (10) Vgl. das neue Buch von L. E. Eastman, The Abortive Revolution, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1974, über den Kuomintang-Faschismus. Einige der besten Berichte über Korruption und Gier der Chian Kai-shek-Clique können in den Berichten der Amerikaner gefunden werden, die ihr Land in jener Zeit in China vertraten, hiervon zitiere ich nur einige: J. S. Service, Lost Chance in China, Random House, New York, 1974; J. T. Davies, Dragon by the Tail, Robson Books, London 1974; (über Stilwell) Barbara W. Tuchmann: Sand Against the Wind, Macmillan, London, (Jahresausgabe unleserlich); K. E. Shewmaker, American and Chinese Communists, Cornell University Press, Ithaca 1971; J. F. Melby, The Mandate of Heaven, London 1968. Han Suyins dreibändige Autobiografie (The Crippled Tree, A Mortal Flower und Birdless Summer) ist ein unschätzbar wertvoller Bericht über die Verkommenheit der Kuomintang.
- (11) Han Suyin, The Morning Deluge, Jonathan Cape, London 1972, S. 217.
- (12) Ich habe zwei Versuche gemacht, einige der wichtigen Literaturstellen aufzuspüren und darzustellen, und zwar in The Chainless Mind, Hamish Hamilton, London 1968, S. 16-20 und 97-223 und „Subversion or Social Revolution in South East Asia?“ in M. Leifer (Hrsg.), Nationalism, Revolution and Evolution in South-East Asia, University of Hull, 1970.
- (13) Die Banditen waren meist vom CIA ausgebildete Mördertrupps, die umherzogen und als „Vietcong Guerillas“ verkleidet töteten, vergewaltigten und andere Grausamkeiten begingen (S. z.B.: einen Bericht im Daily Telegraph, 21. Oktober 1965).
- (14) Die zitierten Auszüge stammen von S. 250 und 251 seines Buches, a.a.O., (Anm. 5).
- (15) Counter-revolutionary Violence: Bloodbaths in Fact and Propaganda, Warner-Meduler Publications, Inc., Module 57, 1973, S. 1-46.
- (16) D. Gareth Porter, a.a.O.
- (17) Pelican, London 1966: Jan Myrdals Report from a Chinese Village, Penguin Books, London 1953, bringt Berichte mit denen, die an der Befreiungsperiode teilnahmen.
- (18) „Rebuilding Cambodia: A Daring Gamble“, New York Times, 16. Mai 1975.
- (19) Wer mit den abscheulichen Grausamkeiten der Briten bei der Niederschlagung der „Meuterei“ (erster nationaler Unabhängigkeitskrieg) nicht vertraut ist, möge sich den ziemlich zurückhaltenden Bericht von M. Edwardes ansehen: Red Year, Hamish Hamilton, London 1973: ein interessanter Kommentar zu europäischen Einstellungen im imperialistischen Zeitalter ist V. G. Kiernan, The Lords of Human Kind, Weidenfeld & Nicolson, London 1969, H. Golwitzer, Europe in the Age of Imperialism, Thames & Hudson, London 1970, diskutiert die Notwendigkeit, den Völkern der westlichen imperialistischen Länder rassistische Einstellungen beizubringen, um überseeische Eroberungen und die Unterwerfung „minderwertiger“ Gesellschaften durchführen zu können, ohne daß dabei die normalen Skrupel hinsichtlich der Methoden auftreten.
- (20) Die Literatur auf diesem Gebiet ist bedrückend zahlreich, aber es wäre nachlässig, nicht zwei neue und gut erhältliche Werke zu erwähnen, die gegenüber den Ereignissen, die sie berichten, tiefsten Abscheu wecken: V. D. Bonilla, Servants of God or Masters of Men?, Penguin Books, London 1972.
- (21) The Chinese Opium Wars, Hutchinson, London 1975.
- (22) E. Stillman und W. Pfaff, The Politics of Hysteria, Gollancz, London 1964.
- (23) Wenige Konflikte wurden besser von sensiblen, gebildeten und talentierten Beobachtern geschildert; es wäre ungerecht, einzelne Beiträge aus der Literatur herauszuheben, aber Werke wie Siegfried Sassoons Memoirs of an Infantry Officer, Robert Graves Goodby to All That, Edmund Blundens Undertones of War, Frederic Mannings Her Privates We, Charles Carringtons Soldier from the Wars Returning und die Romane von Ford Madox Ford über den Krieg 1914-18 (Some Do not, No More Parades, A Man Could Stand Up und Last Post) können als Einführung dienen; auch sollten wir den Klassiker All Quiet on the Western Front (Im Westen Nichts Neues, d. Übersetzer) nicht vergessen, der später zu einem denkwürdigen Film gemacht wurde.
- (24) Neben der Liquidierung von fast sechs Millionen Juden behandelten die Nazis die Hunderte von Millionen Einwohner ihrer besetzten Gebiete – vor allem in Osteuropa und den UdSSR – mit faschistischem Terror und Bestialität bis zum Äußersten.
- (25) S. D. Irving, The Destruction of Dresden; nach seiner Schätzung wurden 135.000 Zivilisten im Laufe einer Nacht als Ergebnis von Entscheidungen getötet, die Großbritanniens damalige zivile und militärische Führer mit eiskalter Überlegung getroffen hatten. Der erste Angriff auf Tokio am 9. März 1945 verbrannte 125.000 japanische Zivilisten, wieder als Ergebnis einer überlegten Politik. Gabriel Kalko beschreibt genau die Moral der damaligen Führer jener Klasse, die heute scheinheilig „Blutbäder“ brandmarkt: „Die grundsätzliche moralische Entscheidung, die die Amerikaner während des Krieges zu treffen hatten, war, ob sie das internationale Recht verletzen würden, indem sie unterschiedslos Zivilisten angriffen und vernichteten und sie lösten das Problem im Rahmen der Anwendung konventioneller Waffen. Ihre Entscheidung wurde weder von Fanfaren noch von Zögern begleitet, und die Atombombe, die gegen Hiroshima angewendet wurde, war weniger tödlich als massive Bombardierungen. Der Krieg hatte die amerikanischen Führer so brutalisiert, daß das Verbrennen ungeheurer Zahlen von Zivilisten im Frühjahr niemals wirklich Hemmungen machte. Wegen der voraussehbaren Stärke der Atombombe, die viel geringer war, als die eines Feuerbombardements, glaubte niemand, daß kleine Anzahlen von ihr den Krieg beenden könnten. Nur ihre Technik war neu, sonst nichts. Im Juni 1975 beeindruckte die Massenvernichtung von Zivilisten Stimson als eine Art moralisches Problem, aber der Gedanke war schnell wieder vergessen und beeinflusste in keiner merklichen Weise die Verwendung von konventionellen oder Atombomben durch die Amerikaner. „Ich wollte nicht, daß die Vereinigten Staaten den Ruf bekämen, Hitlers Grausamkeiten zu übertreffen“, bemerkte er von einem Gespräch mit dem Präsidenten am 6. Juni. Es gab eine andere Schwierigkeit, die massenhafte konventionelle Bombardements machten, und die lag gerade in ihrem Erfolg, ein Erfolg, der die zwei Weisen menschlicher Zerstörung in den Köpfen des amerikanischen Militärs faktisch gleichwertig machte. „Ich hatte ein bischen Angst“, sagte Stimson zu Truman, „daß die Luftwaffe Japan so gründlich ausgebombt haben könnte, bevor wir so weit waren, daß die neue Waffe kein gutes Einsatzgebiet mehr haben könnte, um ihre Stärke zu zeigen.“ Darüber „lachte (!) der Präsident und sagte, er verstehe das“ (G. Kolko, The Politics of War, S. 510 – 539).
- (26) Zur Erörterung der Hintergründe der amerikanischen Entscheidung, die beiden Atombomben zu werfen, die unmittelbar 140.000 Tote forderten, zahllose weitere Opfer in einer besonders scheußlichen Art verwundete, tausende in ständigen Wahnsinn trieb und bis heute noch Todesopfer fordert, s. G. Kolko, a.a.O., S. 539 – 543, 561, 567 und 595 – 597; ferner J. Toland, The Rising Sun, Cassell & Co., London 1970, S. 561 ff.; D. Bergamini, Japan's Imperial Conspiracy, William Morrow, New York 1970, diskutiert die Auswirkung der Hiroshima-Bombe auf Kaiser Hirohitos bereits fertiggestellten Kapitalutationsplan.
- (27) Stillman und Pfaff, a.a.O., S. 8, 13.
- (28) Dies war ein Faktor, der zu der amerikanischen Entscheidung führte, vom „special war“, in dem ihr Personal lediglich als Berater der südvietnamesischen Armeeinheiten tätig war, zur direkten Intervention überzugehen: wie Halberstam u.a. berichten (The Marking of a Quagmire, Bodley Head, London 1965, S. 181 – 182 u. passim), machte es die amerikanischen Militärberater wahnsinnig vor Wut, wenn die südvietnamesische Armee den Feind nur auf drei Seiten „umzingeln“ wollte, um sozusagen ein Schlupfloch für den Feind zu lassen (was natürlich in doppelter Hinsicht vernünftig war, es rettete Leben und ließ erwarten, daß, wenn der Spieß umgedreht würde, auch diese Geste erwidert würde. Er liegt auch in der Art, wie Saigon schließlich befreit wurde – das „schöne Gefäß“ wurde gerettet und die „Ratten“ darin vertrieben, ohne den Vorschlaghammer gegen beide nach amerikanischer Art anzuwenden (eine Stadt zu zerstören, um sie zu „retten“)).
- (29) Der Erste Weltkrieg kostete etwa 30 Millionen Tote, der Zweite schätzungsweise 50 Millionen; der Koreakrieg etwa 2 Millionen (5 Millionen Gesamtverluste), davon kamen vier Fünftel n a c h d e m die USA Südkorea wieder unterworfen hatten (sie waren direkt oder indirekt Ergebnisse der amerikanischen Invasion im Norden). Wie bereits vorher gesagt, sind die Schätzungen der Schlächtereien in Indochina noch nicht abgeschlossen. Aber sie ist nur ein spektakuläres Ereignis in der langen Geschichte des Imperialismus, die ständig von Blutvergießen, Brutalität charakterisiert wird, von der Verarmung, der Erniedrigung und der Aushungerung des Volkes. Stellen Sie sich einen Augenblick lang die Aufstellung einer Liste vor, in der die Eintragungen den ganzen Weg von den ersten Zusammenstößen gewalttätiger Pioniere und des expandierenden Westens mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufgeführt sind bis zur Gegenwart – die Portugiesen und Spanier in Südamerika, die Briten in Indien und in ihrem ganzen Reich, die Nordamerikaner gegen die einheimischen Völker des Subkontinentes und gegen die Filipinos, und so ohne Ende weiter bis zum technologischen Schrecken des Vietnamkrieges.
- (30) G. Kolko, a.a.O., S. 594 f.

- M. Gettelman (Hrsg.), Vietnam, London 1966.
- (5) D. Pike, Viet Cong, The MIT Press, Cambridge, Mass., 1966.
- (6) Vgl. dazu: Mark Selden: The Yenan Way, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1971.
- (7) Nym Wales und Kim San, a.a.O., S. 171.
- (8) a.a.O., S. 187.
- (9) Ein interessantes Interview mit Ho Chi Minh von Ernst Utrecht steht in der document section, Journal of Contemporary Asia. Vol 3, Nr. 2, 1973; eine Widerlegung der wilden westlichen Schätzungen der Zahl der in der vietnamesischen Landreform Getöteten findet sich in D. Gareth Porter. „The Myth of the Bloodbath: North Vietnam's Land Reform Reconsidered“, Bulletin of Concerned Asian Scholars, Vol. 5, Nr. 2, 1973.
- (10) Vgl. das neue Buch von L. E. Eastman, The Abortive Revolution, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1974, über den Kuomintang-Faschismus. Einige der besten Berichte über Korruption und Gier der Chian Kai-shek-Clique können in den Berichten der Amerikaner gefunden werden, die ihr Land in jener Zeit in China vertraten, hiervon zitiere ich nur einige: J. S. Service, Lost Chance in China, Random House, New York, 1974; J. T. Davies, Dragon by the Tail, Robson Books, London 1974; (über Stilwell) Barbara W. Tuchmann: Sand Against the Wind, Macmillan, London, (Jahresausgabe unleserlich); K. E. Shewmaker, American and Chinese Communists, Cornell University Press, Ithaca 1971; J. F. Melby, The Mandate of Heaven, London 1968. Han Suyins dreißigjährige Autobiografie (The Crippled Tree, A Mortal Flower and Birdless Summer) ist ein unschätzbar wertvoller Bericht über die Verkommenheit der Kuomintang.
- (11) Han Suyin, The Morning Deluge, Jonathan Cape, London 1972, S. 217.
- (12) Ich habe zwei Versuche gemacht, einige der wichtigen Literaturstellen aufzuspüren und darzustellen, und zwar in The Chainless Mind, Hamish Hamilton, London 1968, S. 16-20 und 97-223 und „Subversion or Social Revolution in South East Asia?“ in M. Leifer (Hrsg.), Nationalism, Revolution and Evolution in South-East Asia, University of Hull, 1970.
- (13) Die Banditen waren meist vom CIA ausgebildete Mördertrupps, die umherzogen und als „Vietcong Guerillas“ verkleidet töteten, vergewaltigten und andere Grausamkeiten begingen (S. z.B.: einen Bericht im Daily Telegraph, 21. Oktober 1965).
- (14) Die zitierten Auszüge stammen von S. 250 und 251 seines Buches, a.a.O., (Anm. 5).
- (15) Counter-revolutionary Violence: Bloodbaths in Fact and Propaganda, Warner-Meduler Publications, Inc., Module 57, 1973, S. 1-46.
- (16) D. Gareth Porter, a.a.O.
- (17) Pelican, London 1966: Jan Myrdals Report from a Chinese Village, Penguin Books, London 1953, bringt Berichte mit denen, die an der Befreiungsperiode teilnahmen.
- (18) „Rebuilding Cambodia: A Daring Gamble“, New York Times, 16. Mai 1975.
- (19) Wer mit den abscheulichen Grausamkeiten der Briten bei der Niederschlagung der „Meuterei“ (erster nationaler Unabhängigkeitskrieg) nicht vertraut ist, möge sich den ziemlich zurückhaltenden Bericht von M. Edwardes ansehen: Red Year, Hamish Hamilton, London 1973; ein interessanter Kommentar zu europäischen Einstellungen im imperialistischen Zeitalter ist V. G. Kiernan, The Lords of Human Kind, Weidenfeld & Nicolson, London 1969, H. Golwitzer, Europe in the Age of Imperialism, Thames & Hudson, London 1970, diskutiert die Notwendigkeit, den Völkern der westlichen imperialistischen Länder rassistische Einstellungen beizubringen, um überseeische Eroberungen und die Unterwerfung „minderwertiger“ Gesellschaften durchführen zu können, ohne daß dabei die normalen Skrupel hinsichtlich der Methoden auftreten.
- (20) Die Literatur auf diesem Gebiet ist bedrückend zahlreich, aber es wäre nachlässig, nicht zwei neue und gut erhältliche Werke zu erwähnen, die gegenüber den Ereignissen, die sie berichten, tiefsten Abscheu wecken: V. D. Bonilla, Servants of God or Masters of Men?, Penguin Books, London 1972.
- (21) The Chinese Opium Wars, Hutchinson, London 1975.
- (22) E. Stillman und W. Pfaff, The Politics of Hysteria, Gollancz, London 1964.
- (23) Wenige Konflikte wurden besser von sensiblen, gebildeten und talentierten Beobachtern geschildert; es wäre ungerecht, einzelne Beiträge aus der Literatur herauszuheben, aber Werke wie Siegfried Sassoons Memoirs of an Infantry Officer, Robert Graves Goodby to All That, Edmund Blundens Untertones of War, Frederic Mannings Her Privates We, Charles Carringtons Soldier from the Wars Returning und die Romane von Ford Madox Ford über den Krieg 1914-18 (Some Do not, No More Parades, A Man Could Stand Up und Last Post) können als Einführung dienen; auch sollten wir den Klassiker All Quiet on the Western Front (Im Westen Nichts Neues, d. Übersetzer) nicht vergessen, der später zu einem denkwürdigen Film gemacht wurde.
- (24) Neben der Liquidierung von fast sechs Millionen Juden behandelten die Nazis die Hunderte von Millionen Einwohner ihrer besetzten Gebiete – vor allem in Osteuropa und den UdSSR – mit faschistischem Terror und Bestialität bis zum Äußersten.
- (25) S. D. Irving, The Destruction of Dresden; nach seiner Schätzung wurden 135.000 Zivilisten im Laufe einer Nacht als Ergebnis von Entscheidungen getötet, die Großbritanniens damalige zivile und militärische Führer mit eiskalter Überlegung getroffen hatten. Der erste Angriff auf Tokio am 9. März 1945 verbrannte 125.000 japanische Zivilisten, wieder als Ergebnis einer überlegten Politik. Gabriel Kalko beschreibt genau die Moral der damaligen Führer jener Klasse, die heute scheinheilig „Blutbäder“ brandmarkt: „Die grundsätzliche moralische Entscheidung, die die Amerikaner während des Krieges zu treffen hatten, war, ob sie das internationale Recht verletzen würden, indem sie unterschiedslos Zivilisten angriffen und vernichteten und sie lösten das Problem im Rahmen der Anwendung konventioneller Waffen. Ihre Entscheidung wurde weder von Fanfaren noch von Zögern begleitet, und die Atombombe, die gegen Hiroshima angewendet wurde, war weniger tödlich als massive Bombardierungen. Der Krieg hatte die amerikanischen Führer so brutalisiert, daß das Verbrennen ungeheurer Zahlen von Zivilisten im Frühjahr niemals wirklich Hemmungen machte. Wegen der vorausschbaren Stärke der Atombombe, die viel geringer war, als die eines Feuerbombardements, glaubte niemand, daß kleine Anzahlen von ihr den Krieg beenden könnten. Nur ihre Technik war neu, sonst nichts. Im Juni 1975 beeindruckte die Massenvernichtung von Zivilisten Stimson als eine Art moralisches Problem, aber der Gedanke war schnell wieder vergessen und beeinflusste in keiner merkbarer Weise die Verwendung von konventionellen oder Atombomben durch die Amerikaner. „Ich wollte nicht, daß die Vereinigten Staaten den Ruf bekämen, Hitlers Grausamkeiten zu übertreffen“, bemerkte er von einem Gespräch mit dem Präsidenten am 6. Juni. Es gab eine andere Schwierigkeit, die massenhafte konventionelle Bombardements machten, und die lag gerade in ihrem Erfolg, ein Erfolg, der die zwei Weisen menschlicher Zerstörung in den Köpfen des amerikanischen Militärs faktisch gleichwertig machte. „Ich hatte ein bisschen Angst“, sagte Stimson zu Truman, „daß die Luftwaffe Japan so gründlich ausgebombt haben könnte, bevor wir so weit waren, daß die neue Waffe kein gutes Einsatzgebiet mehr haben könnte, um ihre Stärke zu zeigen.“ Darüber „lachte (!) der Präsident und sagte, er verstehe das“. (G. Kolko, The Politics of War, S. 510 – 539).
- (26) Zur Erörterung der Hintergründe der amerikanischen Entscheidung, die beiden Atombomben zu werfen, die unmittelbar 140.000 Tote forderten, zahllose weitere Opfer in einer besonders scheußlichen Art verwundete, tausende in ständigen Wahnsinn trieb und bis heute noch Todesopfer fordert, s. G. Kolko, a.a.O., S. 539 – 543, 561, 567 und 595 – 597; ferner J. Toland, The Rising Sun, Cassell & Co., London 1970, S. 561 ff.; D. Bergamini, Japan's Imperial Conspiracy, William Morrow, New York 1970, diskutiert die Auswirkung der Hiroshima-Bombe auf Kaiser Hirohitos bereits fertiggestellten Kapitalutationsplan.
- (27) Stillman und Pfaff, a.a.O., S. 8, 13.
- (28) Dies war ein Faktor, der zu der amerikanischen Entscheidung führte, vom „special war“, in dem ihr Personal lediglich als Berater der südvietnamesischen Armeeeinheiten tätig war, zur direkten Intervention überzugehen: wie Halberstam u.a. berichten (The Marking of a Quagmire, Bodley Head, London 1965, S. 181 – 182 u. passim), machte es die amerikanischen Militärberater wahnsinnig vor Wut, wenn die südvietnamesische Armee den Feind nur auf drei Seiten „umzingeln“ wollte, um sozusagen ein Schlupfloch für den Feind zu lassen (was natürlich in doppelter Hinsicht vernünftig war, es rettete Leben und ließ erwarten, daß, wenn der Spieß umgedreht würde, auch diese Geste erwidert würde. Er liegt auch in der Art, wie Saigon schließlich befreit wurde – das „schöne Gefäß“ wurde gerettet und die „Ratten“ darin vertrieben, ohne den Vorschlaghammer gegen beide nach amerikanischer Art anzuwenden (eine Stadt zu zerstören, um sie zu „retten“)).
- (29) Der Erste Weltkrieg kostete etwa 30 Millionen Tote, der Zweite schätzungsweise 50 Millionen; der Koreakrieg etwa 2 Millionen (5 Millionen Gesamtverluste), davon kamen vier Fünftel nach dem die USA Südkorea wieder unterworfen hatten (sie waren direkt oder indirekt Ergebnisse der amerikanischen Invasion im Norden). Wie bereits vorher gesagt, sind die Schätzungen der Schlächtere in Indochina noch nicht abgeschlossen. Aber sie ist nur ein spektakuläres Ereignis in der langen Geschichte des Imperialismus, die ständig von Blutvergießen, Brutalität charakterisiert wird, von der Verarmung, der Erniedrigung und der Aushungerung des Volkes. Stellen Sie sich einen Augenblick lang die Aufstellung einer Liste vor, in der die Eintragungen den ganzen Weg von den ersten Zusammenstößen gewalttätiger Pioniere und des expandierenden Westens mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufgeführt sind bis zur Gegenwart – die Portugiesen und Spanier in Südamerika, die Briten in Indien und in ihrem ganzen Reich, die Nordamerikaner gegen die einheimischen Völker des Subkontinentes und gegen die Filipinos, und so ohne Ende weiter bis zum technologischen Schrecken des Vietnamkrieges.
- (30) G. Kolko, a.a.O., S. 594 f.

Warum fliehen die Chinesen ?

„1. Mai! Saigon ist frei!“ Unter vielen anderen habe auch ich 1975 in einem Freudentaumel, ausgelöst durch den Sieg der Vietnamesen über die USA, diese Parole geschrien. Aber unsere Freude darüber währte nicht lange. Drei Jahre später ging es Schlag auf Schlag:

- Der Grenzkrieg zwischen Kampuchea und Vietnam eskalierte zur Invasion Vietnams in Kampuchea und dem Einsetzen einer provietnamesischen Regierung in Phom Penh,
- China führt eine Strafexpedition gegen Vietnam aus,
- Hunderttausende von chinastämmigen und anderen Vietnamesen fühlen sich nicht (mehr) befreit, sondern verlassen ihr Heimatland.

Für einige hier in Europa ist die Situation in Indochina klar, sie paßt ins globale Weltbild:

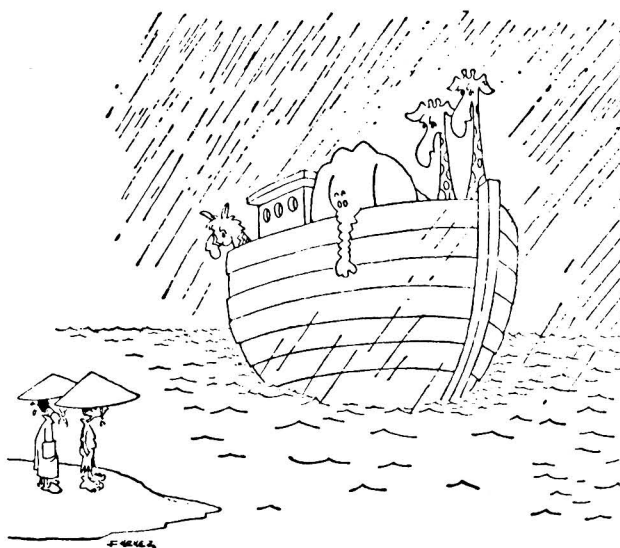
Die *Reaktionäre* fragen polemisch, wo die Zigtausend der Sechziger Jahre, die für Vietnam demonstrierten, heute mit ihrem Protest für die Vietnamesen sind. Die Situation ist ja auch geradezu einladend für Strauß und Co, mit Hilfe der Flüchtlinge antikommunistische Propaganda zu betreiben. Die *prosovjetsische Linke* und die RGW-Staaten (RGW: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, auch bekannt unter „COMECON“) werfen alle Schuld auf den US-Imperialismus und die VR China, die, um Vietnam zu schädigen, Hunderttausende zur Flucht aufgestacheln haben. Und die *chinafreundliche Linke* Westeuropas sprechen demgegenüber von einem südostasiatischen Holocaust, einer Vertreibung der chinesischen Minderheit in Vietnam durch den Sozialimperialismus.

Und was sagen wir, die undogmatischen, selbstdenkenden und unabhängigen Linken? Die meisten können wohl nur noch trauern und vielleicht weinen, aber wir schweigen dazu (die „blätter des iz3w“ nicht ausgenommen!). Es erschlägt uns unsere Hoffnung, die wir in unserem Engagement gegen den amerikanischen Vietnamkrieg gezeigt hatten. War unser Protest falsch? Doch wie schreibt uns ein Leser: „Nicht Trauerarbeit, sondern politökonomische Analyse ist vonnöten“ (blätter des iz3w, Nr. 77). Wohlan, ans Werk!

Hunderttausende haben Vietnam auf Schiffen, die oftmals nicht mal mehr den Namen „Boot“ verdienen, verlassen. Es ist unbestritten, daß bei ihrer Flucht im südchinesischen Meer Zehntausende infolge Schiffsbruch ertrunken oder an Mangel an Wasser und Nahrung umgekommen sind. Die UNO-Flüchtlingsbehörde schützt, daß auf jeden lebend in den Lagern Malaysias, Indonesiens, Thailands, Singapurs, der Philippinen oder in Hongkong ankommenden Flüchtlingen einer auf der Flucht gestorben ist.

Was treibt diese Menschen dazu, ihr Heimatland zu verlassen und sich in das Abenteuer dieser lebensgefährlichen Flucht, die bei lebender Ankunft auf festem Boden mit einer ungewissen Zukunft verbunden ist, zu begeben? Die meisten von ihnen haben umgerechnet einige Tausend D-Mark in Gold oder Geld an vietnamesische Behörden und/oder Fluchthelfer bezahlt, um in nicht hochseetüchtigen und überfüllten Booten ihre Flucht anzutreten. Warum zahlt jemand (vielleicht sogar freiwilligerweise) ein Vermögen, um in den Tod zu fliehen?

Sind die fliehenden Vietnamesen eine unterdrückte und vertriebene Minderheit (Chinesen) oder verlassen sie Vietnam, weil sie mit den harten Lebensbedingungen des Neuaufbaus des von jahrelangen Kriegen zerstörten Vietnam nicht zurechtkommen und, aufgestachelt von ausländischer und inländischer Agenten- und Propagandatätigkeit, ein besseres Leben im Ausland erhoffen?



Diese Fragen versucht der folgende Artikel durch die Untersuchung der innen- und außenpolitischen Situation in Vietnam seit der Befreiung (oder „Befreiung“) 1975 einer Klärung näherzubringen.

Die Situation nach dem Ende des vietnamesisch-amerikanischen Krieges

Als am 30. April 1975 die Streitkräfte der Befreiungsfront und die nordvietnamesische Armee in Saigon, dem heutigen Ho Tchi Min Stadt, einzogen, war klar, daß die Folgen des über zwanzigjährigen Krieges in Vietnam und Indochina, der japanische, der französische und der amerikanische Krieg eine Vielzahl von Problemen hinterlassen hatten, die nicht von heute auf morgen zu lösen waren und sind. Im Gegensatz zu den Roten Khmer, die Phnom Penh nach dem Sieg innerhalb weniger Wochen fast vollständig entvölkerten, gingen die Vietnamesen mit der durch den Krieg aufgeblähten 4-Millionen-Stadt Saigon äußerst behutsam um. Daher kam es auch im Jahre 1975 nicht zu einer größeren Fluchtbewegung aus Vietnam. Außer den höchsten Beamten des Thieu-Regimes und den US-Amerikanern verließ damals kaum jemand Südvietnam.

Die Zerstörungen des Vietnamkrieges

(1945 – 1975)

2 Mio. Tote
5 Mio. Verwundete
1 Mio. Witwen
1 Mio. Waisen
10 Mio. Vertriebene
500 000 Prostituierte
500 000 Drogensüchtige
400 000 Kriegsversehrte
14 Mio. Tonnen Bomben, Artilleriegeschosse, Minen und Munition verwendet (10 x mehr als im Zweiten Weltkrieg in Deutschland)
400 000 Tonnen nichtexplodierter Bomben und Minen liegen immer noch in den Reisfeldern und Wäldern
20 Mio. Bombenkrater = 140 000 ha

71 253 000 Liter Entlaubungsmittel zerstörten:
1 181 331 ha Urwald
1 239 459 ha Bambuswald
261 229 ha Reisfelder
260 308 ha Edelfolzwälder (45 Mio. m³ Nutzholz)

Tausende von Kilometern zerstörter Straßen, Eisenbahnschienen, Brücken, Hunderttausende von ausgebombten Wohnungen, Schulen, Spitälern.

Die Politik bis Ende des Jahres 1977

Die erste Phase des Wiederaufbaus und der Umgestaltung des Südens erfolgte nicht aufgrund schematischer Pläne aus Nordvietnam, sondern durch die schrittweise Einführung des Sozialismus. Diese Politik – der wirtschaftlichen Situation und dem politischen Bewußtsein der Bevölkerung durchaus angemessen – wurde vom Vietkong, wie die südvietnamesische Befreiungsfront während des Vietnamkrieges in den Medien genannt wurde, Politikern der „Dritten Kraft“, die während des Krieges durch ihre politische Opposition gegen das Thieu-Regime eine bedeutende Rolle gespielt hat und nordvietnamesischen Kadern gemeinsam durchgeführt. Die Einbeziehung nordvietnamesischer Kader und der „Dritten Kraft“ war sowohl für den Vietkong aufgrund des außerordentlichen Kadermangels notwendig – ein Großteil der autochtonen südvietnamesischen Kader ist während des Krieges, besonders während der sehr blutigen TET-Offensive 1968 gefallen – als auch ein bewußter Schritt zur politischen Wiedervereinigung des Landes, die nach den Wahlen von April 1976 mit der Proklamierung der Sozialistischen Republik Vietnam im Juli 1976 formal verwirklicht wurde.

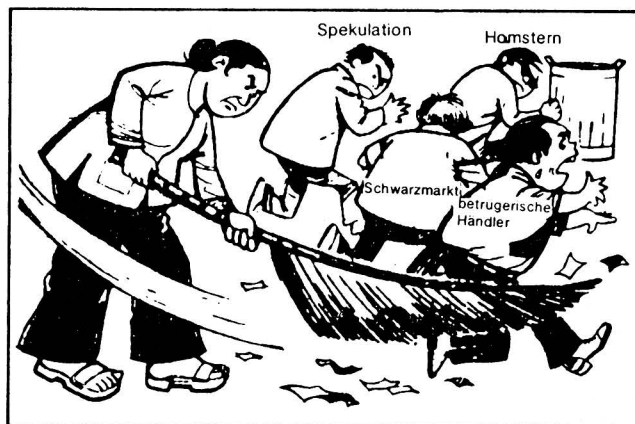
Die Umerziehung der militärischen und zivilen Angehörigen des Thieu-Regimes erfolgte recht unterschiedlich: Während untere Verwaltungskader schon nach wenigen Wochen politischer Schulung oftmals wieder auf ihre alten Posten zurückkehrten und ehemalige Soldaten entlassen wurden, sobald sie bereit waren, irgendwo auf dem Lande oder in den Fabriken zu arbeiten, wurden die mittleren und höheren Militärs und Beamten (insgesamt ca. 100 000) einer längeren Umschulung unterzogen, die in den einzel-

nen Lagern sehr unterschiedlich gehandhabt wurde. Im Gegensatz zu Kampuchea wurde in Vietnam jedoch nur eine äußerst geringe Zahl ehemaliger Feinde hingerichtet. Der überwiegende Teil der Umzuerziehenden sollte nach drei Jahren in den Aufbauprozeß eingegliedert sein.

Schwierig gestaltete sich auch die „Umerziehung“ der ehemaligen Prostituierten. Auch hier zeigte sich die politische Weitsichtigkeit der vietnamesischen Politik der ersten Phase, mit allen Kräften des Landes beim Wiederaufbau zusammenzuarbeiten: Reisende berichteten von katholischen Klöstern, in welchen unter der Aufsicht der Nonnen ehemalige Prostituierte Lesen und Schreiben lernen. Das Problem der Prostitution wie auch der Kriminalität ist jedoch auch heute in Ho Tchi Min Stadt noch lange nicht als gelöst zu betrachten.

Änderung der Politik im Jahre 1978

Im Jahre 1978 änderte sich die politische und ökonomische Linie der vietnamesischen Partei grundlegend. Am 20. März wurde die Kampagne für die Unterdrückung des kapitalistischen Handels begonnen. Am 3. Mai wurden die bis dahin getrennten Währungszonen Nord- und Südvietnams zu einer Währungseinheit zusammengefaßt. Im landwirtschaftlichen Bereich wurde die Linie, daß die Entwicklung der materiellen Grundlagen der Landwirtschaft Vorrang vor der Kollektivierung im Süden habe, umgekehrt: als erstes muß das Land und die anderen Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt und die Arbeit kollektiviert werden. Im Juni wurde Vietnam Vollmitglied im RGW. Im November wurde ein Freundschafts- und Zusammenarbeitspakt mit der Sowjetunion abgeschlossen. Im Dezember begann die Invasion in Kampuchea. Der Flüchtlingsstrom setzte ebenfalls im Jahre 1978 ein und muß im Zusammenhang mit den innen- und außenpolitischen Veränderungen gesehen werden.



Vietnamesische Karikatur zur Säuberung der kapitalistischen Wirtschaftsbereiche

Der tertiäre Sektor – kapitalistischer Dolch im Herzen des sozialistischen Vietnam

75 % der nichtmilitärischen Güter, die Südvietnam unter dem Thieu-Regime im Jahre 1974 importierte, waren Konsumgüter: Nahrungsmittel, Pharmaprodukte, Mopeds, Autos, Elektro- und Elektronikgeräte etc. Dieser hohe

Konsumgüterimport führte zu einer Unterentwicklung lokaler Industrie und einem Aufblähen des Handelssektors. So nahm in der „Blütezeit“ des Vietnamkrieges der tertiäre Sektor (Handel und Dienstleistungen) in Saigon-Cholon 70 % des Bruttosozialproduktes der Stadt ein gegenüber nur 7 % des Industriegütersektors. „Im Januar 1975 hatte Saigon-Cholon 1 678 kommerzielle Handelsunternehmen, 795 Import-Exportfirmen, 18 Warenhäuser, 220 Hotels mit einer Kapazität von 16 000 Gästen. Von den 550 000 Haushalten in der Stadt lebten 366 000 vom Handel oder dem Dienstleistungsbereich (200 000 Haushalte im Handel; 100 000 im Dienstleistungsbereich; 16 000 in Restaurants und Hotels). Zu diesen Zahlen müssen noch 20 000 Trödler, Händler etc. hinzugezählt werden. Deren Klasse wuchs nach der Befreiung noch sehr heftig – verursacht durch das Anwachsen der Arbeitslosen, so daß es schwierig ist, genaue Zahlen anzugeben.“ (1)

Gegenüber diesen „freien Händlern“ und Handelsunternehmen war die provisorische Regierung Südvietnams machtlos. Im September 1975 wurden zwar die Banken und Import-Export-Firmen verstaatlicht, die kleineren und mittleren Händler konnten jedoch *ihren* Geschäften wie gewohnt nachgehen. Dies hatte die Wirkung, daß Waren zu staatlich festgesetzten Preisen, besonders die Grundnahrungsmittel, in den Staatsläden nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren, während auf den 13 Schwarzmärkten von Ho Chi Min Stadt zu überhöhten Preisen Waren unterschiedlichster Herkunft angeboten wurden, ohne daß die Behörden diesem Treiben ein Ende setzten.

Die Nahrungsmittel wie Reis und Fisch wurden von den Händlern den Bauern und Fischern direkt abgekauft. Handwerkliche Produkte gelangten auf die gleiche Art und Weise auf die Schwarzmärkte, anstatt in staatlichen Läden angeboten zu werden. Hinzu kamen unzählige Waren, die im April und Mai 1975 aus den von den Amerikanern verlassenen Armeelagern geplündert worden waren, wie amerikanische Zigaretten und Alkoholika, Cassettenrecorder, Kühlschränke, TV und andere Luxus- oder hochwertige Konsumgüter. In Ho Chi Min Stadt gab es Anfang 1978 200 staatlich betriebene Lager und 427 Läden im Stadtgebiet und den Vorstädten. Trotz hoher Wachstumsraten konnte der staatliche Handel die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht ausreichend befriedigen. Der Schwarzmarktpreis für Reis lag beispielsweise im November 1977 bis zu zehnmal höher als der staatlich festgesetzte Preis. (2)

Es gab sogar einen schwarzen Industriegütermarkt. Einige Händler hielten in Lagern dringend benötigte Maschinen und Ersatzteile versteckt, die dem Staat zu überhöhten Preisen angeboten wurden.

Es versteht sich von selbst, daß der private Handel, der noch Anfang des Jahres 1978 70 % des gesamten Handels Südvietnams ausmachte, jegliche staatliche Planung über den Haufen warf.

Im Jahre 1978 änderte sich die Politik gegenüber den Händlern vollständig. Es wurde erkannt, daß die Politik des langsamen Ausdehnens des staatlichen Handels aufgrund der ökonomischen Stärke des kapitalistischen Sektors zum Scheitern verurteilt war. Am 20. März 1978 wurde damit begonnen, Waren und Guthaben der Mittel- und Kleinhändler zu inventarisieren und einzufrieren. Soweit sich die Händler nicht gegen behördliche Maßnahmen wehrten, indem sie Lager versteckt hielten, Guthaben nicht anzeigten oder die Behörden zu bestechen versuchten, wurden sie gegen staatlich festgesetzte Entschädigungen enteignet. Versteckte Lager und Guthaben wurden entschädigungslos enteignet. Private Konsumgüter einschließlich Autos, Kühlschränke, TVs etc. wurden den Händlern in jedem Fall be-

lassen. Das enteignete Kapital sollte in einer produktiven Branche nach freier Wahl investiert werden: Industrie, Landwirtschaft, Holzwirtschaft oder Fischfang bzw. -zucht. Sie konnten entweder ihr Kapital in bestehende Betriebe oder Kollektive einbringen, neue staatlich-private Unternehmungen gründen. Oder aber Privatinvestitionen unter staatlicher Planung und Aufsicht vornehmen. Im Regierungsbeschuß zur Überführung des kapitalistischen Handelssektors in die Produktion vom 31. 3. 78 heißt es:

... Der Staat hat beschlossen, den Handel durch Kapitalisten abzuschaffen, und ermutigt die letzteren, sich zu ändern und an der Produktion teilzunehmen, entlang der Linie des Sozialismus, in Branchen, die dem Land und dem Volk dienen sowie ihrer eigenen Person und ihren Familien, indem sie sich den Menschen anschließen, die für den Wohlstand der Nation arbeiten.

Kapitalistischen Kaufleuten ist es erlaubt, in Landwirtschaft und Industrie zu operieren, eingeschlossen Kleinindustrie und Handwerk, Fischerei und Forstwirtschaft, in strikter Übereinstimmung mit staatlichen Richtlinien, Politik und Plänen und in Übereinstimmung mit Regulierungen, die wirtschaftlichen Zonen und Spezialisierung betreffend sowie demographische und arbeitsmäßige Neuverteilungen nach nationaler und regionaler Gewichtung

Kapitalisten, die sich in der Produktion engagieren, werden ermutigt, ihr eigenes Geld, ihre Produktionsmittel und physikalische Möglichkeiten zu nutzen, um mit der notwendigen Unterstützung des Staates relativ große Produktionsunternehmen zu gründen, indem sie fortschrittliche Technologie benutzen (3)

Diese Maßnahmen – allein in Ho Chi Min Stadt wurden im März 1978 von 30 000 Geschäftsleuten die Waren und Konten eingefroren – sollten begleitet werden durch den raschen Aufbau eines sozialistischen Handelssystems, aber die vorhandenen und neu eröffneten Staatsläden reichten nicht aus, um die Versorgungslücken, die die Enteignungen bewirkt hatten, zu schließen.

Landwirtschaft

In den „Neuen Wirtschaftszonen“ (NWZ) wurde mit der Rücksiedlung und Neuansiedlung von Bauern, die während des Krieges aus den „Feuer Frei Zonen“ (4) in die Städte geflohen waren, begonnen. Auch hierbei wurde im Gegensatz zur Politik der Roten Khmer im benachbarten Kambuchea mit möglichst wenig Zwang und viel politischer Überzeugung und Bereitstellung von Maschinen, Saatgut, Land und Steuerfreiheit vorgegangen. Die Kollektivierung wurde im Süden zunächst zurückgestellt und Vorrang der Steigerung der materiellen Produktion gegeben. Jedoch gelang es der Regierung in den ersten drei Jahren nicht, die Bauern von der Notwendigkeit einer Produktionssteigerung zu überzeugen. Oftmals wurde nur für die Eigenversorgung angebaut oder Reisüberschüsse anstatt den Behörden auf dem schwarzen Markt oder privaten Händlern verkauft.

Die in den NWZ arbeitenden Bauern schienen sich das Leben weniger hart vorgestellt zu haben und mehr Möglichkeiten des Erwerbs von Konsumgütern erhofft zu haben. Zudem war und ist die Gefahr bei der (Wieder) Urbarmachung des Bodens durch die Hunderttausende von Blindgängern, die noch immer auf den Feldern und Wäldern Vietnams liegen und mit deren Beseitigung die Sprengkommandos nicht nachkommen können, groß. Dies führte dazu, daß viele der Neusiedler die NWZs wieder verließen

und in die Städte zurückkehrten, wo sie als Nichtregistrierte keine öffentlichen Reiserationen erhielten und vollständig auf den Schwarzmarkt angewiesen waren und sind.

Vietnams zweiter Fünfjahresplan (1976–1980), der jedoch erst mit der Verabschiedung im Dezember 1976 in Kraft trat, konnte aufgrund der mangelnden politischen Mobilisierung der Bauern und hinzukommender Naturkatastrophen (Dürre Ende 1976 sowie Taifunschäden im Delta des Roten Flusses Mitte 1977) im Jahre 1977 nur annähernd verwirklicht werden: Die Reisproduktion blieb 2,5 Mio. Tonnen unter dem gesetzten Ziel von 13,7 Mio. Tonnen. (5) Auch im Jahre 1978, dem Jahr der fortschreitenden Kollektivierung der Landwirtschaft im Süden, blieb der Ernteertrag noch unter dem Vorjahresniveau. Verursacht durch Flutkatastrophen und Schädlingsbefall, aber auch ein weiteres allgemeines Nachlassen der Produktivität trugen dazu bei. Es konnte weiterhin nicht wie geplant genügend Neuland urbar gemacht werden und der verteilte Landüberschuß der Mittelbauern des Mekingdeltas produktiv genug genutzt werden. Auf der anderen Seite erhöhten die Flutkatastrophe im September 1978 die Bereitschaft der Bauern, bei der Wasserregulierung zusammenzuarbeiten, welches dem neuen Ziel der Regierung, die Kollektivierung voranzutreiben, entgegenkam.

Industriegüterproduktion

Auch die Industriegüterproduktion konnte die Planziele der letzten Jahre nicht erreichen. 1978 soll sie der Far Eastern Economic Review (FEER) nach nur eine Steigerung von 6 % gegenüber dem Vorjahr ausgemacht haben. Die Ursachen dafür werden im Disengagement der Kader („Despotischer Bürokratismus und mangelndes Verantwortungsgefühl“) gesehen. Die Folge ist – so die FEER nach vietnamesischen Zeitungsberichten –, daß Maschinen und Werkzeuge nur halb benutzt und oft nur 4–5 Stunden im Tagesdurchschnitt im Arbeitsprozeß verwendet wurden. So konnten auch verschiedene mit ausländischen Krediten in Angriff genommene Projekte nicht ausgeführt werden oder verzögerten sich beträchtlich aufgrund mangelnder Fertigstellung der Infrastruktur durch vietnamesische Stellen. Die wirtschaftlich angespannte Situation wurde in diesem Jahr durch die vietnamesische Invasion in Kambodscha und der chinesischen Strafexpedition gegen Vietnam sowie der Flucht chinesischer Facharbeiter aus Nordvietnam, dem traditionell stärker industrialisierten Teil des Landes, noch weiter verschlechtert.

Außenpolitik

Die außenpolitischen Aktivitäten des wiedervereinigten und in die UNO aufgenommenen Vietnams waren in der ersten Phase von dem Wunsch geprägt, von jeder möglichen Seite Aufbauhilfe zu erhalten. Als Land, das sich während des Krieges traditionell im sino-sowjetischen Konflikt um das wahre Weltzentrum des Kommunismus neutral verhalten hat, erhielt es Wirtschafts- wie Militärhilfe sowohl aus der Sowjetunion und den anderen RGW-Staaten wie aus der VR China. Außer der Fortsetzung dieser Hilfe nach dem Krieg erwartete Vietnam Milliardenhilfsprogramme aus den westlichen Staaten, insbesondere die von den USA im Pariser-Friedensabkommen zugesagte Wiederaufbauhilfe. Als, statt amerikanischer Wirtschaftshilfe, die amerikanische Handelsblockade Vietnams aufrechterhalten wurde, sich die Verbesserungen in den sino-amerikanischen Beziehungen abzeichneten, setzte sich in der KP Vietnams die Linie

durch, die für eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion plädierte.

Ohne über Folgen und Ursachen streiten zu wollen, möchte ich die wichtigsten Fakten der vietnamesischen Außenpolitik kurz darstellen:

– Deutlich werdende Verschlechterungen der sino-vietnamesischen Beziehung seit der Wiedervereinigung Vietnams und der Ausdehnung des vietnamesischen Einflusses in Laos.

– Chinas nationales Interesse an einer Balkanisierung, d. h. Zersplitterung in unabhängige nicht zusammenarbeitende Kleinstaaten – der indochinesischen Halbinsel steht dem Interesse Vietnams an „besonderen Beziehungen“ mit Laos und Kambodscha diametral entgegen.

– China – obwohl sich wirtschaftlich westlichem Kapital öffnend – unterstützt die isolationistische Politik der Roten Khmer propagandistisch und durch Waffenlieferungen im vietnamesisch-kampucheanischen Grenzkrieg, während die chinesischen Waffenlieferungen an Vietnam im Jahre 1975 eingestellt wurden.

– Im Jahre 1978, als der Grenzkrieg zwischen Vietnam und Kambodscha weiter eskalierte und sich Vietnams wirtschaftliche Situation verschlechterte (s. o.), erkaufte sich Vietnam dringend benötigte Wirtschaftshilfe durch politisches Wohlwollen von der Sowjetunion: Mitgliedschaft im RGW und der Freundschaftsvertrag mit der UdSSR. China antwortete in bester Großmachtmanier – nicht anders als gegenüber der ideologischen Kritik aus Albanien, aber auch nicht anders als die Sowjetunion im Jahre 1960 gegenüber China: von einem Tag zum anderen werden alle Hilfsprojekte gestoppt und alle Experten zurückbeordert.



Der Wiederaufbau: eine gigantische Aufgabe

– Es häufen sich lokale Grenzgefechte an der vietnamesisch-chinesischen Grenze. Der Invasion Vietnams in Kambodscha folgte die chinesische „Strafexpedition“ nach Vietnam und der noch andauernde Spannungszustand an der Grenze.

Die Politik der einseitigen Anlehnung an die Sowjetunion und des Inkaufnehmens der Feindschaft (bis hin zum Krieg) mit dem Nachbarstaat China war das sichtbare Zeichen eines Politikumschwungs Anfang des Jahres 1978, den wir auch in der Innenpolitik Vietnams verzeichnen können. Die härtere innenpolitische Behandlung der Bauern (Kollektivierung) und Händler (Enteignung) läuft parallel mit der außenpolitischen Festlegung auf die Sowjetunion. War schon durch die Wahlen 1976 die traditionell neutralistische „Dritte Kraft Südviets“ politisch kaltgestellt worden, so wurden die prochinesischen oder besser die neutralistischen Kräfte in der vietnamesischen Führung im Laufe des Jahres 1978 überzeugt oder zurückgedrängt.

Die Flüchtlinge

Man muß zwei Flüchtlingsströme aus Vietnam in den beiden letzten Jahren unterscheiden, die sich sowohl aufgrund ihrer lokalen und klassenmäßigen Herkunft als auch in der Fluchttrichtung unterscheiden.

Der erste Flüchtlingsstrom aus Vietnam – Frühjahr bis Sommer 1978 – bestand fast ausschließlich aus ethnischen Chinesen (Hoas), die hauptsächlich aus Nordvietnam nach China gingen. Die Anzahl dieser Flüchtlinge beträgt ca. 200 000 (die Angaben schwanken zwischen 160 000 und 240 000); nur etwa 5 % stammen aus Südvietnam, die restlichen 95 % aus dem Nordteil des Landes; es sind Bauern aus den Grenzgebieten zu China oder Arbeiter, meistens Facharbeiter aus den Städten Nordvietnams. Ihre Flucht fällt in die Zeit der ersten lokalen Grenzkonflikte und der damit verbundenen gegenseitigen Propagandatätigkeit zusammen.

Es handelt sich bei diesen Flüchtlingen nicht um „Wirtschaftsflüchtlinge“, die den harten Lebensbedingungen Vietnams entgehen wollten, sondern um Fluchtbewegungen, die aufgrund des außenpolitischen Kurswechsels Vietnams und der lokalen Grenzkriege ausgelöst wurden. Es ist leicht vorstellbar und auch nicht anders erklärbar, daß die chinesischstämmigen Grenzbewohner und (Fach)arbeiter sich *sowohl* infolge der mit den Grenzkonflikten und der weltpolitischen Lage verbundenen wechselseitigen Propagandatätigkeit in ihrer Haut nicht mehr sicher wähnten, *als auch* daß die Säuberungen von „antivietnamesischen Kräften“ eine beginnende Repression gegen die Hoas darstellte. Vermutlich waren die vietnamesischen Kader nicht in der Lage oder willens, zwischen dem außenpolitischen Feind und der mit diesem Feind ethnisch verwandten einheimischen Bevölkerung zu unterscheiden. Daß hier bedeutende Fehler von den vietnamesischen Behörden begangen wurden, wird deutlich, wenn man die Folgen der Auswanderung der Hoas betrachtet: Wirtschaftsbereiche wie die Kohleförderung und der Auslandstransport verzeichneten Rückschläge durch den Verlust der chinesischen Berg- und Hafearbeiter, von denen sich die vietnamesische Wirtschaft noch lange nicht erholt hat. Auch die Flucht der Grenzbevölkerung wird die landwirtschaftliche Produktion nicht gerade gesteigert haben.

Für das Schicksal dieser Arbeiter und Bauern sind die vietnamesische und die chinesische Regierung gleichermaßen verantwortlich: Beiden geht nationale Machtpolitik über das Wohlergehen der Bevölkerung. Wäre es anders, wäre es auch nie zum Krieg zwischen Vietnam und China gekommen.

Der zweite Flüchtlingsstrom in den „freien Westen“ schwoll im Sommer 1978 an und dauerte bis zur Genfer Flüchtlingskonferenz im Juli 1979. Viele unabhängige Beobachter kamen durch Interviews oder in Berichten zu dem Schluß, daß diese Flüchtlinge oftmals aus materiellen Gründen geflohen sind. Unter den 1 000 Flüchtlingen, die Strahlmann Albrecht (seines Zeichens niedersächsischer Ministerpräsident und augenblicklicher Gorlebentiefbohrer) 1978 als Weihnachtsgeschenk nach Deutschland holen ließ, ist kein einziger Arbeiter oder Bauer, wie Eckhard Spoo berichtet. (6) Eine in Celle (Niedersachsen) eingerichtete vietnamesische Familie wurde beim Betreten der Küche gefragt: „Ob sie etwas vermisst? Sie (die Hausfrau wurde selbstverständlich gefragt) weiß es nicht: Sie habe, übersetzt die Dolementscherin, in Saigon Küchenpersonal gehabt und daher die Küche nie betreten.“ (7)

Auch zwei andere Interviews von Flüchtlingen auf der größten malayischen Flüchtlingsinsel Pulau Bidong belegen, daß

es sich bei den Flüchtlingen der 2. Phase nicht um Bauern und Arbeiter handelt:

Tran ist Ingenieur, 25 Jahre alt. Wie andere Intellektuelle und Priester betrachtete ihn die Regierung von Hanoi als potentiellen Auführer, der der sozialistischen Umwandlung Widerstand leisten werde. Zweieinhalb Jahre lang wurde er in verschiedenen Umerziehungslagern geschunden. Freigelassen, sollte er in den Wiederaufbauprozess des Landes integriert werden. Dazu meinte er: „Wie lange? Sowie man uns durch Nordvietnamesen hätte ersetzen können, wären wir in den neuen Wirtschaftszonen gelandet.“

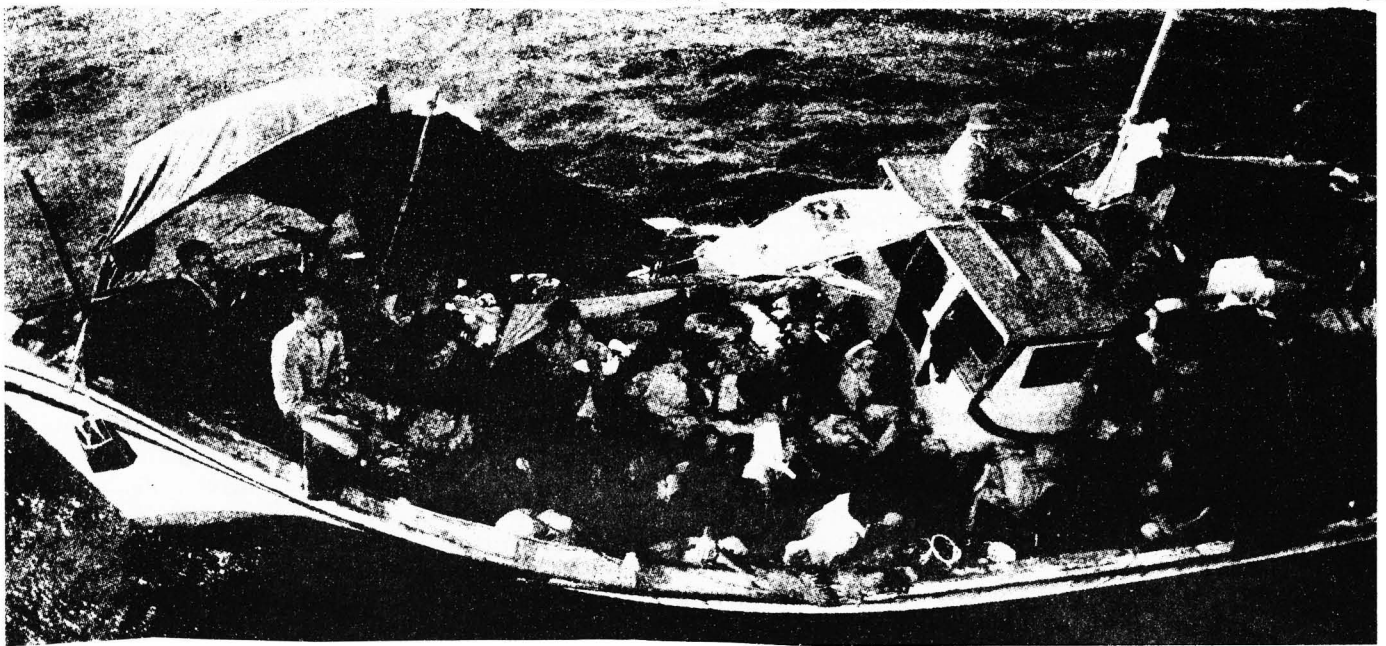
Ein anderes Schicksal: Dr. Nguyen Van Quoc flüchtete, weil sie nicht mehr als Ärztin frei entscheiden konnte. Politische Kader herrschten in ihrem Hospital, und politische Prioritäten ersetzten medizinische Erwägungen. „Hätte ich mich geweigert, wäre mir die Ausübung des Berufs untersagt worden. Dann bliebe mir nur noch die körperliche Arbeit in den neuen Wirtschaftszonen.“ (8)

Diese Beispiele zeigen deutlich eine erste Kategorie von Flüchtlingen an: Intellektuelle Südvietnamesen – vietnamesisch- wie chinesischstämmige –, die sich nicht mit den Erfordernissen des Aufbauprozesses und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft – wie die auch im einzelnen aussehen mag – abfinden wollen. Sie akzeptieren keine politische Entscheidung über „ihre Wissenschaft“ und wollen auf keinen Fall in die neuen Wirtschaftszonen geschickt werden. Dies scheint ihnen eine so große Bedrohung, daß sie auf der Flucht das Leben riskieren (was ihnen beim Antreten der Flucht wohl nicht immer klar ist). (9)

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß hier dringend benötigte Fachkräfte Vietnam verlassen haben. Daß ein Großteil der technischen und wissenschaftlichen Elite das Land verläßt, zeigt an, daß die vietnamesische Führung sich eklatante Fehler in der Behandlung der Intellektuellenfrage geleistet hat.

Die zweite Kategorie von Flüchtlingen, die über den Seeweg Vietnam verlassen, rekrutiert sich aus den im Frühjahr letzten Jahres enteigneten Händlern (s. o.) und Handwerkern, denen ein ähnliches Schicksal (vermeintlich oder tatsächlich) droht. Der Handel wie das Handwerk wurde – wie auch in anderen südostasiatischen Ländern – fast ausschließlich von Auslandschinesen ausgeübt. Die Enteignung der Händler stellte, wie oben ausgeführt wurde, nicht einen Schlag gegen eine rassische Minderheit dar, sondern war ein notwendiger Schritt im Aufbau des vietnamesischen Sozialismus. Die chinesischen Händler wurden nicht wegen ihrer Rasse (Chinesen) enteignet, sondern aufgrund ihrer Klassenlage. Sie sollten – so der Plan der Regierung – sich am Aufbau des Landes beteiligen. Aber auch hier schien die körperliche Arbeit die höchste Bestrafung überhaupt zu sein. Daß unter den Händlern wie Intellektuellen gleichermaßen eine so geringe Einsicht in die notwendige körperliche Arbeit bei der Entwicklung des Landes vorhanden ist, zeigt jedoch auch schwere Fehler bei der politischen Überzeugungsarbeit durch die Kader an. Daß bspw. die Enteignung der Händler wirtschaftlich und politisch übereilt worden war, läßt sich an den entstehenden Versorgungsschwierigkeiten und am Flüchtlingsstrom ablesen.

Die Korruption, das einzige, was unter dem Thieuregime funktionierte, blühte auch nach der Befreiung im Süden weiter. Es wurde zwar im Kampf gegen die Korruption immer wieder eine Reihe von Kadern von ihren Posten entfernt. Die geringen Gehälter unter den Bedingungen einer fortwährenden ökonomischen Krise – verbunden durch hohe Inflationsraten infolge der Versorgungsschwierigkeiten – führte dazu, daß die Korruption weiterhin sehr verbreitet ist. Die Fluchtgelder, die außer an die Bootbesit-



zer auch an vietnamesische Behörden zu bezahlen waren, sind also keineswegs als Devisen eingeplant gewesen, sondern in die Taschen korrupter Kader verschwunden. (10)

Die Flüchtlingspolitik der westlichen Industriestaaten

Es geht der Bundesregierung und den anderen Regierungen der westlichen Industriestaaten nicht darum, aus humanitären Gründen Flüchtlingen zu helfen. Vielmehr werden Flüchtlinge nach politischen Kriterien ausgesucht. Dabei sind die Flüchtenden aus den sozialistischen Staaten die willkommenen, mit deren Hilfe sich antikommunistische Propaganda betreiben läßt. Folgende Fakten sprechen für sich:

- 1 Million Menschen sind vor den Kolonialregimen im südlichen Afrika geflohen
 - mehr als eine halbe Million wurden am Horn von Afrika vertrieben, darunter 400 000 aus Eritrea (11)
 - In Lateinamerika können mehrere Millionen Menschen aus politischen Gründen nicht in ihrer Heimat leben. Für diese Menschen hat es keine Flüchtlingskonferenzen gegeben.
- Aber auch bei Flüchtlingen aus sozialistischen Staaten geht es weniger um konkrete Hilfe durch die westlichen Industriestaaten.
- Ein Schlepper eines bundesdeutschen Eigners hatte im Südchinesischen Meer 412 Vietnamflüchtlinge aufgefischt. „Der Gedanke ihnen Asyl zu gewähren, wurde von Bonn händeringend zurückgewiesen. Da das deutsche Schiff offiziell unter der Flagge Singapurs fuhr, kam jemand auf einen ‘eleganten Dreh’. Der Schlepper setzte die 412 heimlich auf einer einsamen Insel ab.“ (12)
 - Die USA nehmen nur diejenigen Vietnamflüchtlinge aus malaiischen Lagern auf, die auf ihrer Seite im Vietnamkrieg gekämpft haben.
 - Frankreich nimmt nur Flüchtlinge auf, die französisch sprechen und als nützlich für die Wirtschaft gelten.
 - Australien nimmt gewöhnlich nur Facharbeiter auf (13)
 - Die Bundesregierung hat die 89 Millionen DM Kapitalhilfe an Vietnam schon 1975 eingefroren.
 - Ebenfalls 1975 verhängten die USA einen Handelsboykott gegen Vietnam und weigern sich hartnäckig, die 1973 zugesagte Reparationen zu zahlen. Sie bemühen sich auch andere Staaten und internationale Organisationen von einer Unterstützung Vietnams abzubringen (14)

– Insgesamt wurden von westlichen Industrienationen und der Weltbank 1,8 Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe storniert, d.h. nicht ausbezahlt.

Diese Maßnahmen erhöhen die Not – besonders die angespannte Situation in der Nahrungsmittelversorgung in Vietnam und treibt das Land weiter in die Abhängigkeit von der Sowjetunion.

Unsere Aufgabe ist es, diese Machenschaften der westlichen Regierungen zu entlarven und uns dafür einzusetzen, daß die zugesagten Hilfsprojekte an Vietnam geleistet werden.

Anmerkungen:

- 1) The Nguyen, Das große Handelszentrum von Saigon – Cholon, Einige Zahlen, in: Vietnam Courier, zitiert nach; China – Vietnam – Kampuchea, Der Rote Krieg, Analysen, Berichte, Dokumente, herausgegeben von der ESG-Tu und ESG-Ausländerladen, Berlin (West), Frühling 1979
- 2) ebenda und FR vom 28.11.1977
- 3) Regierungsbeschluß zur Überführung des kapitalistischen Handelssektors in die Produktion, in: Der Rote Krieg, a.a.O., S. 198 f.
- 4) In diesen Zonen wurde von der Us-amerikanischen Luftwaffe auf alles was sich bewegte geschossen und gebombt. Eine Maßnahme um die Unterstützung der Bevölkerung für die Befreiungsbewegung zu unterminieren.
- 5) Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Vietnam 1979, Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden; und: Far Eastern Economic Review Yearbook Asia 1979
- 6) FR 2.8.1979
- 7) SZ 2.7.1979
- 8) FR 14.7.79
- 9) Warum aber wegen der drohenden Arbeit in den neuen Wirtschaftszonen Hunderttausende das Leben risikierten, kann ich auch nicht rational erklären. Mir ist auch kein Interview bekannt, in dem diese Frage angesprochen wurde.
- 10) vgl. FEER, Yearbook Asia 1979
- 11) Guardian 21.5.1979
- 12) SZ 7.6.79
- 13) SZ 14./15. 5.79
- 14) TAZ 28.6.1969

Weitere, nicht zitierte Quellen:

Deutsche und ausländische Tageszeitungen wie im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt.



Eduard März: Offener Brief an linke Sozialisten

In den letzten Wochen ist kaum ein Tag vergangen, ohne daß uns wahre Schreckensbotschaften über das Los der vietnamesischen Flüchtlinge erreicht hätten. Ich entnehme einer einzigen Ausgabe der „International Herald Tribune“ die folgenden herzerreißenden Berichte: Malaysia treibt gewaltsam 13.000 vietnamesische Flüchtlinge auf 60 Booten ins offene Meer und erhöht damit die Zahl der Vertriebenen auf 55.000. Der Korrespondent fügt seiner knappen Meldung, die in einen Abgrund des Elends und der Verzweiflung blicken läßt, noch die trockene Angabe hinzu: Malaysia unterhält bereits 76.000 Vietnamesen in überfüllten Lagern.

Ganz ähnlich ist die Lage in Thailand. Mitte Juni trieben thailändische Truppen 45.000 kambodschanische Flüchtlinge mit Gewalt auf Kambodschanisches Territorium zurück. Aber auch Thailand muß bereits mehr als 200.000 Kambodschaner und Vietnamesen in seinen Flüchtlingslagern unterhalten und ist offenbar, ähnlich wie Malaysia, nicht mehr in der Lage, des Flüchtlingsstromes Herr zu werden. Während diese Zeilen geschrieben werden, treiben Hunderte, wenn nicht Tausende von Booten im südpazifischen Ozean mit zahllosen Vietnamesen an Bord, denen kaum Hoffnung auf Asyl in einem der Nachbarstaaten verbleibt.

Wie es den Kambodschanern ergeht, die in ihr „Heimatland“ gewaltsam zurückgetrieben wurden, können wir der gleichen Ausgabe der genannten Zeitung entnehmen. Sie werden, so berichtet ein ehemaliger Zivilbeamter aus Kambodscha, dem es gelungen ist, nach Bangkok zu gelangen, dem sicheren Hungertod preisgegeben. Wenn sie in die Wälder auf Suche nach Früchten oder Wurzeln gehen oder aus einem Teich Wasser schöpfen wollen, müssen sie damit rechnen, von einer Landmine zerrissen zu werden. Wenn sie sich wieder der thailändischen Grenze nähern, wird auf sie geschossen.

Aber die Wurzeln dieser unvorstellbaren Tragödie sind weder in Malaysia noch in Thailand noch in den anderen südpazifischen Ländern zu suchen. Sie befinden sich, wie mit allem Nachdruck betont werden muß, im vietnamesischen Boden, auf dem sich mit russischer und chinesischer Hilfe — und nicht zuletzt mit der moralischen Unterstützung der gesamten europäischen und amerikanischen Linken — ein sogenanntes kommunistisches Regime etabliert

hat, das sich nun nach dem Beispiel der früheren französischen und japanischen Kolonialherren zur Herrschaft über ganz Indochina anschickt und seine nach Hunderttausenden zählende ethnisch-chinesische Minorität systematisch ins Wasser treibt, nicht ohne sie vorher ihrer letzten Habseligkeiten zu berauben. Auch das Beispiel Hitlers scheint diese sonderbaren Kommunisten, die jedes Mitgeföhls für die getretene menschliche Kreatur bar sind, inspiriert zu haben.

Die Linkssozialisten Österreichs, zu denen ich mich immer gerechnet habe, haben die Sache Nordvietnams und des Vietkongs mit allen ihnen verfügbaren Mitteln, ideologisch und materiell, unterstützt. Berichte über die Untaten des Regime von Hanoi, wie etwa über die Ermordung von Zehntausenden Bauern in Nordvietnam auf Befehl des berüchtigten Truong Chin, der im übrigen noch immer eine führende Position in Vietnam innehat, haben wir stets als „amerikanische Greuelpropaganda“ abqualifiziert nach dem bekannten Wort, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Auch als uns im Jahre 1968 Berichte erreichten, daß die Nordvietnamesen im Verlauf der Tet-Offensive Tausende von Zivilisten hingerichtet und in Massengräbern der Stadt Hue hastig zugeschart hätten, taten wir dies als Zweckpropaganda ab. Dagegen empörten wir uns — sicherlich zu Recht — über die amerikanischen Bombardements und Entlaubungsaktionen und das Massaker von My-Lai. Unser Gerechtigkeitssinn hatte eine bedauerliche Schlagseite.

Nach dem Einzug der Nordvietnamesen in Saigon und der Vereinigung des Landes unter kommunistischer Flagge schien eine Ära des Friedens und des Wiederaufbaues und nicht zuletzt auch der Menschlichkeit ihren Anfang genommen zu haben. Journalisten vom Range eines Anthony Lewis, der in den Spalten der „New York Times“ mit unverhohlener Sympathie über den heroischen Kampf des Vietkongs berichtet hatte, stellten mit Befriedigung fest, daß es zu keinen Massakern unter der Zivilbevölkerung gekommen war. Lediglich seien Lager für die „Umerziehung“ eines Teiles der Bevölkerung errichtet worden. Wie viele Menschen in diesen Lagern unter welchen Bedingungen festgehalten werden, hat seither keiner dieser liberalen Journalisten in Erfahrung zu bringen versucht. Aber die Austreibung der ethnischen Chinesen aus Vietnam, die

kalte Okkupation von Laos und schließlich die gewaltsame Eroberung von Kambodscha, verbunden mit der Massenaustreibung eines Teiles der Zivilbevölkerung, sind Tatsachen, die sich nicht länger verschweigen lassen.

Anthony Lewis und viele andere renommierte Freunde Hanois haben während der letzten Monate einen Teil ihrer moralischen Schuld durch objektive Berichte über das unsägliche Flüchtlingselend in Indochina und über die Inhumanität des sogenannten kommunistischen Regime in Hanoi abgetragen. Aber was gedenken meine jungen linkssozialistischen Freunde hier in Österreich angesichts dieser furchtbaren Tragödie zu tun? Wieweit sind sie bereit, sich Rechenschaft über ihre eigene Mitverstrickung in diese Greuel durch einseitige Parteinahme und kritiklose Hinnahme der vietnamesischen Propaganda abzulegen? Und werden sie nun, da die Tatsachen nicht mehr abgeleugnet werden können, Gelder für die Vertriebenen und Schiffbrüchigen sammeln? Werden sie Druck auf unsere Regierung ausüben, die Tore unseres Landes für die Vertriebenen weiter zu öffnen? Werden sie vor den Botschaften Vietnams und der sie protezierenden Großmacht Protestdemonstrationen abhalten? Ich hoffe, sie werden es tun, um keinen dauernden moralischen Schaden zu erleiden.

Als ersten Schritt rufe ich sie auf, so wie seinerzeit für Vietnam, eine Sammlung für die Vietnamflüchtlinge zu organisieren und auf diese Weise ihren Willen zur Wiedergutmachung öffentlich zu dokumentieren.

FREITAG, 6. JULI 1979

Lieber Professor März!

Ihr Offener Brief in der Arbeiter-Zeitung vom 6. Juli 1979, gerichtet an linke Sozialisten, insbesondere jene jüngerer Jahrgänge, die sich in der österreichischen Vietnam-Solidarität engagiert hatten, hat mich beeindruckt. In einem bestimmten Sinn bin ich linker Sozialist, wenn auch nicht Mitglied Ihrer Partei, der SPÖ. Wie Sie vielleicht wissen, führte auch mich die indo-chinesische Tragödie und die Solidarität mit dem Befreiungskampf Vietnams, Laos' und Kambodschas zur Politik und zur Arbeiterbewegung.

Spätestens seit der vietnamesischen Intervention in Kampuchea, wofür das Schreckensregime Pol Pot der Vorwand und nicht die wahre Motivation war, ist es auch mir klargeworden, daß unser Bestreben, mit den Befreiungsbewegungen der indochinesischen Völker solidarisch zu sein, zwar ehrlich und unsere moralische Empörung über die Aggressionspolitik der USA berechtigt war. Heute muß ich jedoch selbstkritisch feststellen, daß wir im Überschwang unserer Gefühle und in der festen Überzeugung, die gerechten sozialen und nationalen Emanzipationskämpfe dieser Völker zu unterstützen, es weitgehend versäumt haben, uns mit den spezifischen Umständen, den nationalen, historischen, traditionellen Hintergründen dieser Länder und ihrer Völker kritisch auseinanderzusetzen. Wir haben, wie so oft angesichts revolutionärer Entwicklungen, die sozialrevolutionäre Dimension in einer durch und durch eurozentristischen Auslegung verabsolutiert und die nationalen Momente, wenn auch nicht vollkommen negiert, so doch sträflich vernachlässigt.

Ich stehe, nicht das erste Mal, vor einem Trümmerhaufen großer Hoffnungen und Erwartungen und muß bekennen: Ich bin mit daran schuld. Die Flüchtlingstragödie dieser Tage in Südostasien beschämt mich. Die teilnahmslose Haltung vieler meiner damaligen Mitstreiter in Österreich und in der internationalen Arena sehe ich mit Skepsis und wachsendem Unbehagen. Ich kann sehr gut verstehen, daß sie sich weigern, zuzugeben, zehn (ihrer vielleicht besten) Jahre in den Dienst einer Sache gestellt zu haben, die sich heute als vielfach ungeheuerlich entpuppt. Es ist nach wie vor meine Position — Nikaragua ist aktueller Anschauungsunterricht dafür —, daß die Politik der USA und der ehemaligen europäischen Kolonialmächte größtenteils, wenn nicht zur Gänze, die Schuld daran trägt, daß die postkolonialen Länder (der sogenannten Dritten Welt) auch nach ihrer Befreiung vom imperialistischen Einfluß mit Tragödien konfrontiert werden und selber solche auslösen, die gewissermaßen Nachwirkungen, späte Folgeerscheinungen einer bereits überwunden geglaubten Krankheit sind. Wir wären aber

schlechte Sozialisten, wenn wir alles und jedes den „objektiven Bedingungen“ in die Schuhe schieben würden. Wenn wir den subjektiven Faktor, die Möglichkeiten alternativer Entscheidungspolitik der Betroffenen plötzlich negieren würden. War es nicht dieser subjektive Faktor, der sich militärisch stärker erweisen sollte als die modernste Militärmacht der Welt? Muß er versagen, wenn statt mit den Waffen mit den Mitteln politischer Vernunft das eigene Schicksal souverän gestaltet werden könnte?

Ich greife, sehr geehrter Professor März, trotzdem ich in vielen Punkten Ihrer Ausführungen anderer Meinung bin, Ihren Vorschlag für eine Flüchtlingshilfe auf und möchte ihn meinerseits dahingehend konkretisieren, daß das ehemalige Österreichische Nationalkomitee für Vietnamhilfe mit Unterstützung der Bundesregierung erneut ins Leben gerufen wird — als Österreichisches Nationalkomitee für Indochinaflüchtlinge. Viele von uns — Träger, Initiatoren, Organisatoren der Vietnam-Solidarität — werden sich daran tatkräftig beteiligen.

Zsolt Patka, Wien

SONNTAG, 8. JULI 1979

Genosse Eduard März, den ich als einen Wirtschaftswissenschaftler schätze, hat mit seinem Beitrag „Flüchtlingstragödien: Die Wurzeln liegen in Vietnam selbst“ (AZ vom 6. Juli 1979) der Sache des anti-imperialistischen Kampfes einen schlechten Dienst erwiesen. Seine Ausführungen fordern zum Widerspruch heraus.

Er vertritt die These, daß an den furchtbaren Flüchtlingstragödien auch Österreichs Linksozialisten schuld seien, weil sie seinerzeit an einer breiten Solidaritätsbewegung für das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen den amerikanischen Aggressor teilgenommen haben. Damit hätten sie geholfen, jenes Regime in Hanoi an die Macht zu bringen, das heute für das Flüchtlingselend die Verantwortung trage.

Was zu dieser, Ursache und Wirkung verwechselnden, These zu sagen ist, hat bereits Genosse Olof Palme in einem bemerkenswerten AZ-Interview gesagt. Ich zitiere lediglich die sich auf die Flüchtlingstragödien beziehende Stelle:

„Der Krieg hat Vietnam verwüstet, zerstört. Das Flüchtlingsproblem, das, was jetzt passiert, ist unerhört, es ist aber eine Folge des Krieges. Nehmen Sie Kambodscha. Das war früher ein friedliches Land. Es wurde erst durch den Vietnamkrieg mit hineingezogen. Die vietnamesischen Flüchtlinge sind hauptsächlich Wirtschaftsfüchtlinge. Sehen Sie: In Saigon gab es Hunderttausende Prostituierte, Zuhälter, Bordellbesitzer, Drogenhändler und -opfer, da gab es einen riesigen, von den Amerikanern produzierten Schwarzhandel. Vielen Leuten konnte man keine Beschäftigung geben, sie haben einen total von der amerikanischen Besatzungsmacht abhängigen Handel betrieben.“ (AZ vom 8. Juli 1979.)

Jene, die an der internationalen Solidaritätsbewegung für Vietnam teilgenommen haben, brauchen daher nicht, wie es Genosse März verlangt, Selbstkritik zu üben. Unser Verhalten war historisch und politisch richtig. Das wird übrigens auch von liberalen Kreisen in den USA zugegeben, die mit Linksozialismus nichts zu tun haben. Persönlich würde ich, könnten sich die Ereignisse von damals wiederholen, nicht anders handeln: Ich würde wieder gegen die USA, für das vietnamesische Volk demonstrieren.

Die soziale Struktur der Vietnamflüchtlinge, auf die Genosse März nicht eingeht, hat der schwedische Sozialdemokrat Olof Palme in dem von mir gebrachten Zitat treffend charakterisiert. Freilich haben diese Flüchtlinge auch Kinder, die für das Verhalten ihrer Eltern nicht verantwortlich sind. Ich plädiere daher für eine rasche und humane Lösung des Flüchtlingsproblems, obwohl ich für Menschen, die dem eigenen Volk im antimperialistischen Kampf in den Rücken fielen, keine Sympathie empfinde.

Die wichtigste Aufgabe besteht heute darin, den wirtschaftlichen Aufbau des vom Krieg und den nachfolgenden Naturkatastrophen verwüsteten Vietnam zu unterstützen. Genosse März erwähnt mit keinem Wort, daß die überparteiliche Gesellschaft Österreich-Vietnam für diesen Zweck bereits namhafte Summen gesammelt und in das leidgeprüfte Land überwiesen hat.

Ich schlage konkret vor, daß jene Organisationen und Personen, die während des Krieges Träger der Vietnamsolidarität waren, dazu gehören natürlich auch die von Genossen März angesprochenen Linksozialisten, sich an dieser humanitären Aktion beteiligen.

Josef Hindels,
Vizepräsident der Gesellschaft
Österreich-Vietnam

FREITAG, 13. JULI 1979

Es fasziniert mich immer wieder, mit welchen Argumenten man Verbrechen an Menschen politisch rechtfertigen und verschleiern kann. Zwei davon findet man unerschwerlich in Josef Hindels Brief:

So teilt er in werteres und unwerteres Leben ein (Prostituierte, Rauschgift Händler und -abhängige haben anscheinend kein Anrecht auf Leben).

So verschweigt er wohlweislich, daß es sich bei den Flüchtlingen hauptsächlich um Chinesen handelt — diese Diffamierung einer ganzen Volksgruppe würde wohl zu sehr an die Judenverfolgungen erinnern.

Trotzdem glaube ich, daß es keinen Sinn hat, einen Leserbriefkampf auszutragen, sondern hoffe, daß man endlich handelt und sich Rettungsmaßnahmen für die Flüchtlinge überlegt — dabei möchte ich gern persönlich mit-helfen.

Barbara Markstein,
Brunn am Gebirge

★

Josef Hindels geht, wie mir scheint, in seiner Antwort an Eduard März an einigen Grund-tatsachen vorbei. Das massive An-wachsen des Flüchtlingsstroms aus Vietnam ist durchaus nicht nur auf ein soziologisches Erbe aus der amerikanischen Besatzungszeit zu-rückzuführen, sondern vor allem darauf, daß das sich sozialistisch nennende Vietnam seine chinesi-sche Minderheit immer als Fünfte Kolonne Chinas behandelt und unterdrückt — und daß das sich sozialistisch nennende China diese Flüchtlinge, die keineswegs nur Händler und Kaufleute sind, nicht aufnimmt. (Siehe dazu einen aus-führlicher Bericht in der kommunistischen „Unita“ vom 4. Juli 1979.)

Dazu kommt, daß der Großteil der seinerzeitigen nichtkommunistischen Opposition gegen Thieu, die dem Vietkong damals als „nützliche Idioten“ dienten, heute von der politischen Bildfläche ver-schwunden sind und, soweit sie nicht in Gefängnissen und in KZ festgehalten werden, ebenfalls zum Flüchtlingsstrom beitragen.

Als ehemaliger Sekretär der österreichischen Ostermarschbewe-

gung, die die ersten Vietnam-kundgebungen in Österreich orga-nisiert hat, möchte ich aber vor allem die Feststellung von Doktor März unterstreichen, daß sehr viele, die sich damals in dieser Frage engagiert haben — und keineswegs nur Linkssozialisten —, „auf einem Auge blind“ waren und in ihrer berechtigten Ableh-nung der amerikanischen Inter-vention nicht bereit waren, auch die Fehler und Verbrechen der anderen Seite zu sehen.

Dazu gehört vor allem das, was meiner Ansicht nach das schwerste Verbrechen der vietnamesischen Kommunisten war, obwohl es sich um eine Tatsache handelte, die allgemein bekannt war und von niemandem als „amerikanische Propaganda“ abgetan werden konnte. Ich meine die Ausdehnung der Kriegshandlungen auf benach-barte Länder durch die Errichtung des sogenannten „Ho-Tschi-Minh-Pfades“. Dadurch wurden insbe-sondere die Bemühungen der Re-gierung von Prinz Sihanuk ver-eitelt, Kambodscha durch eine neutrale Politik aus dem Krieg herauszuhalten. Die spätere ame-rikanische Intervention in Kam-bodscha wird durch diese Fest-stellung sicher nicht gerechtfertigt. Es bleibt aber eine Tatsache, daß die vietnamesischen Kommunisten schon lange vorher durch ihre brutale Mißachtung der Souverä-nität und der nationalen Interessen Kambodschas den Grundstein zu der Tragödie dieses Landes gelegt haben, deren letzten Akt wir noch lange nicht erlebt haben.

Georg Breuer, Wien 10

★

Die Antwort von Josef Hindels an Professor März zu dessen Bei-trag über die Flüchtlingstragödie in Vietnam erfordert ihrerseits eine Antwort, der Kürze wegen in Form von Fragen an Hindels.

Hauptfrage: Ist die Vertreibung von Menschen — ungeachtet des Umstandes, daß diese Form der Endlösung in der Geschichte immer wieder vorkommt — ein legi-times Mittel staatlicher Politik?

Wenn ja, wann und unter wel-chen Umständen?

Wenn nein (und ich meine, daß nein), wieso sollte die Vertreibung von Menschen gerade durch die Volksrepublik Vietnam entschuld-bar sein?

Nebenfrage: Die Richtigkeit der Qualifikation der Flüchtlinge als Prostituierte, Zuhälter, Schwarz-händler usw. unterstellt (meines Erachtens eine pauschale Ver-leumdung, die dadurch nicht wahr wird, daß sie von Olof Palme aus-gesprochen wurde), ist die Preis-gabe solcher Menschen an den Tod des Ertrinkens, des Verhungerns, an Überfälle durch Piraten usw. eine angemessene, unserem Stand der Zivilisation entsprechende Maßregel gegenüber diesen Perso-nen?

Wenn nein, wie sollte dann das Verhalten der Volksrepublik Viet-nam bezeichnet werden?

Dr. Karl Tambornino,
Untereggendorf

SONNTAG, 22. JULI 1979

Mitleid als politische Kategorie

Norbert Leser zum März-Hindels-Streit über das Schicksal der Vietnamflüchtlinge

Die zwischen Eduard März und Josef Hindels über die Frage der vietnamesischen Flüchtlingspolitik und der sozialistischen Haltung ihr gegenüber geführte Auseinandersetzung ist über den Anlaßfall, so bedeutsam dieser auch ist, hinaus von prinzipiellem Inter-esse. Eduard März hat sich im Laufe seiner politischen und mensch-lichen Entwicklung zu einer Ver-sion linker politischer Einstellung durchgerungen, die versucht, all-seitig kritisch zu sein und die Vor-gänge in der Gesellschaft und in den Ländern der Welt vom Stand-punkt eines humanistischen, inhalt-lich an bestimmte Wertvorstellun-gen geknüpften, demokratischen Sozialismus zu betrachten und zu bewerten. März gelangt dem-entsprechend bei seiner Analyse der internationalen Ereignisse und Zustände zu differenzierten Ergeb-nissen, und er scheut sich auch nicht, begangene Fehler und Fehl-einschätzungen zu bekennen und Konsequenzen aus gewonnenen Einsichten zu ziehen.

HINDELS HÄLT REVOLUTION NICHT HINTERFRAGBAR

Demgegenüber verkörpert Josef Hindels, den ich in anderen Zu-sammenhängen als Mitstreiter ge-gen innerparteiliche Fehlentwick-lungen, ja als Moralisten schätze, in allen Fragen, die mit der inter-

nationalen Politik zusammenhän-gen, einen Doktrinarismus, den schon Karl Renner als „Revolutio-narismus“ bezeichnet und an zeit-genössischen Marxisten gerügt hat. Die Haltung des Revolutionarismus besteht darin, die Revolution selbst und alles, was in ihrem Gefolge an Entartungen, ja Verbrechen auf-tritt, für das Maß aller Dinge zu halten, statt die Revolution an in-haltlichen Kriterien und daran zu messen, ob sie dem von ihr selbst verkündeten Programm treu ge-blieben ist. Hindels aber hält die Revolution, die unter den richtigen historischen Vorzeichen angetreten ist, nicht mehr für rechtfertigungs-bedürftig und hinterfragbar, die

Revolution erhält so einen Frei-brief, der ihre Träger von jeder Verantwortung für Fehlentwick-lungen exkulpiert. Die Frage, ob ein bestimmtes Ereignis oder Vor-gehen zu verteidigen oder zu ver-urteilen ist, erledigt sich für Hin-dels durch den Hinweis auf die historische Legitimation der han-delnden Subjekte. Liegt diese vor, so wird ein Rekurs auf andere, übergeordnete Gesichtspunkte un-terbunden, ja als Verrat an der Revolution denunziert.

Die Hauptprobleme unserer Epoche scheinen für Hindels durch Definitionen gelöst, an die man sich nur zu halten braucht, um nicht in die Irre zu gehen. Da der „ameri-kanische Imperialismus“ defini-tionsgemäß schlecht und verwerf-lich ist, ist gleichzeitig alles, was ihn bekämpft und abgelöst hat, gut, gleichgültig welchen Inhalt dieses Gütezeichen decken muß. Umge-kehrt wird der sowjetische Im-perialismus, über dessen Existenz Hindels die chinesischen Marxisten,

die ideologisch auch nicht von schlechten Eltern sind, belehren könnte, nicht als solcher zur Kenntnis genommen und etikettiert, wohl deshalb, weil der Imperialismus als „das höchste Stadium des Kapitalismus“ offenbar dort nicht anzutreffen sein darf, wo der „Kapitalismus“ längst abgeschafft ist. Daß eine solche schematisierende Betrachtung der globalen Wirklichkeit keine Lernprozesse ermöglicht und noch dazu in die Inhumanität führt, beweist der vorliegende Anlaßfall.

PAUSCHALURTEILE ÜBER DIE OPFER

Es ist geradezu unglaublich, wie Hindels über das grausame Schicksal von Millionen Menschen, die auf der Flucht sind und Opfer von Vertreibungen werden, hinweggeht, indem er sich auf Pauschalurteile über diese Opfer stützt, die peinlich an die Art erinnern, mit der sich die vom Rassismus Indoktrinierten während der Zeit des Dritten Reiches gegen das Schicksal der Juden abschirmten. Gerade Josef Hindels als ein Vertreter einer in der Vergangenheit von diesen Unmenschlichkeiten betroffenen Generation und Menschengruppe hätte sich eine Empfänglichkeit für das Schicksal verfolgter Menschen bewahren müssen, statt diese nicht nur nicht zu bemitleiden, sondern auch noch zu beschimpfen. Und stellt es nicht eine Form des Rassismus dar, wenn die Angehörigen der chinesischen Volksgruppe nur wegen ihrer Herkunft aus dem Lande getrieben werden? Stellt eine solche Aktion nicht einen Rückfall in Verhaltensformen, die schon im christlichen Mittelalter, als man denen, die in Gewissenskonflikte kamen, das Recht, im Lande zu bleiben oder das Land zu verlassen, zugestand, überwunden wurden, dar?

Es ist bedauerlich, wenn Hindels und andere diese Inhumanitäten, die ihnen an sich ein Greuel sein müssen, nur deshalb billigen, weil sie nicht zugeben wollen, daß sie sich in der Einschätzung der Realitäten geirrt haben, und weil sie nicht bereit sind, von liebgewordenen Definitionen, ohne die ihr revolutionäres Ordnungsdenken zusammenbricht, abzurücken.

Abschließend erhebt sich angesichts dieser Sachlage die folgende Frage: Was hat ein solcher Doktrinarismus noch mit Humanität und demokratischem Sozialismus zu tun, und worin unterscheidet er sich von der Linie der Sowjetpolitik und von der der KPÖ?

FREITAG, 27. JULI 1979

Die in Leserbriefen gegen Josef Hindels erhobenen Vorwürfe, er entschuldige das Verhalten der Volksrepublik Vietnam in der Sache der Flüchtlinge beziehungsweise teile diese in wertlos und unwertes Leben ein, lassen auf völliges Unverständnis der von Hindels gebrauchten Denkweise bei der Erklärung von gesellschaftlichen Vorgängen schließen.

Als Anhänger der marxistischen Gesellschaftsanalyse versucht er,

einige ökonomische Grundlagen der aktuellen Ereignisse darzustellen. Das als Verschleierung, Entschuldigung von Verbrechen usw. zu bezeichnen, ist geradezu absurd. Sozialistische Kritik leugnet keineswegs die Mitverantwortung der Volksrepublik Vietnam bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems, hat jedoch zum Unterschied zur bürgerlichen Kritik à la ORF alle relevanten Zusammenhänge bei der Beurteilung dieser Sache in Rechnung zu stellen. So gesehen, sind Hindels' Ausführungen eine notwendige Ergänzung zum Brief von Professor März; einen Anspruch auf Vollständigkeit der vorgebrachten Argumente erhebt er sowieso nicht.

Mag ausschließlich moralisierende Kritik auch das Bedürfnis von Menschen nach Liebe und Haß besser befriedigen als eine umfassende Analyse, zur Wahrheitsfindung wird sie eher wenig beitragen. Für die Vietnamflüchtlinge mag die Diskussion um die Ursachen ihres Elends momentan egal sein — wichtig erscheint sie mir dennoch. Nur wenn die Menschen lernen, ursächlich zu denken, werden sie zukünftige Tragödien vermeiden können.

Alois List, Wien 18

*

Eduard März hat in der AZ vom 6. Juli 1979 ein wichtiges Thema angeschnitten, dabei jedoch meiner Meinung nach kräftig am Ziel vorbeigeschossen. Eine Auseinandersetzung mit seinen Thesen ist nicht nur deswegen wichtig, weil März tatsächlich seine sozialistische Einstellung nicht nur in der Solidaritätskampagne mit Vietnam, sondern bis zum heutigen Zeitpunkt offen vertreten hat — man denke nur an seine wesentlichen Einwände gegen eine Verwässerung der Passagen über die Wichtigkeit einer Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaftsordnung im ursprünglichen Parteiprogrammentwurf —, sondern weil in letzter Zeit auch Kolumnisten à la „Staberl“ oder „Rau“ — natürlich wesentlich anders motiviert — in sein Horn stießen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß durch verkürzte Darstellungen der jüngsten Ereignisse in Indochina dem Unverständnis weiter Teile der sozialistischen Öffentlichkeit gegenüber widersprüchlichen Entwicklungen im antiimperialistischen Prozeß, das sich etwa in der Aufregung mancher AZ-Leserbrief-

schreiber über die Arafatsche Kreisky-Umarmung symptomatisch zeigt, noch Vorschub geleistet wird.

Eduard März sieht die Wurzeln der Flüchtlingstragödie in Indochina ausschließlich in der Politik der vietnamesischen Regierung und darin, daß sie ihre chinesische Minderheit angeblich „ins Wasser treibt“. März übersieht dabei folgende Fakten, die keineswegs nur durch „vietnamesische Propaganda“ belegt werden:

1. Nachdem die Vietnamesen durch lange Zeit an einer unabhängigen Politik gegenüber der UdSSR und der Volksrepublik China festhielten, kam es seit 1975 zum wachsenden Konflikt mit Peking, in erster Linie durch dessen Unterstützung für das berüchtigte Pol-Pot-Regime, das ab diesem

Zeitpunkt regelmäßige Überfälle auf vietnamesisches Grenzgebiet unternahm. Als Vietnam im Vorjahr schließlich offen Partei für die Widerstandsbewegung in Kambodscha ergriff und mit massiver Unterstützung den Sturz der Roten Khmer erreichte, wurde es unmittelbarer Widersacher der ungleich überlegenen Volksrepublik China — nicht nur das: Das unmenschliche Pol-Pot-Regime, das mit seinen Vorstellungen vom Aufbau des Sozialismus durch Liquidierung ganzer Volksschichten den Tod Hunderttausender Menschen verschuldet und die gesamte antikolonialistische Bewegung in Mißkredit gebracht hat, wurde indirekt plötzlich zum „Aggressionsopfer“ in zahlreichen Medien — auch März erwähnt nur die „gewaltsame Eroberung Kambodschas“ ohne irgendeinen Hinweis auf den Charakter des gestürzten Regime und die Existenz einer Widerstandsbewegung in Kambodscha selbst. Mit der gleichen Logik könnte man die Regierung von Tansania der Aggression gegen Uganda beschuldigen, denn ohne ihre teils direkt militärische Unterstützung hätten die Widerstandstruppen gegen Idi Amin auch keine Chance gehabt.

2. Ehe die Volksrepublik China zur offenen militärischen „Strafexpedition“ (Deng Xiao-Ping) gegen das ungleich schwächere Vietnam antrat, versuchte es die chinesische Hoa-Minderheit in Vietnam mit Kriegsgerüchten zu verunsichern, war aber charakteristischerweise selbst nicht bereit, diese Vietnamesen chinesischer Herkunft aufzunehmen — Monate vor dem Kriegsausbruch wurden Tausende Hoas an der Grenze wieder abgewiesen. Ein chauvinistischer Feldzug Vietnams gegen diese chinesische Minderheit nach Kriegsausbruch wäre von Sozialisten zwar keineswegs irgendwie zu entschuldigen, müßte aber in der richtigen Folge von Ursache und Wirkung begriffen werden.

3. Die zweite Hauptgruppe der Flüchtlinge aus Vietnam, die ja lange nicht die einzige Gruppe indochinesischer Flüchtlinge darstellt, fliehen aus sozialen und politischen Gründen. Olof Palme hat die historische Verantwortung der

USA hervorgehoben, ein korruptes Regime in Südvietnam jahrelang gezüchtet zu haben, unter dessen Schild Tausende Schieber und Schwarzhändler existierten. Daß nun nach der auch von März erwähnten relativ humanen Behandlung dieser Kreise ein Teil davon flieht, entspricht nur dem Charakter jedes revolutionären Machtwechsels und geschah zuletzt in Nikaragua. Der vietnamesischen Regierung kann aber wohl weder die Verantwortung für die Behandlung von Roten Khmer durch Thailand noch für gewissenlose Geschäftemacher gegeben werden, die mit der Fluchthilfe eine profitable Geldquelle erschlossen haben. Vietnam hat sich nun unter Zustimmung auch unserer Massenmedien bei der Genfer Flüchtlingskonferenz bereit erklärt, diese Art der illegalen Auswanderung zu stoppen, was wohl wieder von einigen als Beweis der Unmenschlichkeit interpretiert wird — bei der gleichen Konferenz übrigens, bei der ausgerechnet ein amerikanischer Vizepräsident sich zum Schulmeister Vietnams aufspielte.

Wohlgemerkt — all diese Fakten können nichts daran ändern, daß humanitäre Hilfe für die indochinesischen Flüchtlinge nötig ist. Die „jungen linkssozialistischen Freunde“ von Eduard März werden dabei auch mitarbeiten, das haben die SJ und die JG bereits erklärt. Diese Bereitschaft hat aber nichts zu tun mit einer unhistorischen Verurteilung der vietnamesischen Politik, die praktisch auf eine Beschönigung der amerikanischen und leider auch chinesischen Verantwortung für die Lage hinausläuft.

Peter Pelinka, Wien 8

*

Daß ich das ganze Problem der Flüchtlingstragödie anders sehe, ist kein Grund für einen Leserbrief, wohl aber die Argumentationsweise von Josef Hindels (beiseite gesagt: Ich halte es für eine große historische Leistung der österreichischen Sozialdemokratie, den Linkssozialisten wenigstens bis 1934 und wieder ab 1945 eine demokratische Heimat und ein Forum zu geben). Er zitiert Olof Palme, der das Flüchtlingsproblem eine Kriegsfolge nennt und die Flüchtlinge als Zuhälter, Bordellbesitzer usw. bezeichnet. Josef Hindels hält das für eine treffende Charakterisierung, plädiert dann für eine humane Lösung — um der Kinder willen —, obwohl er „für Menschen, die dem eigenen Volk im antiimperialistischen Kampf in den Rücken fielen, keine Sympathie“ empfindet. Dann empfiehlt er Spenden — nicht für die Vertriebenen, sondern für die Vertreibenden.

Hier werden einmal Menschen als Bausteine eines Gebäudes betrachtet, das abgerissen gehört, auf den Kehrichthaufen der Geschichte, wie man wohl sagt. Zunächst zum vornehm verschleiern den Ausdruck Flüchtlingstragödie: Jahre nach einem siegreichen

Krieg werden — vielleicht im Rahmen einer noch größeren Umformung der Gesellschaft — viele Hunderttausende von Menschen so mißhandelt, daß sie für die Genehmigung zur Auswanderung ihren Besitz abliefern (gibt es eigentlich ein Referat IVb4 in Ho-Tschi-Minh-Stadt?), um kaltblütig in Wracks gesetzt und einem Schicksal ausgeliefert zu werden, das nach vorsichtigen Schätzungen etwa der Hälfte von ihnen den Tod auf dem Meer bringt, die andere Hälfte der Gnade verfeindeter, armer, übervölkerter, zum Haß erzogener Nachbarn überläßt. Was rechtfertigt alles der längst gewonnene antiimperialistische Kampf?

Liest man die Berichte genauer, findet man, daß es sich hauptsächlich um die chinesische Minderheit in Vietnam handelt, die vor zehn Jahren noch als fünfte Kolonne Pekings und als Geldgeber des Vietkongs bezeichnet und verurteilt, vom Thieu-Regime während des Krieges auch entsprechend als Sicherheitsrisiko behandelt worden war. Wie tapfer und erfolgreich haben die Linken in aller Welt dagegen protestiert! Jetzt auf einmal — die Beziehungen zwischen dem kommunistischen Vietnam und dem kommunistischen China sind inzwischen so, wie sie nach der Theorie nur zwischen imperialistischen Staaten sein dürfen —, Jahre nach dem Sieg, sind die Chinesen in Vietnam lauter Huren und Schieber geworden! Darf man nach Stalin und Hitler noch immer glauben, der Aufbau einer neuen Gesellschaft rechtfertigt die Vernichtung von Hunderttausenden oder (andersherum) „die Ausmerzungen von Parasiten aus dem gesunden Volkskörper“?

Daß in Südvietnam eine einheimische revolutionäre Bewegung, der Vietkong, ein korruptes Regime bekämpfte, um die nationale Einheit zu erreichen, schien mir immer nur eine Teilwahrheit zu sein. Im nachhinein ist leicht rechthaben: Wo sind die Vietkong aus dem Süden jetzt in der Spitze des Vereinigten Vietnam vertreten? Wo ist der verdiente Machtanteil für die Gegner Thieus, für die Buddhisten und die Anhänger des General Big Minh? Was ist der Lohn der heldenhaften chinesischen Minderheit — ach so, da gibt es jetzt eine andere Sprachregelung.

Wieso hält es eigentlich die Welt für selbstverständlich, daß der Nachschubweg aus dem Norden, der vielgerühmte Ho-Tschi-Minh-Pfad, durch unbeteiligte Länder gelegt wurde? Daß man sicherheitshalber auch gleich die Herrschaft dort übernahm, inzwischen auch ganz offiziell? Wieso kein tadelndes Wort über systematische Einschüchterung und Terrorisierung der Zivilbevölkerung durch die Truppen des Nordens und durch den Vietkong? Nichts gegen die Nennung von My Lai und der Tigerkäfge, aber macht der Sieg (der antiimperialistische Kampf) alle Verbrechen der anderen Seite ungeschehen? Wieso ist die Bevöl-

kerung in der Zeit des „Leopardenfells“ nicht dorthin geflohen, wo die Truppen Ho Tschi Minhs waren? Wer ist 1975 nach dem Frieden von 1973 in Saigon einmarschiert? Waren es nicht doch — entgegen dem Friedensvertrag — die Truppen des Nordens? Waren die Millionen, die 1968 und 1975 vor ihnen flohen, nur Prostituierte, Zuhälter usw.? Sind die blutigen Steinzeitkommunisten Kambodschas auch legitime Objekte des antiimperialistischen Kampfes? Vor welchen Imperialisten fliehen eigentlich die Bewohner Kambodschas ins kapitalistische Thailand? Ist bis zum endgültigen Urteil der Geschichte da nicht die Ansicht erlaubt, die Bevölkerung Südvietnams habe in ihrer Mehrheit zwar nicht an ihren undemokratischen Machthabern Gefallen gefunden (sicher auch nicht an den Amerikanern), noch weniger aber die Gewaltherrschaft und die Gesellschaftsform des Nordens gewünscht?

Werner Sandner, Herzogenburg

SONNTAG, 29. JULI 1979

Die Sozialistische Jugend Österreichs begrüßt die Möglichkeit der demokratischen Diskussion in der AZ. Die sozialistischen Jugendorganisationen insgesamt haben jahrelang unter größtem Einsatz für den Abzug der USA aus Vietnam gekämpft. Dabei war aber immer klar, daß die Besetzung Indochinas durch Japan, Frankreich und die USA und die fast völlige Zerstörung des Landes unzählige Generationen mit fast unlöslichen Schwierigkeiten belasten würde. Diese Probleme wurden auch durch die Grenzkonflikte mit Kambodscha und China nicht geringer. Bei aller notwendigen Kritik gegenüber der „Lösung der Flüchtlingsfrage“ durch die jetzige vietnamesische Regierung sollte doch vermieden werden, sich einer von konservativen Kräften dominierten Antivietnamkampagne anzuschließen. Schärfstens abzulehnen ist daher die undemokratische Argumentationsweise Norbert Lessers, die gerade diejenigen, die sich nicht unkritisch dieser Kampagne anschließen, völlig undifferenziert mit dem „Stigma“ der KP- und SU-Identität belegt. Diese Diskussionsmethodik diskriminiert, isoliert und leistet keinen Beitrag für eine solidarische Abwicklung dieses Meinungsstreites. Die SJÖ ist daher der Auffassung, daß letztlich die Ursache der Flüchtlingsproblematik gemäß der Auffassung Palmes nur in einer Fortsetzung und Ausweitung dieser wirtschaftlichen Unterstützung beseitigt werden kann.

Josef Cap, SJÖ

Professor Leser, den ich als Kenner des Austromarxismus schätze, hat in der Kontroverse März-Hindels über die Vietnam-„Flüchtlinge“ scharfe Zensuren verteilt. Er wirft Hindels vor, Greuel, Entartungen, ja Verbrechen zu billigen; er wirft ihm Sympathie für Rassismus vor; er wirft ihm sogar vor, zu handeln, wie die Nazimitläufer gegenüber den Judenvernichtungen gehandelt hatten; und er schließt mit dem — immer wohlfeilen — Vorwurf des Kryptokommunismus.

Wer solche Vorwürfe erhebt, hat wohl die Pflicht, sie ausführlich zu begründen. Leser tut dies nicht.

Seine Vorwürfe bauen auf dem Schluß auf, die Situation der ethnischen Chinesen in Vietnam wäre heute besser, wenn die Linkssozialisten nicht gegen die amerikanische Aggression in Indochina aufgetreten wären. Für diese Behauptung bleibt Leser nicht nur jede Begründung schuldig, er geht auch mit keinem Wort auf den Zusammenhang Auswanderung — chinesischer Angriff auf Vietnam ein. Leser zieht weiters Parallelen vom heutigen Vietnam zu Nazideutschland: Man hält es nicht für möglich, daß einem ernst zu nehmenden Wissenschaftler die Unterschiedlichkeit der gesellschaftlichen Grundlagen nicht auffallen kann, wenn er schon die Phänomene — „Flüchtlingsleid“ — gleichsetzt: Hier verallgemeinerte Resentiments gegen Angehörige der im Kapitalismus ehemals herrschenden Klasse — dort zynische Konstruktion eines inneren Feindes im Interesse der Bourgeoisie; hier verallgemeinerter Haß gegen Menschen, die man einem Volk zu-rechnet, das eben Krieg gegen das eigene Land vom Zaun brach — dort Verhetzung ohne Anlaß, ja auf Grund inszenierter Vorwände; hier eine noch vom Ausland geschürte Massenhysterie der Auswanderung — dort die Greuel der KZ und die Gaskammern; hier Flüchtlinge — dort Millionen systematisch Ermordete.

Seinen letzten Vorwurf baut Leser auf der Meinung auf, nur Kommunisten unterstützten jetzt noch Vietnam: Weiß er nichts von der Unterstützung durch die schwedische SP, von der durchaus nicht pauschal verurteilenden Haltung der Sozialistischen Internationale?

Warum geht Leser auf diese Fragen nicht ein? Warum macht er sich nicht die Mühe einer fundierten Kritik der Lage in Vietnam? Warum bringt gerade er als Gesellschaftswissenschaftler keine Analyse, sondern nur Meinung vor? Warum so gravierende Vorwürfe unter Genossen, ohne ihre Notwendigkeit zu untermauern?

Solidarische Diskussion — und wir Sozialisten hätten sie wohl nötig, auch über Vietnam — sieht anders aus, arbeitet mit anderen Methoden. Sie sucht einen Weg zwischen Reformismus und Bol-

schewismus, um zu vermeiden, daß dem Reformisten alle anderen Positionen bolschewistisch vorkommen.

Dr. Manfred Matzka, Wien 7

*

Ich weiß nicht, ob und wie sehr sich Eduard März über die gute Note freut, die ihm Leser für seine Schulbekenntnisse gibt, aber ich weiß, daß Leser für den Angriff auf Josef Hindels ein historisches und politisch-moralisches Nichtgenügend verdient, wenn er ihm aus der „Antwort an Eduard März“ (AZ vom 13. Juli) einen Strick drehen will. Hätte Leser — wozu er verpflichtet gewesen wäre, wenn er als Historiker und Politikwissenschaftler ernst genommen werden will — die Geschichte des Vietnamkrieges studiert, wüßte er, daß Hindels im wesentlichen recht hat:

Erstens, die heutige südostasiatische Tragödie ist die Folge des erbarmungslosen Vernichtungsfeldzuges, mit dem die USA seinerzeit die Niederlage der französischen Kolonialherren rückgängig machen wollten. (Sie wollten es übrigens — das ist einer der grausamen Witze der Weltgeschichte —, weil sie fürchteten, ein kommunistisches Vietnam werde ein Erfüllungsgehilfe Chinas, des heutigen Vertragspartners der USA und des Hauptfeindes Vietnams, sein.)

Die amerikanische Vietnampolitik war ebenso dumm wie brutal, und ich bereue sowenig wie Hindels, sie verurteilt zu haben. Meine

Beweggründe dafür können in vielen Leitartikeln der AZ zwischen 1967 und 1970 nachgelesen werden, und noch vor vier Jahren hat mich Eduard März dafür gelobt.

Wenn die größte Militärmacht der Welt Jahre hindurch unter dem Motto „Nur ein toter Vietnamease ist ein guter Vietnamease“ ein kleines Land in die Steinzeit zurückbomben will, müssen die Wirkungen — auch was die Abstumpfung gegen die Leiden anderer anlangt — entsetzlich sein. Sie sind es.

Zweitens, die wichtigste Aufgabe wäre es, Vietnam beim Aufbau zu helfen. Wären die Lebensbedingungen — die beinahe Sterbebedingungen — sind — besser, würde der Flüchtlingsstrom rapid abnehmen. Schließlich haben die USA zwischen 150 und 300 Milliarden Dollar (je nach Berechnungsmethode) für den Vietnamkrieg ausgegeben. 1 Prozent davon könnte schon fühlbare Erleichterung bedeuten.

Bleibt von der Hindels-Antwort das Olof-Palme-Zitat über die soziale Struktur der Vietnamflüchtlinge und der Satz: „Ich plädiere ... für eine rasche und humane Lö-

sung des Flüchtlingsproblems, obwohl ich für Menschen, die dem eigenen Volk im antiimperialistischen Kampf in den Rücken fielen, keine Sympathie empfinde.“ Diesen Satz hätte ich an Hindels' Stelle nicht geschrieben, obwohl sein Sinn — ein Problem human lösen wollen, auch wenn man einen Teil der Betroffenen nicht liebt — nur absichtlich als inhumane Grundhaltung ausgelegt werden kann. Eben dies tut Norbert Leser (und einige andere Briefschreiber dazu). Norbert Leser beruft sich bei seinem Angriff auch auf Karl Renner, der „zeitgenössische Marxisten“ (gemeint sind wohl in erster Linie Otto Bauer und Max Adler) wegen ihres „Revolutionarismus“ gerügt hat. Ist Renner — dessen Verdienste keineswegs geschmälert werden sollen, doch der im April 1938 zum Anschluß Österreichs an Nazideutschland öffentlich ja gesagt hat (wie übrigens Kardinal Innitzer auch) — wirklich die höchste politisch-moralische Autorität für ihn? Hat Renner nicht auch zumindest einen sehr schweren Fehler begangen?

Aber es kommt ärger: Leser war Zeuge, als Hindels über die Entartung des sowjetischen Systems unter Stalin referierte und diskutierte, aber selbst wenn er das vergessen haben sollte, könnte er sich immer noch an die zahlreichen Artikel halten, die Hindels zu diesem Thema geschrieben hat, oder er könnte sich wenigstens an den Buchtitel „Lebt Stalin in Peking?“ erinnern, der allein schon die Kritik am Stalinismus impliziert. Woher dann die Behauptung, daß Hindels die Träger von Revolutionen für deren Fehlentwicklung nicht für verantwortlich hält (sofern sie noch leben und daran beteiligt sind)?

Der letzte Abschnitt des Artikels (unter dem Zwischentitel „Pauschalurteile über die Opfer“) ist ein besonders schwer verdauliches Gebräu. Ich habe die Hindels-Antwort wieder und wieder gelesen, aber nichts gefunden, was eine Billigung der Inhumanitäten — in Vietnam oder anderswo —, eine Beschimpfung der Opfer oder antichinesischen Rassismus bedeuten könnte.

Da hat Norbert Leser gründlich an seinen Fingern gesogen, nur um zu dem Schluß zu gelangen, daß Hindels eigentlich mit dem demokratischen Sozialismus nichts mehr zu tun habe.

Paul Blau

SONNTAG, 5. AUGUST 1979

Es ist mehr als bedauerlich, daß Norbert Leser in Absatz drei seines Artikels zur Einschätzung der Geschichten von Hindels zum südostasiatischen Flüchtlingsproblem der Vergleich mit den „vom Rassismus Indoktrinierten des Dritten Reiches“ einfällt.

Der Vergleich ist derart absurd, daß es nicht nötig ist, auf ihn einzugehen.

Norbert Leser muß sich gesagt sein lassen, daß weder Hindels noch andere Inhumanitäten „billigen“, daß die Kernfrage des Problems außerdem eine völlig andere ist, nämlich:

Wer hat ein Interesse an einem Flüchtlingsproblem in dieser Region?

1. Wirtschaftliche Interessen werden militärisch abgesichert, daraus resultiert ein strategisches Interesse an einem Gebiet. Ist dort aber alles in Ruhe und Ordnung, kann nicht so leicht ein Grund zu Interventionen oder militärischer Präsenz vorgetäuscht werden. Es muß daher ein solcher geschaffen werden. Eine Möglichkeit dazu besteht darin, aus dem jetzigen Flüchtlingsproblem in der Region ein ähnliches wie das palästinensische zu schaffen. Selbst wenn wir bar jeden Mitgefühls wären, müssen wir schon im Hinblick auf die Gefahr einer solchen Möglichkeit zu einer Lösung des Problems kommen.

2. Es ist sicher auch nicht gegen die Interessen des vietnamesischen Staates, die große Gruppe der vielen Arbeitslosen zumindest zum Teil loszuwerden. Arbeitslos wurden diese Menschen zuerst einmal durch die vom Krieg total zerstörte Wirtschaft des Landes. (Wer dort mit Napalm, Entlaubungsgift und anderen Fortschrittlichkeiten gearbeitet hat, ist ja hinlänglich bekannt.) Arbeitslos blieben sie durch die Umstrukturierung der Wirtschaft, die auf Grund der Zerstörungen notwendig wurde und die nun auf einer anderen gesellschaftspolitischen Grundlage durchgeführt wird.

3. Diese Menschen laufen nicht davon, weil sie in Vietnam alle vom Tod bedroht sind, sondern weil es Interessengruppen gibt, die ihnen für ihr Leben nach der Auswanderung etwas Besseres versprochen haben. Dies war in den meisten Fällen zwar nur die „Freiheit“, die haben sie aber nun auch: sie sind jetzt frei von dem Wenigen, das ihnen der Krieg vielleicht noch gelassen hatte, sie sind frei von einem vielleicht armseligen Heim, frei von ärztlicher Versorgung, dürfen in Freiheit verhungern, ertrinken, an Seuchen zugrunde gehen, und die wenigen Glücklichen, die ein Gastland gefunden haben, dürfen nun in Freiheit in einem Flüchtlingslager arbeitslos sein. Ob sich die Armen die ihnen versprochene Freiheit so vorgestellt haben?

4. Der Flüchtlingsstrom ist kaum das Resultat der Revolution in Vietnam, er ist zum Teil das Ergebnis eines 30 Jahre langen Krieges, zum anderen Teil Ergebnis einer Propaganda, mit der Radio Free Europe, Voice of America und die Axel Springers dieser Welt bisher immer Erfolg hatten.

Unsere Medien bezeichnen die nichtkommunistischen Länder dieser Welt nur zu gern als die „freie Welt“. Die große führende Nation dieser „freien Welt“ war so frei, ein ganzes Land und große Teile seiner Bevölkerung zu vernichten. Das humanitäre Verhalten der USA rührt mich zu Tränen, jedesmal dann, wenn ich Bilder von Flüchtlingen sehe, die in ein Land kommen, das ihnen die Lebensgrundlage in ihrem eigenen Land zerstört hat, oder wenn der damalige Präsident G. Ford ein Vietnam-Waisenkind liebevoll im Arm hält, dessen Eltern von seinen Soldaten abgeschlachtet wurden.

Wir sollen sicher gründlich sein, und, um Mißstände abzuschaffen und Probleme zu lösen, müssen wir jeden Aspekt in Betracht ziehen. Die offensichtliche Schuld der USA an der Tragödie in Südostasien liegt allerdings klar auf der Hand.

Lisl Kauer, Wien 22

Die in der AZ geführte Diskussion über die Verantwortung der seinerzeitigen Vietnamdemonstranten hat mit ernüchternder Deutlichkeit die Denkweise einer Reihe von Linksozialisten gezeigt.

Sie haben mit Vehemenz und Begeisterung gegen die militärischen Aktionen und Übergriffe der USA protestiert, sind aber zum großen Teil nicht bereit, die gleiche Haltung gegenüber der Massenaustreibung der Vietnamflüchtlinge und anderen Brutaltäten der kommunistischen Machthaber einzunehmen. Man hat auch von ihnen kein Wort gegen die entsetzlichen Massaker in Kambodscha gehört.

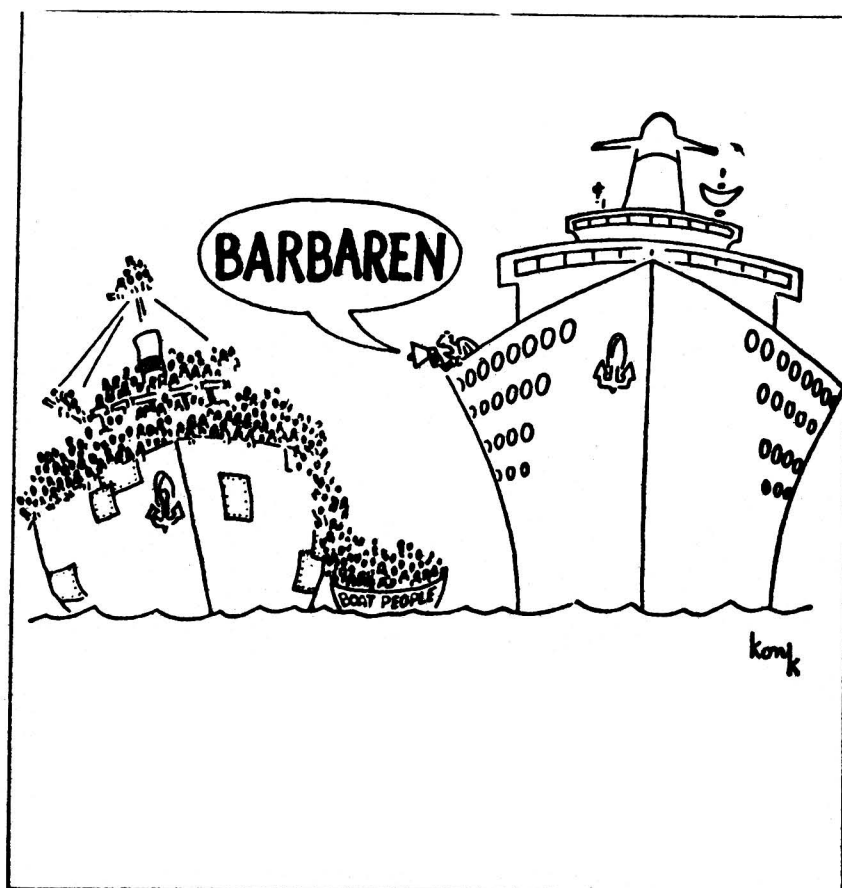
Die Äußerungen aus diesem Personenkreis lassen darauf schließen, daß hier kein ausgewogenes Urteil gefällt wird. Man prangert wohl die Einmischung und die Unrechthandlungen der Amerikaner an, steht aber weit schwereren Verstößen gegen die Menschenrechte, wenn sie nur von „antiimperialistischen“ Kräften kommen, voller Verständnis und Toleranz gegenüber. Auch dann, wenn deren kommunistische Herkunft unverkennbar ist.

Ein besonderes Merkmal dieser Verhaltensweise ist das Leugnen jedweder Verantwortung für die Folgen des damaligen Auftretens.

Dies und die Einseitigkeit der Polemik lassen es angezeigt erscheinen, künftigen Äußerungen und Aktionen dieses Kreises mit größter Vorsicht und berechtigtem Mißtrauen zu begegnen.

Ernst Unger, Korneuburg

SONNTAG, 19. AUGUST 1979



M. Scheuch sprach mit

Vietnamflüchtlingen

in Kanton

15. AUGUST 1979

AZ

Kanton, im August 1979: Uns — den österreichischen Journalisten, die eben das für Ausländer wie für die meisten Chinesen noch immer schwer erreichbare Tibet besucht haben — sitzen vier Menschen gegenüber, die vor einem halben Jahr noch in Vietnam gelebt haben. Vier von den mehr als 250.000 Auslandschinesen, die die Volksrepublik China im Lauf der letzten zwei Jahre als Auswanderer, als Vertriebene, als Flüchtlinge aus dem einst brüderlich unterstützten Nachbarland Vietnam aufgenommen hat. Eine Frau mit brauner Gesichtsfarbe, das schwarze Haar hinten in einen langen Roßschweif gebunden, die man genauso gut für eine Vietnamesin wie für eine Südchinesin halten könnte; ein älterer Mann und zwei jüngere, in der einfachen, nicht mehr am Mao-Look orientierten Kleidung, wie man sie allenthalben in China jetzt antrifft. Zumindest bei zweien von ihnen würden sich wohl auch Kenner schwertun, zu entscheiden, welchem Volk im südostasiatischen Raum sie angehörten.

KEINE BORDELLBESITZER

Ein Blick auf die Gesichter, auf die Hände dieser Leute aber sagt schon eines: das sind keine Bordellbesitzer und Zuhälter, keine Drogenhändler und Prostituierte gewesen. Das sind keine „Wirtschaftsflüchtlinge“, die — was schon angesichts der ökonomischen Realität, die sich in den beiden Ländern kaum wesentlich unterscheiden dürfte, absurd wäre — aus Vietnam nach China kamen, weil sie sich nicht in die neue wirtschaftliche Ordnung einfügen wollten. Warum aber kamen sie dann? Wenn die Antworten, die diese vier Menschen darauf geben, typisch sind, dann gibt es darauf leider (so erschütternd das für alle, die den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen Franzosen und Amerikaner als dessen gutes Recht betrachteten, sein mag) nur eine Antwort: weil sie Chinesen sind.

NACH 28 JAHREN KP-TÄTIGKEIT

Lassen wir Frau Wen Den Ying, 45 Jahre, aus dem Kreis Quang Ho in Tongking, dem nördlichen Teil von Vietnam, erzählen (sie spricht — neben vietnamesisch — nur

kantonesisch, also südchinesischen Dialekt, der erst in die Hochsprache übersetzt werden muß, ehe er uns deutsch übermittelt werden kann):

„Ich nahm seit 1951 an der Revolution teil“, berichtet die Frau, der die offenbar in langjähriger Parteischulung erworbene Fähigkeit, ohne Scheu zu sprechen und dies mit entsprechenden Gesten zu begleiten, anzusehen ist. Sie begann ihre politische Tätigkeit in der kommunistischen Jugendliga Vietnams, war dann in der Frauenorganisation und schließlich in der Partei (die bis zum Jahre 1976 Arbeiterpartei hieß, danach in Kommunistische Partei Vietnams umbenannt wurde). „Ich habe 28 Jahre für die Partei gearbeitet.“

Frau Wen nahm dort offenbar eine Vertrauensstellung ein. Bis 1976 bearbeitete sie die Personalakten des Bezirksparteikomitees. „Aber wir merkten schon seit etwa 1970, daß sich die Haltung der vietnamesischen Behörden gegenüber der chinesischen Minderheit zu ändern begann — bald nach dem Tode von Ho Tsch Minh. Zunächst wurden die Kinder der Hoa (so nennt man in Vietnam die Chinesen, offenbar nach dem Wort, mit dem sich diese selbst bezeichnen, Han) daran gehindert, an die Arbeiter- und Bauernhochschule zu gehen; auch meinen Sohn traf dies. Hoa-Kader in der Partei wurden allmählich mit weniger und nur unwichtigen Arbeiten betraut. Seit 1974 wurden Chinesen nicht mehr in die Partei aufgenommen.“

PERSONALAKTEN ABGEHOLT

Dann kam das Jahr 1976, in dem auch der Parteiarbeiterin Wen endgültig klar wurde, wie der Wind wehte: „Es war im Juni 1976. Eines Tages kamen Sicherheitsbeamte in die Abteilung des Bezirksparteikomitees, in der ich arbeitete. Sie ließen sich alle Akten der Mitglieder herausgeben, die der Han-Nationalität angehörten.“ In den Monaten darauf wurden die führenden Funktionäre, soweit sie chinesischer Nationalität waren, durch Vietnamesen ersetzt. Im Februar 1978 war Frau Wen selbst an der Reihe: sie wurde aufs Land geschickt, um „in der Produktion“ zu arbeiten. Aber immer noch gehörte sie zu den Kadern des Parteikomitees.

Dieses verfolgte offenbar eine Salamtaktik: „Ich hatte zu viele persönliche Kenntnisse aus den Akten, da wollte man keinen abrupten Bruch.“ Im Oktober 1978 wurden alle Hoa-Parteimitglieder angewiesen, ihre Parteitätigkeit zu beenden. „Das hieß praktisch: man hat uns die Mitgliedschaft genommen.“

„IHR SEID ALLE FEINDE“

Als dann die chinesischen Truppen im Februar 1979 die Grenze Vietnams überschritten, „wurden wir alle als Feinde betrachtet“. Frau Wen, die im März in ihren Ort zurückkehrte, fand ihren Mann nicht vor: er war verhaftet worden. Ihr Sohn diente in der vietnamesischen Armee in Saigon. Die Behörden stellten ihr neuerlich die

Alternative: Entweder aufs Land gehen oder Vietnam verlassen. Frau Wen ging mit ihren übrigen Kindern aufs Land.

Im April wurden sie auch von dort wieder vertrieben. Sie kehren in die Stadt zurück. Am 11. April sind wieder Sicherheitsbeamte da: Entweder nach China oder in ein Konzentrationsareal — eine Gegend im Gebirge, ohne jede Wohngelegenheit — ist die „Wahl“, die sie zur Entscheidung stellen. Am Nachmittag desselben Tages ist auch das widerrufen: Ihr müßt nach China, lautet nun die Entscheidung. Am Abend werden die Bewohner des Chinesenviertels zu einer Versammlung zusammengetrommelt: Wir können euch nicht mehr vertrauen, ist der Tenor der dort gehaltenen Rede, ihr müßt alle weg. Nur für „Mischehen“ gibt es einen Entscheidungsrest, wenn die Frau Vietnamesin ist: Dann darf sie (allein) dableiben; ist die Frau Chinesin, dann darf sie nicht mit nach China. Die „Auswanderer“ sollen sich bis 14. April registrieren lassen.

Frau Wen wird bei den Behörden vorstellig: „Wir sind doch eine Familie, wir müssen zusammenbleiben. Der Sohn ist in der Armee (die Erinnerung an ihn treibt ihr die Tränen in die Augen. Seit sie von Vietnam weg ist, hat sie keine Nachricht mehr von ihm). Und was ist mit dem Mann?“

Vergebens. Die Leute, mit denen sie noch vor wenigen Jahren im Parteikomitee saß, ignorieren die Bitten. Am 13. April wird sie zusammen mit vielen anderen Bewohnern des Viertels auf einen Lastwagen getrieben. Mit den Kleidern, die sie am Leibe haben, zwei Fahrrädern und ein paar Habseligkeiten. Die Lastautos fahren zu einer Fähre. Dort müssen die Vertriebenen zunächst eine Nacht unter freiem Himmel verbringen.

TEURER FÄHRLohn

Am frühen Morgen verlangen Sicherheitsbeamte eine Taxe von 11 Yuan pro Person für die „Übersiedlungskosten“. Für viele bedeutet das, daß sie „Naturalien“ aus ihren Bündeln abgeben müssen. Dann kommt der Kapitän der Fähre: Jeder muß 15 Yuan für die Überfuhr zahlen. Und damit die Leute gleich den Kurs wissen: Ein Fahrrad gilt für 10 Yuan (in China kostet ein neues Rad ungefähr das Zwanzigfache). Räder, Kleider, Uhren, Ringe, sogar Reissäcke wechseln ihren Besitzer. Endlich bringt sie das Schiff ans andere Ufer — noch immer vietnamesisches Staatsgebiet. Nach einer zweiten Nacht unter freiem Himmel kommen Sicherheitsbeamte, die das Gepäck der Flüchtlinge nach Waffen untersuchen. In vielen Fällen entpuppen sich die „Waffen“ als die letzten noch übriggebliebenen Uhren, von denen die Chinesen befreit werden. Am 16. April lassen vietnamesische Soldaten die Flüchtlinge im Gänsemarsch in Bewegung setzen: Immer diesen Pfad entlang, sollten sie ziehen, und nicht vom Weg abweichen — links und rechts ist

das Gebiet vermint. „Die meisten von uns hatten buchstäblich nichts mehr, als sie auf die chinesischen Grenztruppen stießen.“

„OHNE UNS HÄTTE ES DIEN BIEN PHU NICHT GEGEBEN“

In China fand Frau Wen nach einigen bangen Wochen auch ihren Mann wieder: Cheng Li Bang, heute 58, war als mutmaßlicher Spion wochenlang eingesperrt gewesen. Er ist der einzige von den vier Vietnamvertriebenen, der nicht in diesem Land geboren ist. Er war 1944 in Chinas Rote Armee eingetreten und mit seiner Einheit 1951 nach Vietnam gekommen, „um Schulter an Schulter mit dem revolutionären Vietnam gegen die französischen Kolonialisten zu kämpfen“ (ohne Chinas Hilfe wäre Dien Bien Phu nie möglich gewesen, hatte ein paar Tage zuvor ein hoher chinesischer Provinzfunktionär zu uns gesagt). 1953 verwundet, erhielt er von der Regierung Ho Tsch Minh die Erlaubnis zur ständigen Niederlassung in Vietnam, war seit 1965 Parteisekretär in einem Landbezirk, dann Leiter des Getreidebüros in der Bezirksstadt. Im November 1977 hieß es plötzlich, er sei „zu alt“ für seine Aufgabe, er möge sich zurückziehen. Zuvor schon hatte man die Zusammenlegung zweier Bezirke zum Vorwand genommen, ihn zum Abteilungsleiter zu degradieren. Cheng stellte sich taub — bis er beim Einmarsch der Chinesen verhaftet wurde: Er spionierte schon seit 20 Jahren, sagte die Sicherheitspolizei, und solle gestehen. Da es keine Beweise gab, steckte man ihn wochenlang in Dunkelhaft. Bis eines Tages 43 der 120 Häftlinge aufgerufen und auf Lastwagen zur Grenze abgeschoben wurden.

DIE WOHNUNGSTÜR VERNAGELT

Ganz ähnlich ging es dem 46-jährigen Lu Yi Nan, der als ständiges Mitglied des Bezirkskomitees der KP 1978 auf eine Parteschule geschickt wurde und im Frühjahr 1979, als er heimkam, seine Wohnungstür mit Brettern zugenagelt vorfand — Frau und Kinder waren schon weg. Und Li Tan Cheng, 44, der in einer Partisaneneinheit gegen die Amerikaner kämpfte, dann Vorsitzender einer landwirtschaftlichen Genossenschaft war und 1979 „nicht einmal die Schweine verkaufen durfte“, als man ihn vertrieb.

„ES IST JA UNSERE HEIMAT“

Übereinstimmend berichten die vier, daß es bis zu den Schikanen der Behörden nie Schwierigkeiten im Zusammenleben der Nationalitäten gegeben hat. Heute arbeiten sie auf einem Staatsgut in China — nicht alle der 250.000 Flüchtlinge, die zu kleiden, zu nähren und unterzubringen Peking eingeständenermaßen nicht leichtfällt, haben es so gut getroffen. Trotzdem: „Wenn die Regierung Vietnams unsere Gleichberechtigung garantierte, gingen wir wieder zurück. Es ist ja unsere Heimat.“

Eduard März

Das Elend des Linkssozialismus in Österreich

Mein Appell an die österreichischen Linkssozialisten („Arbeiter-Zeitung“ vom 6. Juli 1979), sich Rechenschaft über ihre eigene Mitverstrickung in die vietnamesische Flüchtlingstragödie abzulegen und eine Sammlung für die Vertriebenen zu organisieren, ist nur teilweise befolgt worden. Aus der Diskussion in den Spalten der „Arbeiter-Zeitung“, die sich über einige Wochen erstreckt hat, ist jedenfalls klargeworden, daß ein großer Teil der Linken — und nicht bloß die älteren Jahrgänge unter ihnen — einem, wie es mir scheint, sterilen Dogmatismus verfallen sind.

In der Debatte sind auch, wie es bei solchen Anlässen üblich ist, sehr harte Worte gefallen. Dies erklärt sich zum Teil aus dem emotionalen Engagement der von mir Apostrophierten; aber wenn einer der Teilnehmer, von dem man ein gewisses durch Alter bedingtes Maß an Weisheit erwarten würde, Norbert Leser als Wissenschaftler abzuqualifizieren versucht und ihm obendrein ein „politisch-moralisches Nichtgenügend“ erteilt, so hat er wohl die Grenzen des guten Anstandes, die auch in einer Diskussion dieser Art nicht völlig ignoriert werden sollten, gröblich verletzt. Auch die „Volksstimme“ hat sich bemüßigt gefühlt, in diese Diskussion einzugreifen und hat dabei, man ist versucht zu sagen: erwartungsgemäß, Leser und mich mit dem CIA in Verbindung gebracht. Ich bin jedoch sicher, daß unser guter Ruf dadurch keinen Schaden nehmen wird.

Die Debatte über die Ursachen der Flüchtlingstragödie hat sehr bald ihren Charakter verändert; insbesondere unter den jüngeren Teilnehmern ist sie zum Ausgangspunkt eines kollektiven Versuchs der politischen Standortbestimmung geworden. Aber bevor ich auf diesen — mir sehr wesentlich erscheinenden — Aspekt der Diskussion eingehe,

möchte ich noch einige Worte zu der eigentlichen Streitfrage sagen: Wie konnte es in dem „sozialistischen“ Vietnam zu dieser — einem Völkermord ähnlichen — Massenaustreibung kommen?

Austreibungspolitik gegen Verräter und Parasiten?

Jenen, die entschlossen scheinen, das „sozialistische“ Vietnam von jeder Schuld freizusprechen, auch wenn die Tatsachen eine diametral entgegengesetzte Sprache sprechen, kam das bekannte Olof-Palme-Interview sehr gelegen. Palme, der bekanntlich für den vietnamesischen Befreiungskampf leidenschaftlich eingetreten ist, hat nun die vietnamesischen Flüchtlinge in ihrer großen Mehrheit als „Prostituierte, Zuhälter, Bordellbesitzer und Drogenhändler“ pauschal abgestempelt und damit impliziert, daß es sich um parasitäre Schichten der vietnamesischen Gesellschaft handle, deren Vertreibung wohl bedauerlich, aber nicht unverstündlich und daher entschuldbar sei. Von anderen wurde den Unglücklichen noch flugs die Etikette von politischen Gegnern umgehängt, die „dem eigenen Volk im antiimperialistischen Kampf in den Rücken fielen“, woraus natürlich folgt, daß man für sie „keine Sympathien empfinde“. (Hindels, „AZ“, 15. Juli 1979.)

Was von diesen unbewiesenen Verdächtigungen und Verleumdungen zu halten ist, hat inzwischen Genosse Scheuch, der kürzlich China besucht hat, in einem „AZ“-Artikel (15. August 1979) klargelegt. Er sprach mit vier von mehr als 250.000 Auslandschinesen, die die Volksrepublik China in den letzten zwei Jahren als Flüchtlinge „aus dem

einst brüderlich unterstützten Nachbarland Vietnam“ aufgenommen hat. Scheuch kam dabei zu dem Schluß, daß er es nicht mit Zuhältern, Bordellbesitzern usw. zu tun hatte — „was schon angesichts der ökonomischen Realität, die sich in den beiden Ländern kaum wesentlich unterscheiden dürfte, absurd wäre...“

Auf die Frage, warum diese Menschen Vietnam verlassen mußten, gibt es, meint Scheuch, nur eine Antwort — „so erschütternd das für alle, die den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen Franzosen und Amerikaner als dessen gutes Recht betrachteten, sein mag: weil sie Chinesen sind!“

Man mag einwenden, daß sich die Bemerkungen Olof Palmes nur auf den südlichen Teil Vietnams beziehen, in dem die chinesische Minderheit mit den Kolonialherren wirtschaftlich und politisch kollaborierte. Aber auch dies ist eine unbewiesene pauschale Verleumdung, die nur die Ignoranz (und in einzelnen Fällen auch die Bösartigkeit) jener enthüllt, die die massenhafte Austreibung wehrloser Menschen beschönigen wollen. Der frühere Korrespondent der „New York Times“, Seymour M. Hersh, hatte kürzlich Gelegenheit, Vietnam einen zehntägigen Besuch abzustatten. Seine Eindrücke können hier nur auszugsweise wiedergegeben werden:

„Vietnamesische Funktionäre waren nicht in der Lage, eine halbwegs verlässliche Schätzung des Verlustes anzustellen, der ihrem Lande aus dem Exodus der ethnischen Chinesen im letzten Jahre erwachsen ist. Die chinesische Bevölkerung, welche einst 1,2 Millionen Menschen betrug, war traditionell in den Ämtern, Spitälern, Schulen und wissenschaftlichen Instituten konzentriert... Ein höherer vietnamesischer Beamter bestätigte, daß infolge des Auszuges der chinesischen Ärzte es Teile von Vietnam ohne ärztliche Versorgung gibt... Der Verlust ist aber nicht nur in den Spitälern und in den Amtsstuben fühlbar geworden. Mehr als 15 Prozent der vietnamesischen Bergleute waren Chinesen, was zur Folge hat, daß die Arbeit in den Kohlegruben fühlbar beeinträchtigt ist...“ („International Herald Tribune“, 10. August 1979.)

Scheuch hat auch gezeigt, auf welch schwachen Beinen die Beschuldigung steht, die chinesische Minderheit wäre den Vietnamesen bei deren heroischem Kampf gegen den Kolonialismus — der hier nicht verkleinert oder gar in Abrede gestellt werden soll — in den Rücken gefallen. Die Absurdität dieses Vorwurfs erhellt schon daraus, daß es gerade die Volksrepublik China war, die den vietnamesischen Widerstand durch einige Jahrzehnte materiell und ideologisch unterstützte. Die Vermutung scheint naheliegend, daß Nordvietnam diesen Krieg ohne chinesische Unterstützung kaum er-

folgreich hätte führen können. Das Bild rundet sich vollends, wenn man bedenkt, daß Beschuldigungen gegen die „verräterische“ chinesische Minderheit erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit, lange nach dem Sieg der vietnamesischen Waffen, laut geworden sind. Um exakter zu sein, sie wurden erst zu einem Zeitpunkt erhoben, als die Vietnamesen das amerikanische Feindbild in steigendem Maße durch das chinesische Feindbild zu ersetzen begannen. Die Austreibungspolitik bleibt natürlich ohne Rückbezug auf die neue politische Konstellation im Fernen Osten völlig unverständlich.

Wurzeln der vietnamesischen Tragödie

Man hat mir vorgeworfen, ich hätte die moralische Verantwortung der Amerikaner für die entsetzlichen Folgeerscheinungen ihrer Kolonialpolitik zu bagatellisieren versucht. Nichts liegt mir ferner, als die moralische Schuld der Johnson, Nixon, Kissinger & Comp. verkleinern zu wollen. Die mir von einer Korrespondentin einer Tageszeitung mißverständlich zugeschriebene Äußerung, ich hätte mein Engagement gegen die Vietnampolitik der USA als Schnee vom vergangenen Jahr bezeichnet, weise ich auf das entscheidende zurück. Natürlich blutet das vietnamesische Volk aus tausend ihm von den USA geschlagenen Wunden, und natürlich hinterläßt ein jahrzehntelanger Kolonialkrieg tiefe Spuren im Charakter von Kolonialherren und Kolonialsklaven.

Aber dürfen wir als Sozialisten das, was die Kolonialsklaven am Tage nach ihrer Befreiung tun, kritiklos hinnehmen? Dürfen wir jedes von ihnen begangene Verbrechen auf das Schuldkonto der Geschichte setzen, so, als ob ein emanzipierter Mensch, an dem einmal Unrecht begangen worden ist, aus dem Titel des ihm zugefügten Leides neues Unheil an unbeteiligten dritten Personen straflos begehen dürfte? Wir müssen, so glaube ich, einen anderen Weg gehen und nach den tieferen Wurzeln der vietnamesischen Tragödie suchen, selbst auf die Gefahr hin, daß die so gewonnene Einsicht alte liebgewordene Illusionen zerstören könnte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aus einem Brief eines jungen Genossen, Zsolt Patka, zitieren, der, wie es mir scheint, den richtigen Zugang zu den Ereignissen in Vietnam gefunden hat:

„Spätestens seit der vietnamesischen Intervention in Kampuchea, wofür das Schreckensregime Pol-Pot der Vorwand und nicht die wahre Motivation war, ist es auch mir klargeworden, daß unser Bestreben, mit den Befreiungsbewegungen der indochinesischen Völker solidarisch zu sein, zwar ehr-

lich und unsere moralische Empörung über die Aggressionspolitik der USA berechtigt war. Heute muß ich jedoch selbstkritisch feststellen, daß wir im Überschwang unserer Gefühle und in der festen Überzeugung, die gerechten sozialen und nationalen Emanzipationskämpfe dieser Völker zu unterstützen, es weitgehend versäumt haben, uns mit den spezifischen Umständen, den nationalen, historischen, traditionellen Hintergründen dieser Länder und ihrer Völker kritisch auseinanderzusetzen. Wir haben, wie so oft angesichts revolutionärer Entwicklungen, die sozialrevolutionäre Dimension in einer durch und durch eurozentrischen Auslegung verabsolutiert und die nationalen Momente, wenn auch nicht vollkommen negiert, so doch sträflich vernachlässigt.“

In der Tat, der Überfall auf Kambodscha, für den das schauerliche Pol-Pot-Regime den Vorwand bildete, und die kalte Annexion von Laos, für die es nicht einmal den Schatten eines Verwandtes gibt, geben uns den Schlüssel zum besseren Verständnis für den vietnamesisch-chinesischen Konflikt und für die erbarmungslose Austreibung der chinesischen Minderheit aus Vietnam, der man kaum Verrat an der anti-imperialistischen Sache, sondern — was weit schwerer wiegt, Sympathien für das chinesische Brudervolk vorwerfen kann. Vor der neuerlichen großen Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China, die die neuen vietnamesischen Machthaber wohl für unvermeidlich halten, mußte die „fünfte Kolonne“ im eigenen Lande mitleidslos beseitigt werden, selbst wenn dies mit gewissen wirtschaftlichen Nachteilen bezahlt werden muß. Ähnlich sind bekanntlich die Großrussen mit ihren wolgadeutschen und tatarischen Minderheiten verfahren.

Nicht das erstemal in der Geschichte

Spätestens an dieser Stelle erhebt sich die Frage, welcher soziologische Stellenwert einem Regime zukommt, das kurze Zeit nach dem triumphalen Sieg über die USA und ihre Verbündeten nun seinerseits die imperialistische Vorherrschaft — unter offener Unterstützung seines russischen Protektors — im indochinesischen Raum anstrebt. Es ist nicht das erste Mal, daß wir diesem Phänomen in der neueren Geschichte begegnen. Auch die monolithische Deformation des russischen Revolutionsregimes war die Folge eines jahrelangen Interventions- und Bürgerkrieges. Die militärisch-bürokratische Führungsschicht, die sich auf den Trümmern des Zarenreiches etablierte, verlor bald ihre Massenbasis und mauserte sich — in der Diktion Otto Bauers — aus einer Diktatur des Proletariats in eine Diktatur über das Proletariat.

Ihr Legitimationsanspruch wurde

wohl aus den emanzipatorischen und sozialistischen Zielsetzungen der Frühzeit abgeleitet, aber diese gerieten immer mehr in Gegensatz zur realen „sozialistischen“ Praxis. Die Lösung dieses „dialektischen“ Widerspruchs suchte Stalin in der massenhaften Abschächtung wirklicher und vermeintlicher Gegner und seine Nachfolger hauptsächlich in der Verfolgung einer imperialistischen Außenpolitik, die den Vorwand für Aufrüstung, permanente innenpolitische Repression und Unterdrückung nationaler Minderheiten bildet.

Die kürzlich in den Spalten der „Arbeiter-Zeitung“ abgeführte Diskussion hat sehr deutlich gezeigt, daß ein großer Teil unserer linken Genossen — wie Norbert Leser sehr richtig bemerkt hat — Imperialismus nur als eine Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus ansehen. Da die Sowjetunion und ihr neuer Verbündeter Vietnam „sozialistische“ Länder sind, so folgt logischerweise, daß sie nur Befreiungskriege und keine imperialistischen Annexionskriege führen können. In dieser Sicht ist der Überfall auf die Tschechoslowakei, der sich vor kurzem zum elften Mal gejhärt hat, ein Akt der brüderlichen Hilfe gewesen; auch die russische Intervention in Afghanistan, die massiven Waffenlieferungen an das neue äthiopische Regime, das seine eritreische Minderheit auszulöschen versucht, die Rüstungshilfe für Idi Amin und Ghadafi sind weitere Beispiele „sozialistischer“ Solidarität. Kann es wundernehmen, daß die Völker der Dritten Welt, denen bange wird vor weiteren Beweisen einer solchen „Solidarität“, sich nun fanatischen religiösen Rattenfängern à la Ayatollah Khomeini zuwenden?

Ich wage nicht — oder jedenfalls noch nicht — zu behaupten, daß das

sowjetisch-vietnamesische Entwicklungsmuster auch auf die Volksrepublik China zutrifft. In ihrer 30jährigen Geschichte scheint es zu keinen Massenschlächtereien à la Stalin und zu keinen Massenaustreibungen à la Pham-Van-Dong & Genossen gekommen zu sein. Mehr noch, der maotistische Totalitarismus weist heute Risse auf, aus denen einige wenige — noch keine hundert — Blumen der Diskussion und der Kritik erblühen. Im Gegensatz zu der russischen Revolution, hat die chinesische die große Masse der bäuerlichen Bevölkerung in den Prozeß der Erneuerung einzubeziehen versucht. Damit scheint mir das alte Marxsche Diktum, daß sozialistische Umwälzungen von den industriell und kulturell fortgeschrittenen Ländern auszugehen hätten, noch nicht widerlegt und bewiesen, daß diese nun in anderen Teilen der Welt wirksam werden können. Aber aus der bisherigen chinesischen Entwicklung darf man immerhin die Hoffnung schöpfen, daß das russisch-vietnamesische Entwicklungsmuster keine fatale Zwangsläufigkeit besitzt und daß soziale Umwälzung in der Dritten Welt nicht unbedingt in geschichtliche Sackgassen führen müssen.

Von alten Illusionen trennen

In Rußland und in Vietnam sind neuartige Mandarinenten entstanden: kleine elitäre Schichten üben dort, gestützt auf einen alle Phasen des öffentlichen Lebens durchdringenden Machtapparat, die absolute Kontrolle über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensregungen ihrer Völker aus. Einem Jahrtausende alten Rezept folgend, versuchen sie, den schwindenden innenpolitischen Konsens durch eine expansionistische Außen-

politik — die mit einer pseudorevolutionären Phrasologie operiert — zu zementieren. Ich fürchte, daß diese traurige Erkenntnis, die man spätestens seit der brutalen Niedertrampelpung des Prager Frühlings nicht weiter hätte ignorieren dürfen, von einer Mehrzahl meiner linkssozialistischen Freunde noch immer nicht geteilt wird. Aber damit geraten jene, die das große Potential unserer Partei für Kritik und sozialistische Erneuerung bilden, in Gefahr, frühzeitig — das heißt, noch vor dem Einsetzen gewisser altersbedingter physiologischer Prozesse — zu erstarren und sich in einem platten Dogmatismus von der Umwelt zu isolieren.

Gewiß, das kapitalistische System geht heute durch seine vielleicht schwerste Krise. Der demokratische Sozialismus hat bisher keine überzeugenden geistigen Gegenkräfte zu mobilisieren verstanden, was leider auch für das österreichische Programm vom vergangenen Jahr gilt. Aber es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, würden wir, in der Suche nach einer überzeugenden Antithese, die neu entstandenen Mandarinentenstaaten, die weder als kapitalistisch noch als sozialistisch einzustufen sind, mit einer Gloriette des antiimperialistischen und antikapitalistischen Erneuerungsdranges umgeben. Es würde dann auch an unseren Fingern das Blut der unzähligen unschuldigen Opfer des neuartigen russischen und vietnamesischen Imperialismus kleben. Versuchen wir, die Verirrungen dieser Systeme besser zu verstehen, indem wir uns von alten Illusionen endgültig trennen, um die Funktion der konstruktiven Kritik in unseren eigenen Reihen mit größerem Erfolg ausüben zu können.

„Zukunft“ Oktober 1979

*„Ungeachtet der kleineren
Zwistigkeiten aus unserer
jüngsten Vergangenheit müssen
wir doch ganz klar
sehen, wie anders
unsere heutigen
Probleme liegen.“*



Sonderangebot für ein Jahres-Abonnement offensiv links:
Für ÖS 100,-/DM 15,-/SF 15,- erhalten Sie 10 - 12 Nummern
Die ersten 50 einlangenden neuen Abonnements für 1980
erhalten einen kompletten Jahrgang offensiv links 1979!
Bestellungen sind zu richten: 1040 Wien, Belvederegasse 10



Impressum

offensiv, weil Verhältnisse,
die drücken,
sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir
Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins
Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links – solidarisch mit allen
Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung,
solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien

Eigentümer, Herausgeber,
Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den
Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl.
Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb:
1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 10,- Abonne-
ment: S 100,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.